

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 26) 304-1 / Anzeilenabteilung Köln (02 26) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr., Dänemark 8,75 dkr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 140 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 270,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,20 fl., Norwegen 2,50 kr., Österreich 14,00 S., Portugal 115 Esc.
Schweden 6,50 skr., Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 165 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Philippinen: Präsident Marcos hat die Opposition im Land zum erstenmal offen mit Gewalt und der Kirche mit „Säuberung“ gedroht. Die Kirche dulde „Kommunisten“ in ihren Reihen. Unterdessen hat der Sonderbeauftragte von US-Präsident Reagan, Philip Habib, Gespräche mit Regierungsmitgliedern geführt. (S. 12)

Indien: Die führenden nationalen und regionalen indischen Oppositionsparteien haben die Bevölkerung zu einem Generalstreik am 23. Februar aufgerufen. Sie wollen damit gegen die von der Regierung Gandhi verfügten Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln und Erdöl-Produkten protestieren.

China: Die 1985 gegründete chinesisch-sowjetische „Große Kommission“, die alljährlich die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern überprüfen soll, tagt im März in Peking. Moskau wird auf dieser Konferenz vom ersten stellvertretenden Regierungschef, Iwan Archipow, vertreten.

Diegen: Berlins Regierender Bürgermeister sieht keinerlei Veranlassung zu personellen Veränderungen im Senat vor dem Hintergrund der schwelenden Korruptions- und Parteispendenaffäre. Diegen kündigte zehn Maßnahmen an, die künftig für mehr Transparenz im Bauwesen sorgen sollen. (S. 12)

Nene Heimat: Aus dem gemeinsamen Unternehmensbereich des Gewerkschaftskongresses sind von 1974 bis 1980 Spenden von mindestens 880 000 Mark an die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung geflossen. Diese und auch andere Zahlungen wurden unter eindeutigen Verstoß gegen das Gemeinnützigkeitsrecht geleistet. (S. 2 und 12)

Gorleben: Die Polizei hat ein Hüttendorf auf dem Gelände des geplanten atomaren Endlagers bei Gorleben geräumt. Sie registrierte die Personalien von 18 Kernkraftgegnern, die dort seit Sonntag in Zelten campiert hatten. Zahlreiche Holzstämme wurden demonstriert, ohne daß es zu Zwischenfällen kam.

Heute in der WELT

Wo steht die Krebsforschung?

Beim Kampf gegen den Krebs geht die Medizin neue Wege. Die Forscher sind den Ursachen der Tumorentstehung auf der Spur. Gezielte Therapie mit geringeren Folgen heißt die Devise. Immer deutlicher wird auch, wie wichtig die psychosoziale Nachsorge der Patienten ist. Führende Wissenschaftler des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg kommen in der Dokumentation der WELT zu Wort. Seite 6

Interview mit Schtscharanski

„Entweder Sie legen ein Geständnis ab und halten eine Pressekonferenz und helfen uns in unserem Kampf gegen die Dissidenten – und dann lassen wir Sie nach Israel ausreisen – oder Sie werden zum Tod verurteilt. Da gibt es keinen Ausweg.“ Mit solchen Drohungen versuchten die sowjetischen Vernehmungsbeamten Anatoli Schtscharanski einzuschüchtern. Er blieb standhaft. Seite 3

WIRTSCHAFT

Energiemarkt: Billigeres Öl begünstigt auch die Verbraucher von Erdgas. Defizit sorgt für die Koppelung des Erdgaspreises an den Preis des leichteren Heizöls. Die Korrekturen erfolgen in halbjährigen Schritten auf der Basis der Entwicklung im vorausgegangenen Halbjahr. Der Erdgaspreis folgt dem für leichtes Heizöl aber nur dann, wenn die Stufe wenigstens fünf Prozent beträgt. Kleinere Preisschritte würden den Verwaltungsaufwand nicht rechtfertigen. (S. 13)

Pleietwelle rollt durch die Ölbranche. Ihr steht eine tiefgreifende Umstrukturierung bevor, die führenden Konzerne werden noch größer, kleine Firmen bleiben in immer stärkerem Maße auf der Strecke. (S. 13)

Börse: Massive Kaufaufträge aus dem In- und Ausland führten an den Aktienmärkten zu einem Kursanstieg auf breiter Front. Der Rentenmarkt war weiter freundlich. WELT-Aktienindex 275,51 (267,55). BHF Rentenindex 105,789 (105,741). BHF Performance Index 101,462 (101,418). Dollarmittelkurs 2,3524 (2,3456) Mark. Goldpreis pro Feinunze 332,40 (333,00) Dollar.

USA: Der Verfall des Ölpreises wird für die USA zu einem zweischneidigen Schwert; insgesamt profitiert die Wirtschaft, doch eine

KULTUR

Stationen: Sarkastisch, ironisch und auch selbstkritisch markiert er die Punkte einer Antikarriere. Der in Erfurt geborene Dichter Jürgen K. Hultenreich, heute im Westen, provoziert ein Lachen, das einem beim zweiten Lesen vergeht. (S. 25)

Walter Dahn: Unter den Künstlern der „Mittelmeer Freiheit“ hat er den Part des Moralisten übernommen. Seine dunkel verquere Sicht auf Leben und Welt spiegelt sich in den Gemälden, Zeichnungen und Skulpturen, die in Basel ausgestellt sind. (S. 25)

SPORT

Fußball: Der an der Leiste operierte Bremer Stürmer Rudi Völler wird nur dann bei der Weltmeisterschaft in Mexiko dabei sein, wenn er auch die beiden letzten Testspiele der Nationalmannschaft mitspielen kann. (S. 10)

Tennis: Die Heidelbergerin Steffi Graf schied mit der Französin Catherine Tanvier beim Turnier in Boca West (US-Bundesstaat Florida) im Doppel aus. Sie verloren gegen Fernandez/White (USA) mit 2:6, 2:6. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Familie: Dutzende von Menschen wurden von einem Flammenmeer in einem 13stöckigen Bürohochhaus in Rio de Janeiro eingeschlossen; die Polizei sprach von 24 Toten. Mehr als 40 – darunter auch Feuerwehrleute – wurden verletzt. (S. 26)

Journalistenschule: Neue Wege bei der Ausbildung des journalistischen Nachwuchses werden im Axel Springer Verlag mit der Gründung einer Journalistenschule beschritten, die dem Verlagschef Axel Springer gewidmet ist. (S. 26)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: MBFR – Lassen die Sowjets tatsächliche Inspektionen am Ort zu? – Von R. Moniac S. 2
Großbritannien: Mit dem Frost kommt für viele Arme auch der Tod – Von Jochen Zwickisch S. 3
Innerdeutsches: Ausflugstips für den „kleinen Grenzverkehr“ – Von Bernd Hummel S. 4
Anglo-Amerikanismus: Warum versteht der Computer nur Englisch? – Von Peter Ruge S. 5
Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Gorbatschow setzt sich durch.
Grischin verläßt auch Politbüro

Jelzin steigt zum Kandidaten auf / Schlag gegen Breschnews „alte Garde“

RMB/DW, Moskau
Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat weitere Veränderungen an der Spitze der KPdSU durchgesetzt. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees wurde gestern der frühere Chef der Moskauer Parteiorganisation, Viktor Grischin, auch als Politbüro-Mitglied entlassen. Gleichzeitig stieg der im Dezember vergangenen Jahres zu Grischins Nachfolger in der Hauptstadt berufene Boris Jelzin zum Kandidaten dieses obersten Führungsgremiums auf.

Nach Grischins Sturz war es für viele Beobachter nur noch eine Frage der Zeit, wann er aus dem Politbüro ausgeschlossen würde. Es hat dem 71-jährigen nichts genützt, daß er noch im Oktober vergangenen Jahres Selbstkritik übte. Nach seiner Absetzung sind aus Breschnews-Politbüro von 1980 nur noch zwei Genossen übrig: das nominelle Staatsoberhaupt Andrej Gromyko und Gorbatschow selbst.

Grischin, ein enger Weggefährte des früheren Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew, soll im März 1985 gegen die Ernennung Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär gewesen sein. Er galt als Gallionsfigur der „alten Garde“ hoher Funktionäre, die

der Politik des neuen ersten Manns im Kreml im Wege standen.

Für viele Beobachter unerwartet wurde auch ZK-Sekretär Konstantin Russakow (77) aus einem Amt entfernt. Er war im ZK für die Beziehungen zu den regierenden kommunistischen Parteien zuständig. Für seine Ablösung wurden „gesundheitliche Gründe“ angegeben. Daß der mit dem Lenin-Orden dekorierte Funktöner Russakow in Pension geschickt wurde, liegt voll auf Gorbatschows Linie, jüngere Leute seiner Wahl um sich zu scharen.

Grischins Nachfolger Jelzin (54) war von Gorbatschow erst im April vergangenen Jahres nach Moskau gerufen worden, nachdem er als Ingenieur viele Jahre im Ural gearbeitet und dort seit 1976 die Parteiorganisation der Region Swerdlowsk geleitet hatte. Als ZK-Sekretär war er mit Fragen des Bauwesens beauftragt gewesen. In dieser Funktion hatte er in den Monaten vor dem Sturz Grischins scharfe Kritik an der Moskauer Stadtverwaltung geäußert. Mit seinem Aufstieg zum Politbüro-Kandidaten gab Jelzin sein Amt als ZK-Sekretär ab, da es mit seiner Spitzenfunktion in der Hauptstadt nicht vereinbar sei, hieß es.

Jelzin werden enge Verbindungen zu Ministerpräsident Nikolai Ryschkow und dem Politbüro-Mitglied Ligatschew nachgesagt, die beide aus Sibirien stammen. Ligatschew gilt in der Partei-Hierarchie als die Nummer zwei.

Das Politbüro hat jetzt elf Vollmitglieder. Auf der gestrigen Plenarsitzung des Zentralkomitees wurden eine Reihe von Dokumenten, mit denen sich der am 25. Februar in Moskau beginnende XXVII. Parteitag befassen wird, erörtert und gebilligt, berichtete die Nachrichtenagentur Tass. Reden hielten Gorbatschow und Ryschkow.

Der bevorstehende Kongreß der KPdSU soll Abschied nehmen von dem bisher gültigen Parteiprogramm, das aus der Zeit Nikita Chruschtschows stammt. Unausgesprochen bescheinigt die sowjetische Partei dem Mann, der auf dem XX. Parteitag 1956 den toten Stalin vom Sockel stieß, daß er als dessen Nachfolger den Mund zu voll nahm: Die Programmkommission unter Gorbatschows Leitung hat unter anderem den Satz gestrichen: „Die Partei verkündet feierlich: die heutige Generation des Sowjetvolkes wird im Kommunismus leben.“

Unruhe in der NATO über US-Pläne

Nur die Sowjets würden Mittelstreckenraketen behalten / Hat Kohl bereits zugestimmt?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die geheimen Konsultationen zwischen den Vereinigten Staaten und den NATO-Partnern über die zukünftige Verhandlungsposition Washingtons bei den Mittelstreckenraketen haben ein neues Stadium erreicht. Wie zuverlässig verläßt, ventiliert die Vereinigten Staaten die Frage, ob die europäischen Alliierten mit einer Lösung einverstanden wären, bei der bis auf eine bestimmte Zahl sowjetischer SS-20-Raketen lediglich des 80. Längengrades alle Mittelstreckenraketen beseitigt würden. Die neuen Vorstellungen werden als „modifizierte Null-Lösung“ bezeichnet.

Der Plan soll auf Vorstellungen aus dem Weißen Haus zurückgehen. Er soll die Zustimmung von Bundeskanzler Helmut Kohl gefunden haben, der dem Vorhaben nach in dieser Sache einen bisher noch nicht beantworteten Brief von Präsident Reagan erhalten hat. Der Entwurf der Antwort Kohls soll bereits geschrieben, aber noch nicht abgeschickt worden sein.

Im NATO-Rat wurden die neuen Überlegungen in der vergangenen Woche vom Sonderbotschafter des Präsidenten und ehemaligen Chefunterhändler der USA bei den Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen, Paul Nitze, vorgetragen. Während Großbritannien und Frankreich die amerikanischen Überlegungen zum Teil in geradezu scharfer Form abgelehnt haben sollen, signalisierte die Bundesrepublik Deutschland nach diesen Berichten ihr Einverständnis.

In maßgeblichen NATO-Kreisen haben die neuen Überlegungen der Amerikaner schockiert. Es wird eine Krise der Sicherheitspolitik der Allianz vorausgesagt.

Nach den neuen Plänen würden die Sowjets in Sibirien rund 200 Atomspitzenköpfe auf ihren SS-20-Raketen behalten. Von Westeuropa aus könnten Nuklearwaffen sie nicht mehr erreichen. Nur die Sowjetunion

sei dann noch in der Lage, Westeuropa mit Atomwaffen anzugreifen.

Außerdem soll eine Obergrenze für die rund 600 sowjetischen Kurzstreckenraketen vorgeschlagen werden, von denen ein Teil (SS-22) Ziele in der Bundesrepublik von sowjetischem Territorium aus erreichen könnte. Allein auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verblieben danach Raketen dieser Kategorie (Pershing 1A), die eine Reichweite von 800 Kilometern haben.

NATO-Fachleute befürchten durch eine derartige Lösung fundamentale Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Im Brüsseler NATO-Hauptquartier geht das Wort von der antizipatorischen Unterwerfung Westeuropas unter die Sowjetunion um. Die Koppelung zwischen den US-Interkontinentalraketen und den in Europa stationierten US-Atomwaffen wäre aufgehoben, die Möglichkeit einer Vorseitbestimmung eines europäischen Konflikts würde wachsen.

W. K. Bonn

Nach dem Durchreisestopp der „DDR“ für Familien von Ost-Berlin in den Westteil der Stadt sowie in das übrige Bundesgebiet suchen jetzt Asylbewerber aus Sri Lanka (Ceylon) neue Wege, um in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen.

Jüngste Vorkommnisse lassen die Bundesländer befürchten, daß verstärkt Familien mit Transitvisa der CSSR versuchen über die Tschechoslowakei nach Bayern geschleust werden. Aus dem Auswärtigen Amt in Bonn verlautet gestern gegenüber der WELT, der Bundesregierung sei das Problem bekannt und werde „in geeigneter Form“ in Prag vorgetragen.

Im Vorjahr haben 17 380 Familien in der Bundesrepublik um Asylersucht, davon 4780 in West-Berlin. Mit insgesamt 73 832 Asyl-Anträgen registrieren die Behörden eine Steigerung gegenüber 1984 um 109 Prozent. Seite 12: Jetzt über Prag

DER KOMMENTAR
Entscheidung im Kreml

CARL-GUSTAF STRÖHM

In Moskau sind zwei weitere wichtige Personalentscheidungen im Sinne Gorbatschows gefallen: Viktor Grischin, der bereits als Parteichef der sowjetischen Hauptstadt abgesetzt und scharf kritisiert worden war, verlor nun auch seinen Sitz im Politbüro. Zugleich wurde ZK-Sekretär Konstantin Russakow, ein alter Gefolgsmann Breschnews, der jahrelang für die Beziehungen zu den anderen kommunistischen Regimen zuständig war, in Pension geschickt.

Im Politbüro der sowjetischen KP sind damit unter den Vollmitgliedern nur noch drei „Überlebende“ der alten Ära im Amt: Gromyko, der kasachische Parteichef Kunajew und sein ukrainischer Kollege Schtscherbik. Letztere wurden aber bereits auf ihren jeweiligen Kongressen scharf kritisiert, und sie mußten Selbstkritik üben. Der Glanz des langjährigen Architekten der sowjetischen Außenpolitik Gromykos, schon vor längerer Zeit auf das einflußlosere Amt des Staatsoberhauptes abgeschoben, ist sehr matt geworden. Am einschneidendsten wirken Gorbatschows Eingriffe im ZK-Sekretariat – also der Schaltstelle und Kommandozentrale der Parteiführung. Nur noch ein einziger ZK-Sekretär – Ligatschew – ist außer Gorbatschow selber zugleich auch Mitglied des Sekretariats. Eine solche Einschränkung hat es in der Sowjetunion noch nie gegeben. Früher gab es immer mehrere Politbüro-Mitglieder, die zugleich ZK-Sekretäre waren und bestimmte Aufgaben wahrnahmen.

Diese „Enthaltensankt“ – die für den Einzelgänger Ligatschew zunächst einen erheblichen Machtzuwachs bedeutet – könnte ein Symptom dafür sein, daß Gorbatschow zwar stark genug ist, um negative Entscheidungen zu fällen, also nicht genehme Leute abzusetzen, aber nicht stark genug, um schnell in sämtliche Schlüsselpositionen seine eigenen Leute zu plazieren. Gorbatschow sind zumindest jetzt noch Grenzen gesetzt.

cd. Frankfurt

Die Deutsche Bundesbank, die in ihrem jüngsten Monatsbericht das Bild einer kräftigen, vor allem von der Binnennachfrage angetriebenen Konjunktur aufzeichnet, sieht wieder einen wesentlich vergrößerten Spielraum für eine anhaltende Ausweitung der Inlandsnachfrage.

Das kommt nach Darstellung der Bundesbank von elf Milliarden Mark zusätzlicher Kaufkraft aus der Steuererhöhung sowie von der Entlastung durch den drastischen Preisrückgang am Mineralölmarkt. Dadurch erhöht sich die Realeinkommen der privaten Haushalte noch stärker als durch die Steuerreform.

Eine weitere Folge der Ölpreiserhöhung: Der Überschuss in der deutschen Außenhandels- und Leistungsbilanz, so die Bundesbank, werde sich entgegen den bisherigen Erwartungen der zunächst wieder vergrößern. Seite 2 und 13: Weitere Beiträge

W. K. Bonn

Nach dem Durchreisestopp der „DDR“ für Familien von Ost-Berlin in den Westteil der Stadt sowie in das übrige Bundesgebiet suchen jetzt Asylbewerber aus Sri Lanka (Ceylon) neue Wege, um in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen.

Jüngste Vorkommnisse lassen die Bundesländer befürchten, daß verstärkt Familien mit Transitvisa der CSSR versuchen über die Tschechoslowakei nach Bayern geschleust werden. Aus dem Auswärtigen Amt in Bonn verlautet gestern gegenüber der WELT, der Bundesregierung sei das Problem bekannt und werde „in geeigneter Form“ in Prag vorgetragen.

Im Vorjahr haben 17 380 Familien in der Bundesrepublik um Asylersucht, davon 4780 in West-Berlin. Mit insgesamt 73 832 Asyl-Anträgen registrieren die Behörden eine Steigerung gegenüber 1984 um 109 Prozent. Seite 12: Jetzt über Prag

gba. Bonn

Die SPD hat beim Vorsitzenden des Bundestagsrechtsausschusses eine Anhörung zum § 163 d der Strafprozeßordnung, in dem im Zusammenhang mit der Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises die sogenannte „Schleppnetzverfahren“ geregelt wird, beantragt. Der SPD-Obmann Hans de Witte stellte diesen Antrag, obwohl der Innenausschuß – in dieser Frage federführend – schon am 12. Februar eine eigene Anhörung gehabt hatte.

Ziel ist offenbar, die Beratung über den 163 d von der für diesen Freitag geplanten Verabschiedung der Gesetze zum fälschungssicheren Paß- und Personalausweis abzukoppeln, wie es auch Teile der FDP wünschen. Seite 12: Reinigungsbad

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der schwarze südafrikanische Oppositionspolitiker Mangosuthu Gatscha Buthelezi haben die baldige Aufnahme eines Dialogs zwischen der südafrikanischen Regierung und den nichtweißen Bevölkerungsgruppen veranlaßt. Buthelezi, der für eine gewaltlose Überwindung der Apartheidpolitik eintritt, wurde gestern erstmals vom Kanzler empfangen.

In einem Gespräch mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher begrüßte Buthelezi die Südafrika-Politik der Europäischen Gemeinschaft und deren Verzicht auf Wirtschaftssanktionen. Der Oppositionspolitiker wird am Freitag auch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker zusammentreffen.

Die „DDR“ setzt 1400 Hunde auf Flüchtlinge an

Grenzschutz-Bericht: „DDR“ verstärkt Befestigungen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Seit zehn Jahren ist die Zahl der Personen, denen die Überwindung der „DDR“-Grenzsperrn in westlicher Richtung gelang, nicht so niedrig gewesen, wie 1985. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der in Bonn den Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes (BGS) vorstellte, betonte dabei, daß er den Rückgang auf 30 „Sperrbrecher“ gegenüber 70 bis 80 in den Jahren zuvor in aller Regel auf die Verstärkung der Grenzbefestigungen im Hinterland der „DDR“ und nicht etwa auf einen „Trendwechsel“ zurückzuführen sei. So habe die „DDR“ die Hundelaufanlagen um etliche Kilometer ausgedehnt. Rund 1400 Hunde seien an der Grenze auf Flüchtlinge angesetzt.

Die BGS-Verbände von rund 20 000 Mann sind hauptsächlich an der Demarkationslinie eingesetzt. Infolge terroristischer Aktivitäten und Schleusungsaktionen illegaler Einwanderer wurde 1985 aber ihr Einsatz zur Unterstützung der Polizei verstärkt. Insgesamt konnten 138 000 Versuche illegaler Einreise von Ausländern in die Bundesrepublik vom Bundesgrenzschutz vereitelt werden. Mit 11 254 Anträgen war die Zahl der Asylbewerber an den Grenzen 1985 gegenüber dem Vorjahr um 77,5 Prozent höher.

Nachdem das Bundeskriminalamt inzwischen seine neugegründete Abteilung zur Rauschmittelbekämpfung auf 118 Beamte ausgebaut hat, erwartet der Bundesinnenminister in Zukunft an den Grenzen noch größere Erfolge auf diesem Sektor. Zimmermann kündigte an, daß in den Ursprungsländern der Rauschgiftproduktion bald 30 (heute acht) deutsche Beamte als Fahnder operieren würden. Der BGS hat 1985 knapp 6300 Verdächtige bei Rauschgiftdelikten festgenommen.

Die zunehmende Inanspruchnahme des BGS zur Unterstützung der Polizei der Länder (1985: 18 mal insgesamt 4700 Beamten) unterstreicht nach Ansicht von Innenminister Zimmermann seine Rolle auf dem Gebiet der inneren Sicherheit besonders deutlich.

Berliner FDP übt Kritik an Scholz

Die Warnung von Bundesminister Rupert Scholz (CDU) vor offiziellen Kontakten zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR“-Volkskammer ist von führenden Berliner FDP-Politikern als „Annäherung“ und „schulmeisterliche Belehrung“ bezeichnet worden.

Der deutschlandpolitische Sprecher der FDP in Berlin, Hans Dieter Jaene, nannte die Äußerungen Scholz’ dessen „persönliche Meinung, nicht aber die einhellige Ansicht der Berliner CDU/FDP-Regierungskoalition“. Im Namen des FDP-Landesvorstandes empfahl Jaene ausdrücklich eine derartige Aufnahme von Beziehungen.

Der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende, Volker Hücklenbroich, erklärte, über die Beziehungen eines Parlaments zu anderen entschieden allein die Abgeordneten und „kein Senator des Bundestag da hineinreden“.

Die Beamten sollen wie Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes rückwirkend zum 1. Januar eine Erhöhung von 3,5 Prozent auf Grundgehälter und Ortszuschläge erhalten. Hinzu kommt die begrenzte Anhebung des Urlaubsgeldes um 150 Mark für Beamte bis zur Besoldungsgruppe A8.

Das ist das Ergebnis eines Besoldungsgesprächs, das unter Vorsitz von Bundesinnenminister Zimmermann gestern mit dem Deutschen Beamtenbund (DBB) und Vertretern des DGB geführt wurde.

DBB-Vorsitzender Krause begrüßte diese Übernahme des Tarifergebnisses, da es angesichts der Preissteigerungen eine Verbesserung der Reallohnentwicklung darstelle. Gleichzeitig mahnte Krause an, daß der auf 15 Prozent bezifferte Einkommensrückstand gegenüber der allgemeinen Lohnentwicklung aus den vergangenen Jahren noch zu bereinigen sei.

Demonstration bei Sindermann-Besuch

Der für heute angekündigte Besuch des „DDR“-Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann in Bonn gibt nach Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel, die „ganze Wahrheit über die Spendenwaschanlagen“ zu sagen. Geißler: „Der Kanzler hat das Parlament die Öffentlichkeit voll informiert.“

Das FDP-Bundesvorstandsmitglied Dietz Julius Cronenberg hat SPD und Grüne aufgefordert, Bundeskanzler Kohl nicht voranzurufen. Cronenberg sagte, er könne sich den Eindruck nicht erwehren, daß Straßenzüge dazu mißbraucht würden, politische Gegner zu diskreditieren. Das geschehe unter dem Motto: Etwas bleibt schon hängen. Cronenberg, der auch Vizepräsident des Bundestages ist, forderte die Justiz auf, im Interesse aller Seiten so schnell wie möglich den Sachverhalt zu klären.

Vogel bekräftigte, mit der Einladung an Sindermann sei die Initiative zu einer erneuten Intensivierung des deutsch-deutschen Dialogs ausgegangen. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl nutze diese Gesprächsmöglichkeit. Vor der Ständigen Vertretung der „DDR“ demonstrieren heute Angehörige von in der „DDR“ Festgehaltenen für die Verwirklichung der Menschenrechte.

gba. Bonn

Die Beamten sollen wie Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes rückwirkend zum 1. Januar eine Erhöhung von 3,5 Prozent auf Grundgehälter und Ortszuschläge erhalten. Hinzu kommt die begrenzte Anhebung des Urlaubsgeldes um 150 Mark für Beamte bis zur Besoldungsgruppe A8.

Das ist das Ergebnis eines Besoldungsgesprächs, das unter Vorsitz von Bundesinnenminister Zimmermann gestern mit dem Deutschen Beamtenbund (DBB) und Vertretern des DGB geführt wurde.

DBB-Vorsitzender Krause begrüßte diese Übernahme des Tarifergebnisses, da es angesichts der Preissteigerungen eine Verbesserung der Reallohnentwicklung darstelle. Gleichzeitig mahnte Krause an, daß der auf 15 Prozent bezifferte Einkommensrückstand gegenüber der allgemeinen Lohnentwicklung aus den vergangenen Jahren noch zu bereinigen sei.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es wird mehr gekauft

Von Hans-Jürgen Mahnke

Wer erst jetzt seinen 5000-Liter-Heizöltank füllt und dies nicht schon Anfang Januar getan hat, der spart rund 550 Mark. Aber nicht nur das: Er kann seinen Diesel auch um elf Pfennig je Liter billiger betanken als noch vor sieben Wochen; bei seinem Benzin sind es sogar fünfzehn Pfennig. „Bedanken“ kann er sich nicht nur bei den Saudis, die durch ihr zusätzliches Angebot den Preisverfall auf den Ölmärkten geschürt haben. Ihm hilft auch der Kursrutsch des Dollar.

Wenn übers Jahr alles so bleibt, dann gibt die Bundesrepublik 1986 rund 25 Milliarden Mark weniger für die Ölrechnung aus. Der Preisanstieg dürfte nach den Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums durch dieses alles um 1,5 Prozentpunkte gedrückt werden. Was passiert nun mit diesem unverhofften Segen?

Nun, niemand muß mit einem Ausverkauf dessen rechnen, was er sich seit längerem gewünscht hatte, aber noch nicht leisten konnte. Auf solche Zusatzinkommen reagieren die Verbraucher mit einer gewissen Verzögerung. Allerdings muß auch nicht angenommen werden, daß die Beträge in den Sparstrumpf oder auf irgendwelche Konten wandern, obwohl die Entlastung aus der Steuerreform noch hinzu kommt.

Jüngste Untersuchungen signalisieren vielmehr, daß sich das Konsumklima aufgehellt hat: Die konjunkturelle Unsicherheit schwindet immer mehr, die Arbeitsplatzgefahren werden nicht mehr so groß geschrieben. Das Gerangel um den Katalysator, das den Kauf mancher Autos hinausgezögert hat, wurde beendet. Und die sinkenden Zinsen reizen nicht gerade dazu, mehr Geld auf die hohe Kante zu legen.

Kurz: Die Bundesbürger werden verstärkt konsumieren. Ob sie nun die Beträge, die sie nicht mehr für Heizung und Kraftstoffe ausgeben müssen, in neue Kleidung, Freizeitartikel oder Automobile stecken, wo die Experten einen Nachholbedarf geortet haben, oder ob sie mehr reisen werden, auch jenseits der Grenzen, das läßt sich noch nicht sagen. Ein Teil der Nachfrage wird sicher dem Ausland zugute kommen. Trotzdem: Der Wachstumsprozeß wird zusätzlich befeuert. Und dadurch werden weitere Arbeitsplätze geschaffen.

Alles klar, Fritz!

Von Paul Spree

In einer Arbeiterpartei ist das Mißtrauen gegen das kapitalistische Bankensystem natürlich tief verwurzelt. Alfred Nau, Vorsitzender der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, hatte im Wahljahr 1980 „sechs bis sieben Tranchen“ Bargeld im Werte von 6,374 Millionen Mark dem SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg übergeben. Diese Summe – in Koffern gebündelt – war nur eine von vielen, wo die Wohltäter zwar anonym bleiben, aber gerne eine Steuerabzugsbescheinigung haben wollten.

Halstenberg sei zwar, wie er jetzt vor dem Hamburger Landgericht gestand, etwas verwirrt gewesen über den antiquierten Finanztransfer, aber Nau habe ihn stets beruhigt: „Alles klar, Fritz!“ Später habe der SPD-Schatzmeister, weil er „dieses verdammte Bargeld“ war, ein Konto eingerichtet. In der Liste von Spendern, die vielleicht alle rechts waren, aber die Saubermann-Sprüche der SPD mit merkwürdigem Unterton versehen, tauchte indes auch jemand auf, den man dort nicht einmal vermuten durfte: die Indusriegewerkschaft Metall.

Mit 1,5 Millionen Mark war die DGB-Gewerkschaft mit von der Spendenpartie. Vor Gericht blieb offen, ob das Geld in dieser Höhe geflossen sei oder ob die SPD lediglich die Absicht gehabt hatte, die IG Metall um 1,5 Millionen anzugehen. Wie auch immer: SPD wie Gewerkschaften haben stets die schrecklichsten Schritte gegen jedermann angedroht, der den letzteren nachsagte, sie würden „auch nur einen Pfennig“ an erstere geben. Andererseits – wo sind Arbeiterorgane besser aufgehoben als in der Arbeiterpartei SPD? Nirgendwo natürlich, ausgenommen vielleicht in der Neuen Heimat.

Die Gewerkschaftsmitglieder dürften hochzufrieden sein, konnten sie doch an einer höchst rentablen Investition teilhaben, wo doch das „große Geld“ – wie jedermann weiß – immer ganz woanders war. Wie heißt es in der Mitgliederwerbung der Gewerkschaften: Ein Pfennig von jeder Mark macht uns stark. Bei den Schatzmeistern der CDU, CSU oder FDP sind koffertragende Besucher aus den Gewerkschaftszentralen freilich bisher nicht gemeldet worden. Franz Steinkühler mit Kofferchen – unvorstellbar. „Alles klar, Franz!“

Sie wird kämpfen

Von Reiner Gatermann

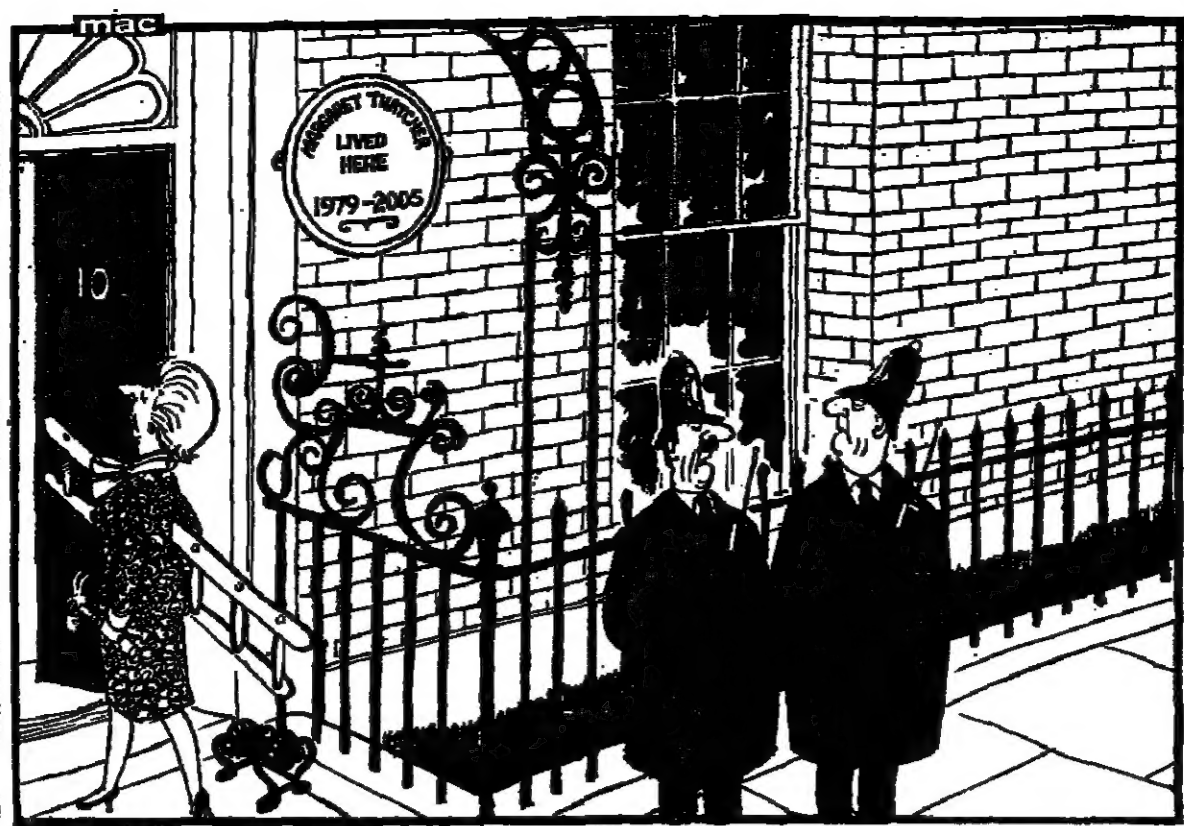
Wer irgendwelche Zweifel hegte, daß die britische Premierministerin Margaret Thatcher nach dem Westland-Debakel nicht mehr im Vollbesitz ihrer politischen Schlagkraft sein könnte und vielleicht mit Rücktrittsgedanken spiele, wurde Montagabend eines anderen belehrt. Daß eine kampfeslustige und von ihrer Politik vollständig überzeugte Lady vor der Fernsehkamera und erteilte alle den eine Absage, die sie entweder, wie die Opposition, desavouieren oder, wie eine Fraktion im eigenen Lager, manipulieren wollen.

Die Tories seien 1979 und 1983 wegen ihrer geradlinigen Politik gewählt worden, erklärte sie, und weil sie „Dinge gewagt haben, die keine andere Regierung angreifen wollte“. Und auf diesem Weg werde sie weitergehen. Angesichts dieser Zielstrebigkeit fiel es ihr denn auch nicht schwer, die Oppositionspolitik als „Wischwaschi“ abzutun.

Daß sie die Westland-Affäre nicht in denselben Krisentopf wie den Falklandkrieg und den Bergarbeiterstreik werfen wollte, ist verständlich: sie geht jedoch zu weit, wenn sie sie als Grund für den „tragischen“ Abgang zweier Minister abtut. Westland hat ihrem politischen Ansehen geschadet und in ihrer Partei den Funken des Widerstandes gezündet. Ob sie ihn bald wieder löschen kann und mit ihrer Behauptung recht behalten wird, daß der Wähler die Sache schnell vergißt oder „ihre rechte Proportion gibt“, bleibt abzuwarten.

Ein Trost kann es für die Herrin von Downing Street Nr. 10 immerhin sein, daß die Opposition mit ganz wenigen Ausnahmen in den vergangenen Wochen, als die Regierung eine Schwachstelle nach der anderen entblößte und sich der Selbstzerfleischung hingab, jede Chance ausließ. Nur zwei Redner aus ihren Reihen vermochten sich dem Gedächtnis einzuprägen: der Sozialdemokrat David Owen und der Industrieminister im Labour-Schattenkabinett, John Smith.

Deswegen muß Frau Thatcher sich jetzt darauf konzentrieren, in erster Linie unter ihren Anhängern ihre Reputation wieder auf alten Glanz zu bringen. Die Botschaft für diejenigen, die sie als Parteiführerin herausfordern wollen, war jedenfalls glasklar: „Ich werde kämpfen.“



Schilys Anzeige

Von Enno v. Loewenstern

Die Strafanzeige des grünen Bundestagsabgeordneten Otto Schily gegen Bundeskanzler Kohl wegen „uneidlicher Falschaussage in zwei Fällen“ behandelt zwei Vorgänge: eine Aussage vor dem Bonner Flick-Ausschuß, wo Kohl gewisse Zahlungen „in Abrede gestellt“ habe, und eine weitere vor dem Mainzer Spenden-Ausschuß.

In der Mainzer Sache hat die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Mainz wurde Kohl am 18. Juli 1985 zu der Frage vernommen, ob er „als Mitglied der Landesregierung von Rheinland-Pfalz“ gewußt habe, daß die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ in Koblenz „als Geld- und Spendenbeschaffungsanstalt“ diene. Bei seiner Antwort – sie muß natürlich im Zusammenhang mit einer schriftlichen Stellungnahme vom 29. Mai 1985 gesehen werden – verzeichnet das Protokoll einmal ein „Nein“ Kohls in einem Zusammenhang, der zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, sofern man die Antwort isoliert betrachtet, wie Kohl am 14. September 1985 dem Vorsitzenden mit einem klarstellenden Hinweis auf einen Brief und andere Punkte in seiner Juli-Aussage schrieb.

Dazu läuft ein bizarrer Einfall durch verschiedene Medien: „Nachträgliche Richtigstellungen ... schützen nicht vor einer Anklage wegen Falschaussage.“ Schily immerhin hat das nicht vorgebracht. Denn nachträgliche Richtigstellungen können nur dann zu einer Anklage führen, wenn sie nach Abschluß des Verfahrens eingebracht werden – der Mainzer Ausschuß aber ist heute noch aktiv. Natürlich ist es einem Zeugen unbenommen, ein Wortprotokoll, das ihm zugeschickt wird und eine mißverständliche Wendung enthält, rechtzeitig klarzustellen.

Was Schily vorbringt, sind Spekulationen, beginnend mit einem Pressebericht über eine Aussage des Flick-Managers Eberhard v. Brauchitsch, „angesehenste Politiker“ wie Scheel, Kohl, von Hassel, Schröder, Ertl, Kary und Kiep hätten Spendenlenkung über die Staatsbürgerliche Vereinigung befürwortet. Die Anzeige enthält keinen Hinweis, daß Kohl jemandem eine solche Empfehlung vom 2. Dezember 1978 gab, als er als Ministerpräsident zurücktrat. Schily bezieht sich mit Vermutungen: „Es ist nicht anzunehmen“ – „es muß da-

von ausgegangen werden“ – „sollen ebenfalls“ – „ist davon auszugehen“ usw.

Mit ähnlichen Nebelwendungen („wahrscheinlich“, „offenbar“, „denkbar“) ist auch Schilys zweite Anzeige wegen der Aussage in Bonn garniert; diese Staatsanwaltschaft prüft noch, ob sie ein Verfahren eröffnen soll. In Bonn hat Kohl nicht aus eigenem Wissen, sondern an Hand einer von Mitarbeitern erstellten Liste ausgesagt. Sollte diese Liste unvollständig sein, so ist kaum vorstellbar, wie man Kohl daraus den Vorwurf einer vorsätzlichen Falschaussage machen kann.

In Frage steht entweder, da ist Schilys Darstellung ziemlich wirr, ein Betrag von 30 000 DM oder eine Summe von 55 000 DM. Zu einer in der Diehl-Liste eingetragenen Summe über 30 000 vom 6. Dezember 1977 stellte Kohl klar, davon wisse er nichts, sein Mitarbeiter Lütjhe habe dazu keinen Eingang festgestellt. Eine andere Zahlung vom 19. Januar 1979 ist ebenfalls in den CDU-Buchungen nicht vermerkt, doch erläuterte Kohl, daß sie in einem Gesamtbetrag vom März 1979 über 55 000 DM enthalten sein kann.

Wie soll also bewiesen werden, erstens, daß die allenfalls unklaren Zahlungen doch eingingen – die Unzuverlässigkeit der Diehl-Liste ist notorisch – und zweitens, daß sie von Kohl wider besseres Wissen verschwiegen wurden? Hier bietet Schily dies: „Vor allem die Tatsache, daß Dr. Kohl die Beteiligung seiner langjährigen Mitarbeiterin Juliane Weber beim Spenden-



Was Schily alles für „denkbar“ hält: Kohl im Flick-Ausschuß FOTO: DPA

denkassas verschwiegen hat, läßt nur den Schluß auf eine vorsätzliche Handlungsweise zu.“ Brauchitsch nämlich habe ausgesagt, Frau Weber habe „schon mal für Herrn Kohl Geld empfangen“.

In Wahrheit aber ist Kohl überhaupt nicht danach gefragt worden, ob außer ihm andere Personen Flick-Zahlungen entgegengenommen haben. Die fragliche Aussage wurde vielmehr gemacht auf folgende Frage: „Wie war das eigentlich, wenn man als Parteivorsitzender bei Herrn von Brauchitsch eine Summe entgegennahm? Wurde da ein Treffen eigens für die Spende verabredet, oder hat er solche Kuverts bei Gelegenheit anderer Treffen übergeben?“ Kohls Antwort: „Wenn er kam oder jemand vorbeischickte, hat er diese Spenden mir übergeben.“

Und nun wird Schily kühn bis an die Grenzen des Zulässigen, wenn nicht darüber hinaus: Frau Weber habe laut Brauchitsch-Notiz am 5. Dezember 1977 angefragt, ob sie am 6. „kurz vorbeikommen“ könne. Das „rechtfertigt die Schlußfolgerung, daß Frau Weber am 6. 12. 1977 den Betrag von 30 000 DM in Empfang genommen hat.“

Noch schlimmer wird die Konstruktion hinsichtlich eines strittigen Betrags von 30 000 oder 55 000 DM, der für Kohl am 19. Januar 1979 laut Diehl-Liste notiert war. Hier schlägt Schily den Bogen folgendermaßen: „Im Kalender von Brauchitsch soll für den 19. Januar 1979 11.30 Uhr ein Besuch von Frau Weber eingetragen sein.“ Brauchitsch allerdings teilte mit, daß er 25 000 DM „zusammen mit den gleichfalls am 19. 1. 1979 ohnehin zu diesem Zweck erhobenen 30 000 DM Anfang März 1979 Herrn Dr. Kohl aushändigen“ ließ. Diese 55 000 DM hat Kohl für 9. März 1979 dem Ausschuß bestätigt. Also, was fehlt, und was hat das mit Frau Weber zu tun? Schily: „Die Eintragung im Kalender von Herrn von Brauchitsch und die sonstigen Aufzeichnungen aus dem Büro von Herrn von Brauchitsch sprechen eher dafür, daß die Zeugin Weber das Geld bereits am 19. Januar 1979 abgeholt hat.“

Man kann sich denken, wie der Rechtsanwalt Schily reagierte, würde gegen ihn oder einen Mandanten so eine Anzeige erstattet.

IM GESPRÄCH Barbara Morgan

Den Auftrag ausführen

Von Fritz Wirth

Als die Raumfähre „Challenger“ am 28. Januar 72 Sekunden nach dem Start explodierte, war niemand unter den Zuschauern in Cape Canaveral, der den Schock dieser Katastrophe physisch und psychisch deutlicher spürte als Barbara Morgan. Sie war die „Ersatzfrau“ der Lehrerin Christa McAuliffe. Barbara Morgan stand nur einen Fußbreit von dieser Katastrophe entfernt. Nur eine kleine Unpäßlichkeit Christa McAuliffes – die beiden hatten seit einem halben Jahr für diesen Flug trainiert – hätte Barbara Morgan zum Passagier dieser Fähre machen können.

Dennoch: Die erste Reaktion der Barbara Morgan waren nicht Mutmaßungen mit dem „Wenn“, sie eilte spontan auf die Familienangehörigen der Christa McAuliffe zu, tröstete sie und wich für den Rest des Tages nicht mehr von ihrer Seite. In der letzten Woche hat Nasa-Direktor William Graham Frau Morgan zu sich in sein Büro und eröffnete ihr: „Wir haben beschlossen, daß nach wie vor ein Lehrer der erste amerikanische Zivilist im All sein soll. Sie sind dafür die erste Wahl. Ich erwarte Ihre Antwort nicht auf der Stelle. Sie sollen das alles in Ruhe durchdenken.“

Barbara Morgan antwortete 24 Stunden später: „Christa McAuliffe hat ihren Zielort niemals erreicht. Ich möchte zurückkehren und für sie sagen können: Auftrag ausgeführt.“ Und sie fügte hinzu: „Ich kenne das Risiko, doch ich bin sicher, daß es geringer sein wird als jenes, das Christa McAuliffe auf sich nahm.“

Barbara Morgan ist 33 Jahre alt, verheiratet und kinderlos. Sie wuchs in Fresno in Kalifornien auf, studierte an der Stanford-Universität, unterrichtete für einige Jahre in Quito in Ecuador und lehrte im Augenblick an einer Schule in McCall in Idaho. Sie hat nach der Katastrophe vom 28. Januar mit ihren Schülern Ziele, Notwendigkeiten und Risiken der Raumfahrt stundenlang diskutiert. „Ich würde unglaublich, wenn ich das Angebot der Nasa mit Nein beantwortet hätte“, sagt sie. „Alle Schüler, die dieses Unglück erlebt haben, brauchen die Versicherung und die Bestätigung, daß das Raumfahrtprogramm eine glänzende Zukunft hat. Außer dem weiß ich, daß mein Nein von Christa McAuliffe niemals akzeptiert worden wäre.“



Fliegt in der Raumfähre mit: Barbara Morgan FOTO: DPA

Das Ja der Barbara Morgan zum Flug ins All ist nicht unumstritten. Kritiker des Programms fragen: Brauchen wir Helden-Lehrer, um die amerikanische Jugend von der Notwendigkeit der Raumfahrt zu überzeugen? Die neue Lehrerin, die zusammen mit Christa McAuliffe in die engere Wahl für den ersten Raumflug gekommen waren, haben diese Frage inzwischen sehr eindeutig beantwortet. Sie alle sind nach wie vor bereit, die Rolle und den Platz der Christa McAuliffe zu übernehmen.

Sicher ist jedoch inzwischen, daß Barbara Morgan nicht in der ersten Raumfähre sitzen wird, die nach der Katastrophe vom 28. Januar wieder ins All fliegen wird. Es werden wieder nach nur erfahrenen Testpiloten auf dieser Mission eingesetzt werden. Derweil versichert die Lehrer-Astronautin im Wartestand sich und ihrem Klassenzimmer: „Ich habe keine Angst vor diesem Abenteuer.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigen sich mit der Schily-Anzeige gegen Bundeskanzler Kohl:

Frankfurter Allgemeine

Wozu eigentlich muß die Staatsanwaltschaft in Koblenz erklären, sie habe „am Montag intern beschlossen“, ein Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler Kohl wegen angeblicher falscher uneidlicher Aussage vor dem verlassenen Mainzer Parteipenden-Ausschuß einzuleiten? Wird die Justiz neuerdings auf dem Markte ausgetragen oder auf Pressekonferenzen, wie seinerzeit bei der denkwürdigen Veranstaltung in Bonn, auf der die Anklageerhebung gegen von Brauchitsch, Friedrichs und Graf Lambsdorff mit großer Pose verkündet worden war? Daß Ermittlungen gegen ihn aufgenommen werden sollen, erfährt der Betroffene aus den Nachrichten – ein skandalöses Verfahren.

Hölnischer Stadt-Anzeiger

Allerdings ist in diesem wie in anderen Fällen zu beachten, daß die Staatsanwälte auch schon bei geringem Verdacht verpflichtet sind, das Verfahren einzuleiten. Dieser Schritt besagt noch lange nichts über die Schuld der Betroffenen. Auf die Vermutung, daß der Verdacht widerlegt wird, hat der Bundeskanzler denselben Anspruch wie jeder andere Bürger.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Vorstellung staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen den Kanzler genügt, um aus der Hauptstadt einen Höhenhof zu machen. Es geht darum, Widersprüche zwischen Kanzleraussagen und anderen Erkenntnissen aufzuklären ... Es geht um Ermittlungen, nicht um Anklage – als ein Angeklagter wäre der Kanzler wohl kaum zu haben, aber die Strafverfolgung prüfen erst einmal, ob es überhaupt Belastungsmaterial gibt. (Essen)

DONAU KURIER

Man kennt die schönen Sprüche aus dem Fall Lambsdorff zur Genüge: Ein von Ermittlungen Betroffener sei noch kein Beschuldigter, ein Beschuldigter noch lange kein Verurteilter. Die Vorverurteilungsmaschine wird aber auch im Fall Kohl in Gang gesetzt werden. (Innsbruck)

die tageszeitung

Jetzt hat es also auch Herrn Kohl geschafft ... Am wichtigsten wird jetzt aber der freundschaftliche und medizinische Beistand Friedrich Zimmermanns werden. In Falschaussagen erfahren, durch eine Schilddrüsenunterfunktion rechtlich geschützt, wird der ihm sicher den heißen Tip geben: Verminderte Zurechnungsfähigkeit. (Bertlin)

Lassen die Sowjets tatsächlich Inspektionen am Ort zu?

Eine vage Hoffnung im dreizehnten MBFR-Jahr / Von Rüdiger Moniac

Nach eigenem Kalender zählen die Wiener MBFR-Verhandler inzwischen das dreizehnte Jahr ihres ermüdenden Kongresses. Der damalige Außenminister Walter Scheel hat recht behalten, der vor Beginn der Truppenabbaueverhandlungen den Diplomaten riet, sich Häuser in Wien zu kaufen, denn die Verhandlungen würden lange dauern. Im dreizehnten Jahr allerdings stehen die Zeichen so schlecht nicht für den Beginn eines tragfähigen Vertragswerks, auch wenn vor Optimismus gewarnt werden muß.

Zur zentralen Frage hat die NATO der anderen Seite am Ende der letzten MBFR-Runde einen neuen Lösungsweg vorgeschlagen. Er würde es der Sowjetunion und ihren mehr oder minder freiwilligen polnischen, deutschen und tschechoslowakischen Verbündeten erlauben, die „Datendiskussion“ nun ohne Gesichtverlust zu bestehen. Die Sowjets hatten sich mit der Weigerung, die vom Westen erkannte Zahl östlicher Truppen im Verhandlungsraum zu akzeptie-

ren, so festgelegt, daß aus dieser Stabilität kein Entkommen möglich schien. Für fast 200 000 Mann Land- und Luftstreitkräfte leugnete die östliche Seite die Anwesenheit in den Garnisonen in Polen, der CSSR und der „DDR“. Nun will der Westen hinnehmen, die wechselseitige Einigkeit über die Zahl der Soldaten nicht mehr an den Anfang eines Vertragswerks zu stellen. Ihm genügt es, sie am Ende einer Drei-Jahres-Phase zu konstatieren, wenn für beide Seiten ausreichend Gelegenheit war, sich durch Inspektionen von der Zuverlässigkeit der ausgetauschten Daten zu überzeugen.

Dies ist eine einschneidende Veränderung der westlichen Verhandlungsmethode. In der Sache aber bleibt die westliche Position erhalten. Denn die NATO sagt zu Recht, ein Truppenreduzierungsabkommen habe nur dann einen Wert, wenn es sich auf Vertrauen gründet. Voraussetzung dafür kann aber nur vollständige Klarheit über die Truppenstärken beider Seiten sein. Sie wollte der Westen bisher

ganz an den Anfang vertraglicher Vereinbarungen stellen. Jetzt gibt er sich damit zufrieden, sie im Verlauf der Entstehung eines Stufenabkommens zu erreichen.

Die sogenannte Verifikation bleibt damit das Kermelstück eines Vertragswerks. Beide Seiten müssen bereit sein, die eingegangenen Verpflichtungen von der jeweils anderen Seite überprüfen zu lassen. Dies ist für die offenen Gesellschaften im Westen nicht schwer, für die Kommunisten aber sehr, wo freier Informationsaustausch als Staatszerstörung gilt.

Ob sich daran etwas ändert, kann man an Hand der jüngsten Äußerungen Gorbatschows spekulieren. Er erklärte Mitte Januar, bei MBFR würden die Konturen eines ersten Abkommens erkennbar. Ähnliches läßt sich in Stockholm oder bei der Abrüstungskonferenz der vierzig Staaten in Genf registrieren. Die Sowjets sperren sich nicht mehr völlig gegen Überprüfungen vor Ort zur Vertrauensbildung bei Abrüstungsvereinbarungen. Was sie aber letztlich konkret

zugestehen würden, ist weder bei der KVAE noch bei MBFR oder auch bei den Verhandlungen zum Bann der chemischen Waffen klar erkennbar. So bleibt Außenminister Genscher bis jetzt nichts übrig, als festzustellen: „Die östlichen Vorschläge zur Verifikation sind unzureichend.“

Was die NATO für ausreichend hält, wird aus ihren Forderungen bei MBFR deutlich. Sie will, wenn in einem ersten Schritt 5000 amerikanische und 11 500 sowjetische Soldaten aus Mitteleuropa abgezogen werden sind und sich alle MBFR-Staaten in dieser Region verpflichtet haben, ihren Truppenumfang nicht zu vergrößern, einen Informationsaustausch über alle dort verbleibenden Streitkräfte bis hinunter zur Bataillonebene. Durch Inspektionen vor Ort sollen diese Informationen überprüft werden, so daß am Ende einer Drei-Jahres-Phase die Umfänge der Truppen beider Seiten einvernehmlich geklärt wären.

Auf dieser Basis wäre dann, so die westliche Vorstellung, eine

zweite Stufe eines Vertragswerks denkbar, die Reduzierungen bis zur Parität in Ost und West vorsähe. Allerdings müßte der Westen sich mit diesem Teil der Stabilisierung der Sicherheit durch Streitkräfteverringern und Vertrauensbildung nicht begnügen. Denn der MBFR-Reduzierungsraum ist zu klein, da er sich auf Mitteleuropa beschränkt.

Großes Interesse hat der Westen deshalb auch am Fortgang der Stockholmer KVAE, die sich auf die Vereinbarung eines Modus zur vorüberigen Anklündigung von Truppenbewegungen im ganzen Europa zwischen Atlantik und Ural konzentriert. Erst in dieser geographischen Dimension kommt es zu einem Netzwerk gegenseitiger Inspektionen die zuverlässige Grundlage für die Verhinderung von militärischen Überraschungsangriffen entstehen. Daß es dazu bisher nicht kommen konnte, wird allein durch die sowjetische Weigerung bestimmt. Mit schönen Worten macht der Krenl dem Westen Hoffnungen. Geht es aber am Ende nur Taten.

Mit dem Frost kommt für viele Arme auch der Tod

Gemessen an dem, was der Europarat als „Mindesteinkommen für ein menschenwürdiges Leben“ definiert, leben rund 15 Millionen Briten unterhalb oder an der Armutsgrenze. Im Winter sterben sogar Hunderte von ihnen, vor allem Rentner, weil sie ihre Wohnungen nicht heizen können.

Von JOCHEN ZWIKIRSCH

Roy Hodson lebt in London – oder was man so leben nennt, wenn man auf dem teuersten Pflaster Großbritanniens mit 424 Mark im Monat auskommen muß: Hodson zählt zum Riesenheer der weit mehr als drei Millionen Arbeitslosen im Inselreich der Queen und ist auf die Wohlfahrt angewiesen.

Einmal die Woche ist Zahlung für den 31-jährigen Junggesellen aus Tufnell Park. Dann kassiert er umgerechnet 106 Mark „Beihilfe zum Lebensunterhalt“. Das nur ein paar Mark höhere Arbeitslosengeld gibt's nur ein Jahr lang, und der gebürtige Liverpooler („Am liebsten würde ich als Koch arbeiten“) sucht schon länger vergebens einen Job.

Immerhin zählt Vater Staat noch die Miete für die Aderhalb-Zimmer-Wohnung unter Dach. „Die habe ich nach langem Warten durch Vermittlung einer Wohltätigkeitsorganisation gefunden, lebte vorher in einem Männerwohnheim. Da drehte sich der ganze Tag nur um Alkohol – ich bin heilfroh, das hinter mir zu haben!“

Laut amtlicher Statistik gab ein vierköpfiger Haushalt schon im Jahre 1982 durchschnittlich 134 Pfund (beim damaligen Geldwert etwa 540 Mark) pro Woche aus, Wohnkosten nicht mitgerechnet. Drei Jahre später muß eine gleich große Familie, die Sozialhilfe bezieht, mit knapp 62 Pfund (223 Mark) haushalten. Der Europarat dagegen setzt das „Mindesteinkommen für ein menschenwürdiges Leben“ mit 116 Pfund fast doppelt so hoch an. Ein Sprecher des Londoner Sozialministeriums beantwortete die Frage, wo die britische Regierung einen „Mindest-Lebensstandard“ ansiedelt, mit dem Satz: „Dafür haben wir hier keine Definition.“

Klarheit: 4,6 Millionen Briten beanspruchen Sozialunterstützung, eine Millionen Arbeitslosengeld, 7,3 Millionen Briten erhalten Wohnzuschüsse und 9,3 Millionen eine Altersrente. Im laufenden Rechnungsjahr fließen 37,75 Milliarden Pfund unter Bedürftige. Doch ob die gewährten „Benefits“ auch nur annähernd für eine angemessene Lebensführung ausreichen – darüber hat man sich im zuständigen Ministerium eingestanden: „Sie reichen nicht zum Kopf zerbrechen.“

In keiner anderen Industrienation Westeuropas sind die sozialen Gegensätze deutlicher als im Inselkönigreich. Und das derzeitige System der „Sozialen Unsicherheit“ (wie der Londoner „Economist“ den Begriff „Social Security“ unlängst ins Gegenteil verkehrte) ist beliebt nicht dazu angetan, solches zu ändern.

Carey Oppenheim vom Armuts-Hilfswerk „Child Poverty Action Group“ hat in anonymen Beratungsgesprächen einmal notiert, was man als Sozialarbeiter zu hören bekommt:

• „Das Geld vom Sozialamt reicht hinten und vorne nicht. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich vom Altbürgerlichen zu ernähren – tagtäglich dasselbe ungesunde Zeug. Schon der Gedanke verursacht mir Brechreiz.“

• „Manchmal ist nicht mehr genug Geld da, den Kindern ein vernünftiges Essen auf den Tisch zu stellen. Dann verzichte ich lieber auf eine eigene Mahlzeit. Ich komme mir wie ein Bettler vor, werde immer aggressiver.“

• „Selbst wenn wir's uns vom Mund absparen: Oft müssen Rechnungen unbezahlt bleiben, in der Regel die Miete.“

Zehntausende sehen keinen anderen Weg, als das bar ausgezahlte Wohngeld statt für den Bestimmungszweck für den täglichen Lebensbedarf auszugeben. Beispielsweise sind allein die Sozialmieter des Südlondoner Stadtteils Southwark mit 23 Millionen Pfund im Rückstand.

Begünstigt wird dieser Umstand durch die Ineffizienz des Wohnungswesens, das offen zugibt: „Bis wir einen Säumigen in den Akten ermittelt haben, vergehen oft Wochen oder gar Monate“ – und dann sind die Schuld oft so hoch, daß es keine realistische Aussicht auf Abstritten mehr gibt. Dennoch beschloß das Bezirksamt Zahlen – oder Räumungsklage!

Wer hoch in der Kreide steht, hat Glück gehabt

Eine andere „Lösung“ des Problems wurde im benachbarten Lambeth erunden. Dort machten die Stadtwerke alle Sozialmieter, die mit mehr als 1000 Pfund im Rückstand waren, mit einem Federstrich schuldenfrei. Wer weniger „Miese“ hat, muß brav weiter abzahlen. Halb London diskutiert, ob dies nun höhere Weisheit oder höherer Blödsinn ist. Glücklicherweise hat überhaupt ein Dach über dem Kopf hat. Überalterte Hausbestand, rascher Verfall, eine drastische Beschneidung der öffentlichen Mittel für Instandsetzung und Neubauten haben die Wohnungsmot zu einem der größten aktuellen Sozialthemen gemacht. Allein in England und Wales gelten 1,2 Millionen Häuser amtlich als „ungeeignet zur Unterbringung von Menschen“ – sind aber dennoch bewohnt.

Zur selben Zeit steht nach einer Schätzung der Wohnungslosen-Lobby „Shelter“ eine halbe Million Bürger Schlange vor den Ämtern und sucht um menschenwürdige Unterkunft nach. Tausende von Familien sind auf Kosten des Steuerzahlers in (meist primitiven) Frühstückspeisen untergebracht. „Shelter“-Sprecherin Clare Booker spricht von einem „nationalen Skandal“.

Zahlenmäßig gar nicht erfasst sind die „echten“ Obdachlosen wie etwa Stadt- und Landstreicher. Doch allein in der Hauptstadt, so schätzt Heils-

GLAMOUR INTERVIEW MUSIC CENTRE



Armut in London: Ohne Arbeit, ohne Obdach, ohne Glamour

FOTO: E. KASPERSKI

mee-Hauptmann Rob Garrad, „übernehmen mindestens 10 000 in Pappkartons, unter den Hochbahnbögen, in Hauseingängen und Grünanlagen – andere Hilfswerke glauben gar, daß es bis zu 30 000 sein könnten.“ Da haben die „Soldaten Gottes“ ein reiches Betätigungsfeld schon mit der mobilen Suppenküche und den Herbergen zur Heimat, die 800 Obdachlosen Platz bieten. Viele Typen wissen nicht einmal, daß auch ihnen ein Scherlein vom Staat zusteht.

Im Vergleich dazu kann sich die Klientel der Sozialämter geradezu zum Establishment zählen – selbst die 9,3 Millionen Sozialrentner, deren viele selbst mächtig knapsen müssen. Als Regelsatz gibt es nämlich nicht mehr als wöchentlich 138 Mark für Alleinlebende, 221 Mark für Paare beziehungsweise 193 Mark für Witwen.

In keinem anderen Land der Welt dürften die Senioren bei Winterbruch noch immer offiziell vor den lebensgefährlichen Folgen einer schweren Unterkühlung gewarnt werden. Wer sich keine ausreichende Heizung leisten kann, so wird allen Ernstes empfohlen, der solle sich ins Bett legen und möglichst viel Zeitungspapier unter die Decke stopfen. Im vergangenen Jahr waren nämlich in der Tat 555 über 65-jährige an Unterkühlung gestorben, und weitere 657 (es war ein grimmiger Winter) im ersten Halbjahr 1985. Medizinische Experten vom Seniorenwerk „Age Concern“ sind indessen sicher, daß die tatsächlichen Zahlen weit höher liegen – Folge-Erkrankungen, die dann etwa als „Lungenentzündung“ in der Todesurkunde auftauchen, berücksichtigen die amtliche Statistik nämlich nicht.

Gerade in diesen Wochen wiederholt sich diese alltägliche Tragödie. Malcolm Wicks vom staatlichen Studienzentrum für Familienpolitik: „Jedesmal, wenn die Temperaturen fallen, müssen wir von mehreren hun-

dert zusätzlichen Todesfällen ausgehen. 99 Prozent davon sind Rentner.“

Nach einer Regierungsstatistik über das britische Lohn- und Gehaltsniveau haben acht Millionen Arbeitnehmer weniger in der Lohnkiste als das vom Europarat angesetzte Mindesteinkommen. Viele von ihnen zählen zu den sogenannten ethnischen Minderheiten, sind also (meist farbige) Einwanderer oder deren Nachkommen.

Schon 1981 hatte der hochangesehene Jurist Lord Leslie Scarman in einem Report an Parlament und Regierung festgestellt, daß Farbige in aller Regel „schneller gekündigt werden und länger arbeitslos bleiben“ als weiße Mitmenschen. Hinzu kommen Sprachprobleme, Schwellenangst vor den Behörden, Unwissenheit um seine Rechte, nackte Existenzangst. Hier schwellt ein gesellschaftlicher Konflikt, der immer öfter in offener Gewalttätigkeit aufflammt.

Besonders hart trifft es die Farbigen

Im Südlondoner Elendsquartier Brixton sagt mir ein vielleicht 60-jähriger Westindier: „Drei von vier haben hier keinen Job. Mann, ich gehöre zu den dreien. Gehe ich zum Sch... stand der Weißen, Mann – nein. Ich hole mir selbst, was ich brauche. Und jetzt verp... dich, Whitley, sonst krachst!“

Margaret Thatcher und ihr Kabinett haben eine einfache Antwort auf die Frage nach den Hintergründen. Die nun schon vor vier Jahren begonnene Serie von Straßenschlachten, so die offizielle Lesart, sei das Gemeinschaftswerk von subversiven Elementen und bergefahrenen Kriminellen. Und zum bedrohlichen Anwachsen der allgemeinen Verbrechensrate: Da sei zum einen der schlechte Einfluß des Fernsehens, und zum anderen lebe man nun allemal in einer bösen Welt.

(SAD)

Nathan Sharon über sein Leid als Anatoli Schtscharanski

Seit einer Woche ist Anatoli Schtscharanski, der sich jetzt Nathan Sharon nennt, in Freiheit. In Israel. In einem Gespräch mit Ephraim Lahav berichtet er über seine schrecklichen Jahre in der Sowjetunion.

Von EPHRAIM LAHAV

Vielleicht werde ich in einigen Jahren Zeit haben, es zu lesen“, sagte Anatoli Schtscharanski, als ich ihm das Buch seiner Frau Avital „Nächstes Jahr in Jerusalem“ für ein Autogramm vorlegte. Vorläufig ist er noch derart „überhäuft mit Liebe und verfolgt von den Medien“, daß er keine Zeit zur Lektüre hat.

Ich lese ihm aus dem Buch einen Absatz eines Briefes vor, den er im Juni 1975 aus Moskau an seine Frau in Jerusalem schrieb: „Wenn ich endlich in Israel ankomme, werde ich irgendwo auf dem warmen Sand am Meeresstrand liegen, mit Dir an meiner Seite. Einen Monat lang, vielleicht länger, werden wir uns nicht vom Fleck rühren, bis ich mich schließlich von diesem schrecklichen Wettrennen erholt habe. Erst dann werde ich fähig sein, ein normales menschliches Leben zu führen. Eines Tages werden wir uns mit Entsetzen an diese Zeit erinnern und uns fragen: Ist das alles wirklich geschehen?“

„Genau dies werden wir von morgen an tun“, sagt Schtscharanski, „wir fahren ans Meer und ruhen uns zwei Wochen lang aus. Dann will ich beschließen, wie ich in meinen Beruf zurückfinde.“ Dann schreibt er mir in Avital's Buch: „Solange ich keine eigenen Bücher habe, muß ich die Bücher meiner Frau autographieren“, und unterschreibt mit seinem neuen hebräischen Namen „Nathan Sharon“.

Ein Ziel hat er sich gesetzt: „Ich fühle mich verpflichtet, die einzigartige Erfahrung, die ich erworben habe, ganz besonders den KGB-Alpträumen, zur Hilfe für andere zu nutzen. Das kann auch denen nützen, die dasselbe Schicksal erleiden, wie ich es erlitten habe.“

Schtscharanski's erste Berührung mit Gefängnissen war die Untersuchungshaft des KGB in Moskau. „Dort verbrachte ich 18 Monate in voller Isolierung. Dort war es zwar besser als in den eigentlichen Strafanstalten... Wenn man nicht in der Strafkolonie sitzt, so braucht man nicht zu hungern. Aber man ist völlig von der Außenwelt abgeschnitten.“

Die Untersuchungsmethode: „Zuerst versucht man, mir zu erklären, daß ich keine Wahl habe, als ihnen zu helfen. Man sagte mir: ‚Wir haben jetzt vor aller Welt erklärt, daß Sie ein Spion sind. Denken Sie doch an die Bisherige. Können Sie sich an einen einzigen Fall erinnern, in dem wir unsere Beschuldigung zurückgezogen haben? Wir sind nicht auf Ihren Kopf aus. Wir wollen Ihre Hilfe. Also, entweder Sie legen ein Geständnis ab und halten eine Pressekonferenz und helfen uns in unserem Kampf gegen die Dissidenten – und dann lassen wir Sie nach Israel ausreisen – oder Sie werden zum Tode verurteilt. Da gibt es keinen Ausweg.“

Das sagten ihm die vernehmenden

Offiziere in den ersten Monaten unangenehm. Es war schon ein ständiger Witz, erzählt Schtscharanski. Aber dann begriffen die Offiziere schließlich, daß ihnen das nichts nützen würde. Zwei, drei Monate darauf hörten sie mit dieser Methode auf und versuchten eine andere. Sie sagten: „Sie glauben, ein Held muß sein Leben für seine Bewegung opfern. Wir meinen, das ist dumm, aber das ist Ihre Sache. Aber denken Sie doch an Ihre Bewegung. Da sind Leute wie Robert Toth (von der Los Angeles Times).“ Sie hatten Toth vernommen und lasen mir seine Aussage vor. Sie sagten mir, er sei als Spion verhaftet worden. Es liege im Interesse meiner Bewegung, mich von solchen Leuten zu distanzieren. Sonst werdet ihr alle als Spione verurteilt werden.“

Auch diese Methode versagte, obwohl die KGB-Offiziere extremsten Druck angewandt hatten. „Er nahm verschiedene Formen an. Ein Beispiel: Eines Tages machte man eine Inspektion und fand, daß meine Zahnbürste scharf geschliffen war. Mein Nachbar, der keine Zahnbürste besaß, hatte das getan, damit er Wurst schneiden könne. Die KGB-Leute sagten: ‚Scharfe Gegenstände sind verboten.‘ Tage darauf brachte man mich in die Strafkolonie. Das war schrecklich. Kalt, dunkel, und ich durfte keine warme Unterwäsche tragen, keinen Mantel. Die Zelle war ungefähr 2 x 1,80 m groß. Tagsüber mußte ich auf dem Fußboden sitzen. In der Nacht durfte ich ein Holzbrett aus der Wand nehmen und darauf



Ungebeugt: Anatoli Schtscharanski

FOTO: NISAN SHORER/SAD

liegen. Aber ohne eine Decke in der eisigen Kälte. Erst in der achten Nacht gelang es mir, einige Minuten zu schlafen. Bis dahin raubte mir die Kälte den Schlaf... Während dieser Zeit wurde ich täglich zum Verhör beordert. Im Verhörzimmer war es angenehm warm. Der vernehmende Beamte gab mir heißen Tee und sagte noch: „Bitte, sagen Sie das nicht weiter, sonst habe ich Schwierigkeiten.“ Sogar Kuchen gab man mir... Die Untersuchung bestand darin, daß man mir die Vernehmungssprotokolle anderer Gefangener vorlas. Wenn ich da aus der Kälte in die Wärme kam, war ich so groggy, daß ich manchmal einschlief. Man versuchte, mich zu einem Geständnis zu überreden.“

Nach zehn Tagen dieser Behandlung gaben sie es auf. Sie versuchten es nochmals zehn Tage lang, wieder erfolglos. Dann kam Schtscharanski in die reguläre Haft zurück.

Die „Ermittlung“ gegen Schtscharanski war schließlich im Jahre 1978 abgeschlossen. Die Akten füllten einundfünfzig Bände mit je 300 Seiten. Den Anwalt, den ihm seine Mutter für den Prozeß besorgt hatte, lehnte das Gericht ab. Die Anwältin, die ihm das Gericht beschaffte, lehnte er ab. Begründung: „Ich sah keinen Anlaß, zwei Anklagevertreter gegen mich zu haben...“

Schließlich wurde Schtscharanski zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Zuerst kam er ins Gefängnis von Wladimir in der Nähe von Moskau, aber zwei Monate darauf wurden alle politischen Gefangenen nach Tschistopol, etwa 800 km von Moskau, übergeführt.

Die meisten Gefangenen in Wladimir wie auch in Tschistopol waren nichtjüdisch. Viele von ihnen sogenannte „Nationale“. Es waren Ukrainer, Armenier, Georgier, Esten, Litauer. Ihr „Verbrechen“ war, daß sie Flugschriften veröffentlicht hatten oder Berichte über die Verletzung der Menschenrechte. Dann gab es auch religiöse Dissidenten, Orthodoxe, Angehörige der Pentecoster-Sekte, auch Katholiken.

Auch deutsche „Nationale“ gibt es in sowjetischen Gefängnissen, erzählt Schtscharanski. „Sie werden meist unter dem etwas leichteren Artikel 190 – Verbreitung von Verleumdungen gegen die Sowjetunion – verurteilt. Aber die Deutschen werden meistens mit nichtpolitischen Gefangenen zusammen gehalten. Das macht ihr Los schwerer, denn die Sicherheit unter den politischen Gefangenen ist größer.“

Nach anderthalb Jahren in Tschistopol wurde Schtscharanski in das Arbeitslager von Swjatskaja überstellt. „Aber nach einigen Monaten dort sagte man mir, ich übe einen sehr negativen Einfluß auf die anderen Gefangenen aus, und man steckte mich in das Dorfgefängnis. Dort ging es mir sehr schlecht.“

Man nahm mir meinen Psalter weg, unter der Begründung: Solange Sie im Gefängnis sind, müssen wir alle schädlichen Einflüsse von Ihnen entfernen. Die Religion gilt als schädlicher Einfluß, daher nahmen sie den Psalter weg. Daraufhin trat ich in Streik, das heißt ich verweigerte die Arbeit, und wurde in die Strafkolonie gesteckt. Nach 15 Tagen nahmen sie mich heraus und fragten: „Sind Sie jetzt gewillt zu arbeiten?“ Ich sagte nein, und zurück ging es in die Strafkolonie. Sechsmal ging das so und nach dem 82. Tag wurde ich ohnmächtig. Denn die Verpflegung war dort wie folgt: einen Tag 450 Gramm Brot, am nächsten Tag Suppe mit zwei Kartoffeln, insgesamt 1500 Kalorien für zwei Tage. Jedesmal wenn man mich fragte, antwortete ich: „Ich bin bereit zu arbeiten, wenn ich meinen Psalter zurückbekomme.“ Ich blieb 130 Tage in der Strafkolonie. Dann wurde es ihnen zuwider. Sie brachten mich nach Tschistopol zurück und gaben mir dort den Psalter.“

Nach neun schweren Jahren kam der Tag der Freiheit. Aber man gönnte ihm nicht einmal die Vorfreude. Niemand verriet es ihm auch nur mit einem Sterbenswörtchen. „Erst als ich die Grenze überquerte, sagte man mir offiziell, es gehe in die Freiheit.“

(SAD)

„Weil meine Bank mir auch das Geldanlagen abnimmt, hat die Qualität meines Restaurants noch zugenommen. Sie kann mir sämtliche Möglichkeiten der Vermögensanlage bieten. Dies, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Ich muß einfach sagen: eine Drei-Sterne-Bank.“

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Der Verbund:
Volksbanken Raiffeisenbanken
mit mehr als 10.000 Bankstellen
DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
8 regionale Zentralbanken
Bausparkasse
Schwäbisch Hall
DG BPP
Deutsche Genossenschaftsbank
Hypothenkbank
DIFA
Deutsche Immobilienbank AG
Münchener Hypothekbank AG
R+V Vermögensberatung
Union-Investment-Gesellschaft

„Verwaltung soll nicht gleich prozessieren“

Appell des Bundesverwaltungsgerichts an die öffentliche Hand

HENNING FRANK, Berlin
Die zunehmende Inanspruchnahme des Bundesverwaltungsgerichts durch den Bund, die Länder und die Gemeinden zum „Austragen von Streitigkeiten unter Hoheitsträgern“ hat Gerichtspräsident Horst Sander kritisiert. In der Jahrespressekonferenz des „kleinen Bundesverwaltungsgerichts“ appellierte Professor Sander an die Verwaltungen, in allen ihren Verantwortungsbereichen die Kompetenz voll auszuüben und die Versuchung zu widerstehen, notwendige Einigungsprozesse den Gerichten zu übertragen und zu verrechtlichen. Die Gerichte seien schließlich für die Bürger und nicht für die Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten der öffentlichen Hand „mit sich selbst“ da.
Für Sander ist es eine ungeheure Entwicklung, wenn sich die Bundesregierung mit den Landesregierungen in Hannover und Kiel nicht über die genaue Lage des Mündungstrichters von Elbe, Ems und Weser verständigen kann, sondern das in vier Verfahren durch den Bundesgerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht klären läßt. Das sei ein Beispiel für die auch beim Bundesverwaltungsgericht zu beobachtende Tendenz, daß politische Meinungsverschiedenheiten mehr und mehr in die Ebene des Rechts verlagert und zu Rechtsfragen stilisiert würden. Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts erinnerte in diesem Zusammenhang daran,

daß der „Atomrechtssensat“, dessen Vorsitzender Horst Sander ist, sich gerade im Wyl-Urteil bemüht habe, die Kompetenzen der anderen Staatsgewalten zu wahren.
Das Bundesverwaltungsgericht ist nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1985 heute ein „konsolidiertes Unternehmen“. Nachdem das Gericht Anfang der achtziger Jahre vor allem mit Asylsachen förmlich überhäuft und jährlich über 14 000 neue Fälle registriert wurden, waren es 1985 nur noch 3850 (1984: 3953). Da im vergangenen Jahr 4008 Verfahren entschieden wurden, konnten die Rückstände weiter abgebaut werden. Am 31.12.1985 waren noch 2105 (1984: 2363) Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht anhängig. Ob die rückläufige Tendenz bei der mit durchschnittlich zwei Jahren noch immer viel zu langen Bearbeitungsdauer anhält, wurde selbst von dem sonst sehr optimistischen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts bezweifelt.
Trotz des erheblichen Rückgangs der Asylsachen (1985: 880) sprach sich Professor Horst Sander entschieden gegen die Auflösung des Asylsenats aus. Eine Verteilung des Asylrechts auf mehrere Senate würde die in diesem Bereich bereits erzielten Erfolge wieder in Frage stellen. Ob Sander mit diesen Bedenken bei der Bundesregierung Gehör findet, wird sich bei der großen Wachablösung an der Spitze des Bundesverwaltungsgerichts herausstellen.

CDU/FDP Koalition in Hamburg geplant

D.G. Hamburg

Nach der nächsten Wahl zur Hamburger Bürgerschaft, dem Landesparlament der Hansestadt, am 8. November, wollen die Freien Demokraten bei ausreichender Mehrheit eine Koalition mit der Christlich-Demokratischen Union eingehen. Das hat der FDP-Landesvorstand mit sechs zu drei Stimmen am späten Montagabend beschlossen. Wichtigstes Ziel der Freien Demokraten ist zunächst die Rückkehr in die Bürgerschaft, aus der sie bei der Wahl von 1978 mit 4,8 Prozent Stimmenanteil ausgeschieden waren. Im Mai 1982 verfehlte die FDP mit 4,9 Prozent dieses Ziel nur knapp, bei der Neuwahl im Dezember desselben Jahres reichte es dann nur noch für 2,8 Prozent.
Der CDU-Bürgermeisterkandidat Hartmut Perschke begrüßte die Entscheidung der FDP. Die bürgerlichen Kräfte müßten gemeinsam den notwendigen politischen Wechsel in Hamburg herbeiführen.

Wieder Kritik an SFB-Intendant

dpa, Berlin

Der Sender Freies Berlin kommt nicht zur Ruhe. Über finanzielle Entscheidungen, die SFB-Intendant Lothar Loewe im vergangenen Jahr getroffen hat, ist auf der gestrigen Tagung des SFB-Rundfunkrats Kritik geäußert worden. Loewe hatte am 28. November 1985 für einen neuen Vorschlag der Fernsehmagazine „Berliner Abendschau“ und „Kontraste“ Aufträge im Umfang von 250 000 Mark erteilt. Davon sollen bereits 228 000 Mark bezahlt worden sein.
Ratsmitglied Michael Pagels (DGB) mißbilligte diese Entscheidung ausdrücklich. Sie stelle einen „eindeutigen Verstoß gegen die Finanzordnung des Senders“ dar. In der Debatte wurde auf § 11 der SFB-Satzung verwiesen, der bei Rechtsgeschäften des Intendanten die Zustimmung des Verwaltungsrats vorschreibt, sofern diese den Wert von 100 000 Mark überschreiten. Diese Zustimmung sei nie erteilt worden.

Brandt: SPD will einen neuen Dialog zwischen Technik und Politik wagen

„Ingenieur-Kongreß“ in Düsseldorf / Streitgespräch zwischen Lafontaine und IBM-Manager

PETER PHILIPPS, Düsseldorf

Kurz vor der Mittagspause kam Stimmung auf: Im offenen Disput auf der Bühne der Düsseldorfer Stadthalle ließ Moderator Peter Glatz am 1. Tag des SPD-Ingenieur-Kongresses zwei Teilnehmer aufeinanderprallen, die in ihrer Person jeweils auch die grundsätzlichen Widersprüche repräsentierten, die im Tagungsthema enthalten waren. Die Technik und ihre soziale Dimension, lautete das Leitmotiv. Oskar Lafontaine, saarländischer Ministerpräsident und seit Jahren ausgewiesener Technik-Skeptiker, hatte sich mit Hans-Olaf Henkel auseinandergesetzt, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsführung von IBM-Deutschland.

Er setzt vor allem auf das Ziel, daß technologischen Fortschritt immer der Fortschritt hin zur Menschlichkeit untergeordnet sein müsse. Und als ein wesentliches Rezept zur Erreichung dieses Ziels sieht er die Ausweitung der Mitbestimmung an.
Ganz anders Henkel. „Der einzige, der vor der anstehenden Flexibilität der Arbeit durch die neuen Technologien und der davon ausgehenden Möglichkeit, Arbeit wieder stärker an großen Büros in die heimische Atmosphäre zu verlagern, Angst hat, ist nicht das Individuum, sondern das sind die Gewerkschaften.“ Henkel wies dem Staat ein umgrenzt nur die Aufgabe zu, Rahmenbedingungen und Ziele zu definieren. „Niemand sollte sich einbilden, er könne den technischen Fortschritt an die Kordeln nehmen und Stück für Stück freigeben.“ Er warnte vor dem übertriebenen Hang zur „Technologiefolgenabschätzungsdiskussion“ und forderte stattdessen „Mut zur Technikverantwortung“. Inzwischen sei die Situation in der Bundesrepublik Deutschland dadurch gekennzeichnet, „daß der französische Bauer positiv dem Computer gegenüber eingestellt ist, als die deutsche Intelligenz. Wir versingen uns an unserer Zukunft und unserer Jugend.“

Und die von Lafontaine im Zusammenhang mit dem firmeninternen Datentransfer aufgeworfene Frage des verstärkten Datenschutzes nannte der IBM-Manager schlicht „naiv“. Denn wenn er die Unterlagen im Koffer auf Papier gedruckt durch die Luft transportiere, gebe es auch keine Kontrollen. Wer über das Vehikel der Mitbestimmung den Fortschritt behindern wolle, sollte lieber erlicherweise „Wahlen gewinnen und dann eben die Gesetze ändern“.

Zwei Denkwelten

Zwei Denkwelten treffen beim SPD-Kongreß aufeinander. Aber, wie Parteichef Willy Brandt einleitend sagte: Die SPD sei keine Bewegung der „Maschinenstürmer“. Sie wolle „einen neuen Dialog zwischen Technik und Politik“ wagen. Er selbst sieht dabei positive in der Zukunft zu sehen, als mancher seiner politischen Enkel, und sprach von einer „neuen technischen Revolution“, vor der wir stehen und die „eine freierethische Organisation der Arbeit“ für die Menschen erlauben könnte.

Von Kant bis Einstein

Beide Angehörige der Generation der Mittvierziger und doch von gänzlich unterschiedlicher Grundeinstellung: Hier der linke Politiker, der zur geistigen Untermauerung seiner technikkritischen Einstellung eine ganze Palette großer Geister, von Kant bis Einstein, zitierte; dort der Techniker, der in der technologischen Entwicklung vor allem die „Chance für mehr Freiheit und mehr Lebensqualität“ der Menschen sieht. Immer wieder kam Lafontaine während des Disputes – bei dem eine von SPD-Bundesgeschäftsführer Glatz gesteuerte elektronische Zeitangelei die Menschen der Technik unterwarf und die Redezeit beschränkte – bei der Beschreibung technischer Möglichkeiten und Aussichten auf das Risiko des „atomaren Infernos“ zurück, das Technikentwicklung uns beschert ha-

komponiert und unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen produziert. Die Druckmaschinen liefen unter Aufsicht. Die fertigen Fragebögen lagerten unter Verschluss und wurden in versiegelten Koffern in die Testlokal transportiert, wo sie bis heute morgen bewacht blieben.
Der Test selbst hat sich 1980 einen Probestaub hinterlassen. Die 6000 Freiwilligen konnten sich via Fragebogen eine zusätzliche Chance auf einen von 1200 reservierten Studienplätzen erwerben.
In Zukunft wird das Testergebnis, nach Punkten und gemessen an einem Durchschnittswert, mit 45 Prozent, die Abiturnote mit 55 Prozent über die Studienplatzvergabe entscheiden. Die Information zum Test läßt erwarten, daß für einen geschulten und konzentrierten Abiturienten

Heute schwitzen 60 000 im Eignungstest

GISELA SCHÜTTE, Hamburg
Heute morgen um genau 8.15 Uhr wurde das sorgsam gehütete Geheimnis gelüftet: Zum ersten Mal haben 60 000 Bewerber für die Fächer Human-, Zahn- und Tiermedizin an 228 Orten, in 800 Aulen, Schulzimmern und Hörsälen die Fragebögen für den neuen Eignungstest in Empfang genommen. In fünf Stunden (plus Mittagspause) müssen 204 Fragen beantwortet werden. Der Test ist vom Wintersemester 1986/87 an Bedingung für die Aufnahme eines Medizinstudiums und der Schlüssel zu einem der seltenen Studienplätze.
Die Fragen, die kein Schulwissen, sondern Intelligenz, Konzentration, Merkfähigkeit und naturwissenschaftliches Verständnis aufspüren sollen, wurden vom Bonner Institut für Test- und Begabungsforschung

komponiert und unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen produziert. Die Druckmaschinen liefen unter Aufsicht. Die fertigen Fragebögen lagerten unter Verschluss und wurden in versiegelten Koffern in die Testlokal transportiert, wo sie bis heute morgen bewacht blieben.
Der Test selbst hat sich 1980 einen Probestaub hinterlassen. Die 6000 Freiwilligen konnten sich via Fragebogen eine zusätzliche Chance auf einen von 1200 reservierten Studienplätzen erwerben.
In Zukunft wird das Testergebnis, nach Punkten und gemessen an einem Durchschnittswert, mit 45 Prozent, die Abiturnote mit 55 Prozent über die Studienplatzvergabe entscheiden. Die Information zum Test läßt erwarten, daß für einen geschulten und konzentrierten Abiturienten

das Fragen-Labyrinth zu bewältigen ist.
Von den Medizin-Studienplätzen werden zehn Prozent an die Testbesten vergeben, 45 Prozent nach einer Quote aus Testergebnis und Notendurchschnitt. Zwanzig Prozent der Plätze erhalten die Bewerber von der Warteliste, 15 Prozent werden nach Auswahlgesprächen verteilt zu denen die Universitäten nach Lossystem einladen, zehn Prozent bleiben als Sonderquote für Härtefälle, Ausländer oder Zweitstudienbewerber.
Die Zahl der Studienplätze im nächsten Wintersemester entscheidet sich erst im Mai. Zuletzt waren es 7100 Plätze für Human-, 1150 für Zahn- und 880 für Tiermedizin. Pro Platz gab es in der Humanmedizin vier Bewerber, in der Zahnmedizin sieben und in der Tiermedizin acht.

Ausflugstips für den „kleinen Grenzverkehr“

BERND HUMMEL, Eschwege

Am Anfang stand ein Mißverständnis. Vom „kleinen Grenzverkehr“ zwischen den beiden Staaten in Deutschland war seinerzeit die Rede, doch genau das waren die im Zusammenhang mit dem Grundigvertrag ausgehandelten Tagesaufenthalte für Bewohner des Zonenrandgebietes in der „DDR“, nicht die Tagesreisen in die grenznahen Kreise. Bienen haben heute eine Einbahnstraße von West nach Ost. Dennoch: Das innerdeutsche Ministerium wertet diese Reisemöglichkeit als „gutes Instrument, um die verwandtschaftlichen Kontakte nicht abreißen zu lassen“. Immerhin machten im vergangenen Jahr rund 320 000 Menschen aus dem Zonenrandgebiet mit diesem Angebot Gebrauch. Jetzt möchte das Ministerium diese Besuche noch populärer machen.


Jeweils 50 000 Faltkarten

In Bonn weiß man, daß die Sache Unterstützung verdient. Kaum eine andere Vereinbarung zwischen den beiden Staaten in Deutschland war so sehr von Rückschlägen betroffen. Als im Juni 1973 durch die „Anordnung Nr. 2 über die Einreise von Bürgern der BRD in die DDR“ diese neue Besuchsmöglichkeit wirksam wurde, eröffneten sich für mehr als sechs Millionen Einwohner der grenznahen Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik die Chance, Freunde, Bekannte und Verwandte im Rahmen eines 30-Tage-Besuchskontingents mehrfach im Jahr bei Kurzaufenthalten wiederzusehen. Was beiderseits der innerdeutschen Grenze unter „grenznah“ zu verstehen war, wurde zwischen Bonn und Ost-Berlin festgelegt: ein etwa 50 Kilometer tiefer Gürtelstreifen dies- und jenseits der „DDR“-Grenzen.

Es gibt lachende Beispiele. Eine 110-Kilometer-Tour etwa, die vom Grenzübergang Herleshausen/Wartha ausgeht und über Eisenach in den Thüringer Wald führt. Sehenswerte Ziele sind freilich die Wartburg in Eisenach, aber auch in Breitenburg das Naturschutzgebiet „Breitenburger See“. Durch den reizvollen Thüringer Wald geht es nach Schmalkalden mit dem Schloß Wilhelmstein, einem der bedeutendsten Bauwerke der deutschen Renaissance. Mit an der Strecke liegt der Truseitzer Wasserfall, bevor der Endpunkt, der 8400 Einwohner zählende Kurort Bad Liebenstein, erreicht wird. Die Faltkarten geben detaillierte Beschreibungen der Sehenswürdigkeiten entlang der Strecke, weisen aber auch auf historische Zusammenhänge hin. Nützlich für den Reisenden sind auch praktische Hinweise auf Tanken, Parken- und Pannenhilfsdienste sowie auf die Reisebestimmungen.

Zurück auf Nebenstraßen

Die Werbekampagne des innerdeutschen Ministeriums hat ihren Preis. Rund 700 000 Mark machen allein die Herstellung und Druckkosten für die Farbbroschüren aus, aber – so Dolesch – „wenn es gelingt, die Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland nach Ost-Berlin zu locken, so ist das ein Gewinn für die schönsten Gebiete im Herzen Deutschlands zu bewegen, dann ist unser Ziel erreicht.“
Was das Angebot so sympathisch macht ist die Tatsache, daß die Tourenvorschläge nicht ausschließlich auf traditionelle Touristenziele ausgerichtet sind, sondern bewußt – meist für die Rückreise – Fahrtrouten über Nebenstraßen, durch wenig bekannte Dörfer und Städte anbieten. Originalität aus Bonn: „Da wird es in jedem Fall zu Gesprächen mit Menschen kommen, hinter denen kein Reiseleiter steht.“ Überhaupt liegt darin die Chance des grenznahen Reiseverkehrs: Anders als bei Touristenreisen mit vorgeschriebenem Programm und Hotelübernachtungen, für die die „DDR“ den „Westlern“ Beträge im Wechselkurs von eins zu eins in Rechnung stellt, ist bei diesen Tagesreisen der Besucher auf eigene Faust unterwegs.
Vom kommenden Freitag an wird die Reise-WELT die zehn Ausflugsziele einer Serie vorstellen.



King Faisal International Prize

ENLADUNG ZUR BENENNUNG VON KANDIDATEN

FÜR DIE INTERNATIONALEN KÖNIG-FAISAL-PREISE

IN DEN DISZIPLINEN MEDIZIN UND WISSENSCHAFT

Das Generalsekretariat des Internationalen König-Faisal-Preises in Riyadh, Königreich Saudi-Arabien, hat die Ehre, Universitäten, Hochschulen, Bildungsinstitutionen und Forschungszentren in aller Welt zur Nominierung von Kandidaten einzuladen für:

- den Internationalen König-Faisal-Preis für Medizin, der 1967 (1407 AH) verliehen wird. Thema: VORBEUGUNG GEGEN BLINDHEIT
- den Internationalen König-Faisal-Preis für Wissenschaft, dessen Verleihung ebenfalls 1967 (1407 AH) stattfindet wird. Thema: MATHEMATIK

(a) Über die Wahl der Kandidaten entscheidet ein aus nationalen und internationalen Gutachtern bestehendes Komitee, das vom Ausschuss des Internationalen König-Faisal-Preises ausgewählt wurde.

(b) In den Preis können sich mehrere Personen teilen.

(c) Die Namen der Gewinner werden im Dezember 1986 bekanntgegeben. Die Preise werden während einer offiziellen, eigens für diesen Zweck abzurufenen Zeremonie in Riyadh, Königreich Saudi-Arabien, verliehen.

(d) Jeder Preis besteht aus:

1. einer Urkunde im Namen des Gewinners, die einen Auszug seiner/ihrer Arbeit enthält, welche ihm/ihre für den Preis qualifiziert,
2. einer kostbaren Medaille,
3. einer Summe von dreihundertfünfzigtausend Saudi-Riyals (S. R. 350 000)

(e) Die Teilnahme unterliegt folgenden Bedingungen:

1. Ein Kandidat muß eine außergewöhnliche akademische Leistung erbracht haben auf dem Gebiet, für das der Preis ausgesetzt ist. Diese Leistung soll dem Wohl der Menschheit und der Bereicherung des menschlichen Geistes dienen.
2. Der Preis wird für spezifische Originalforschungen erteilt. Hierbei wird jedoch das Gesamtwerk des Kandidaten berücksichtigt.
3. Die mit der Kandidatur vorgestellten Arbeiten müssen bereitgestellt worden sein.
4. Für die vorgestellten Arbeiten darf noch kein Preis von irgendeiner internationalen Bildungsinstitution, wissenschaftlichen Organisation oder Stiftung erteilt worden sein.
5. Kandidaturen müssen von führenden Mitgliedern anerkannter Bildungsinstitutionen von Weltrenn vorgelagt werden, wie Universitäten, Hochschulen und Forschungszentren. Die Nominierung anderer Personen und politischer Parteien wird nicht anerkannt.
6. Die Benennungsurkunden müssen sämtliche Einzelheiten über den akademischen Werdegang des Kandidaten enthalten: Erfahrungen und/oder seine/ihre Veröffentlichungen, Kopien von seinen/ihren Zeugnissen und Urkunden, soweit vorhanden, sowie drei Fotos im Format 6 x 9 cm. Die volle Anschrift und Telefonnummer des Kandidaten sind ebenfalls erforderlich.
7. Die Benennungsurkunden sowie die Arbeiten in zehnfacher Ausfertigung sind per Luftpost/Einschreiben an die unter Punkt 10 angeführte Adresse zu senden.
8. Die kompletten Benennungsurkunden einschließlich der entsprechenden Kopien der Arbeiten müssen bis spätestens 9. August 1986 (4 Dhu Al-Hijjah 1406 AH) vorliegen. Nach diesem Termin eingehende Unterlagen werden nicht anerkannt, es sei denn, das Thema für irgendeinen Preis wird auf das folgende Jahr verschoben.
9. Weder Benennungsurkunden noch Arbeiten werden den Einsendern wieder zur Verfügung gestellt.
10. Nachstehend die Anschrift, bei der Auskünfte einzuholen und Benennungsurkunden zu hinterlegen sind:

The Secretary General of The King Faisal International Prize,
P. O. Box 22 476, Riyadh 11495, Kingdom of Saudi Arabia, Telex: 2 04 667 PRIZE SJ.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Dr. Herbert Krupp

Verantwortungsvoll für die politische Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die wirtschaftliche Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die kulturelle Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die soziale Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die religiöse Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die politische Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die wirtschaftliche Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die kulturelle Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die soziale Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

Verantwortungsvoll für die religiöse Richtung: Gert von Dönitz, Klaus Jürgen Petrasch, Friedr. Sieving, Hans-Martin Lohmann, Hans-Jürgen Lohmann

In Ascot hat man Sie schon gesehen.



Hat man Sie schon in Mauritius gesehen?

Eine einmalige Mischung aus reinen, weißen Stränden, schimmernden Lagunen, wie eine Mondlandschaft amulenden Bergen... und schicken, vornehmen Hotels, einer phantastischen Küche, tollen Land- und Wassersportmöglichkeiten (meistens schon im Pauschalpreis enthalten) und netten, kosmopolitischen Leuten... keine Hochbauten, keine Betonungshung, keine Charterlüge, kein Massentourismus. Einfach ideal für Leute, die das Besondere lieben.

WENDEN SIE SICH AN MAURITIUS TOURIST INFORMATION SERVICE
GOETHESTRASSE 22, POSTFACH 3954,
6000 FRANKFURT/MAIN 1.



For the more exotic people

Die WELT ist in 8.000 Orten der gesamten Bundesrepublik einschließlich West-Berlin verbreitet, sowie mit etwa 5% ihrer Auflage in 137 Ländern aller Erdteile.

W 257

„Bonn will sich nicht als Schulmeister der Entwicklungsländer aufführen“

Hilfe soll zur Selbsthilfe führen / Bundespräsident von Weizsäcker beendet Asien-Reise

PETER ISELI, Bangkok
Das breite Spektrum deutscher Entwicklungszusammenarbeit, sei es nun durch den Staat, durch Hilfsorganisationen oder durch die Privatwirtschaft, stand im Zentrum der heute-nach einem Besuch im nordmalaysischen Penang - zu Ende gehenden 16tägigen Reise von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in drei asiatische Länder: in das auf Unabhängigkeit bedachte Birma, ins islamische Bangladesch, dessen zwölfjährige Unabhängigkeit von Katastrophen und der Suche nach einer stabilen Staatsstruktur geprägt ist, und in den Vielvölkerstaat Malaysia, der sich an die Schwelle zum Industriestaat herantastet.

Drei Länder mit einem grundverschiedenen Entwicklungsstand, mit sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und religiösen Voraussetzungen und deshalb auch mit abweichenden Vorstellungen über ihre jeweilige weitere Entwicklung.

In allen drei Staaten haben deutsche Entwicklungsbehörden, Firmen und Experten einen Beitrag zur Entwicklung geleistet. Eine einzigartige Möglichkeit also für Bundespräsident von Weizsäcker und für den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, Erfahrungen vor Ort zu vergleichen und Schlüsse zu ziehen.

„Wir wollen nicht mit Theorien und fertigen Antworten kommen“, sagte von Weizsäcker dem Präsidenten Bangladeschs. „Wir wollen dort helfen, wo es schrittweise zur Selbsthilfe trägt.“ Gegenüber der birmanischen Führung betonte Weizsäcker den deutschen Wunsch nach einer Zusammenarbeit, „die den Bedürfnissen Ihrer Bevölkerung sowie Ihrem kulturellen Selbstverständnis entspricht.“ Die Bundesrepublik sehe sich als Partner und Freund der Entwicklungsländer, nicht als Schulmeister, der seine eigenen Vorstellungen aufzudrängen wolle.

Eine grundsätzliche Frage tauchte in den Gesprächen und bei den Projektbesichtigungen immer wieder auf: Wer soll was tun? Wie können die Entwicklungsgelder am wirksamsten in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden? Wie können Staat, private Hilfswerke und die Privatwirtschaft ineinandergreifend arbeiten?

Große Infrastrukturprojekte sind für kleine nichtstaatliche Organisationen kaum das richtige Betätigungsfeld. Hier müssen großangelegte Finanzierungsmaßnahmen gefunden werden, sei es durch bilaterale Verträge oder über multilaterale Organisationen.

Gerade in Bangladesch müssen diese Großprojekte aber durch lang-

fristige Kleinarbeit im sozialen Bereich ergänzt werden. Die Eindämmung der Bevölkerungsexplosion, die Linderung von Armut und Beschäftigungsproblemen muß beim einzelnen beginnen. Weizsäcker sieht dort eine wichtige Funktion für private Organisationen. Als ein Beispiel nannte der Sprecher des Bundespräsidenten das „ungeheure Potential der Frauen“, die bei einer langfristigen Veränderung der Sozialstruktur und bei der Familienplanung eine entscheidende Rolle spielen.

Andere Dimensionen einer Zusammenarbeit zeigt das Schwellenland Malaysia, das sich - mit einem jährlichen Prokopfeinkommen von heute rund 5000 Mark - seit über zehn Jahren nicht mehr für staatliche Entwicklungshilfe qualifiziert. International tätige Privatunternehmen - unter ihnen mehrere deutsche Firmen - haben wesentliche Aufgaben bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, in der Fertigungsindustrie und beim Transfer von Technologie übernommen.

Der Bundespräsident betonte in seinen Reden die Bedeutung regionaler und überregionaler Zusammenarbeit. Er hob dabei die Asean (Malaysia, Philippinen, Thailand, Indonesien, Singapur, Brunei) hervor, deren Leistungen „als Modell für einen Zusammenschluß in der engeren und weiteren Region“ dienen.

Washington lobt Paris für „mutige Aktion“ in Tschad

AFP, Washington/Paris

Die amerikanische Regierung hat die französische Intervention in Tschad als eine „mutige Aktion“ gewürdigt. Gleichzeitig kündigte Washington eine beschleunigte Militärhilfe für die Regierung Hissène Habré von sechs Millionen Dollar an. In einer Erklärung des State Department hieß es, daß Washington und Paris in Konsultationen über die „Koordinierung der nötigen Anstrengungen“ stehen. Auch die britische Regierung äußerte ihre vorbehaltlose Unterstützung der französischen Haltung. Der libysche Revolutionsführer Khadhafi sagte unterdessen, sein Land werde trotz der französischen Verletzung des Abkommens von Kreta 1984 - das zum Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad nach der „Operation Manta“ geführt hatte - nicht in die inneren Angelegenheiten des Tschad eingreifen. Frankreich und die USA, so Khadhafi, arbeiteten zusammen, um den Tschad zu ihrem Stützpunkt zu verwandeln.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der britische Lehrerstreik läßt einen geordneten Unterricht nicht mehr zu

REINER GATERMANN, London

In diesen Tagen ist es in England und Wales genau ein Jahr her, daß die über 460 000 Lehrer in den staatlichen Schulen ihren Arbeitskampf für höhere Gehälter aufnahmen. Sie führten ihn nach Partisanenart. Einmal kündigten sie im voraus an, daß sie drei Tage nicht zum Unterricht kommen werden, ein anderes Mal tauchten sie zwanzig Minuten nach Stundenanfang auf, um dann ganz erstaunt zu sein, daß der Rektor die Schüler nach Hause geschickt hat.

Der Lehrerstreik hat inzwischen an Dauer den Ausstand der Bergarbeiter übertroffen, aber bei weitem nicht dessen Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. „Das überrascht mich nicht. Hier geht es ja nur um die Zukunft unserer Kinder“, sagt bitter der Leiter einer Kleinstadtsschule.

Mangelndes Engagement sieht auch der Staatssekretär für Erziehung, Chris Patten, als einen Grund dafür, daß der Konflikt bisher nicht gelöst werden konnte. Das Erziehungsministerium kämpfte jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen in der Regierung für mehr Geld, aber die Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben richten sich weitgehend nach dem öffentlichen Druck.

Die Auseinandersetzung begann vor einem Jahr, als die drei größten Lehrerorganisationen rund 12,5 Prozent Gehaltserhöhung forderten, die Arbeitgeber jedoch nur vier Prozent

zuliegen wollten. Inzwischen sind sie sich mit Hilfe einer Schlichtungskommission mit zwei Gewerkschaften einig geworden: 6,9 Prozent für 1985 und ab 1. April 1986 weitere 7,5 Prozent. Die Tarifparteien sollen bis Ende Februar entscheiden.

Aber die mit 216 000 Mitgliedern größte Arbeitnehmerorganisation, die National Union of Teachers (NUT), will von Schlichtung nichts wissen. Sie wehrt sich vor allem gegen eine Forderung des Ministers für Erziehung, Sir Keith Joseph, die Lehrergehälter an eine Leistungsskala zu binden. „Bessere Lehrer sollen besser bezahlt werden“, so die These des Ministers. Die Antwort der NUT: „Lehrerleistung kann nicht wie Maurerleistung gemessen werden.“

Um ihre Forderungen durchzusetzen, wählten die Pädagogen eine vor allem für Schüler und Eltern rücksichtslose Methoden. Sie entschlossen sich zu Punktreisen. Manchmal rufen sie einen Dreitagestreik aus. Kompliziert wird die Sache auch dadurch, daß die drei Gewerkschaften ihre Aktionen nicht koordinieren, wobei die beiden kleineren bei weitem nicht dieselbe Aggressivität zeigen wie die NUT. Das Resultat ist ein Chaos, das immer weniger Rektoren, die sich in einem Loyalitätskonflikt zwischen ihren Kollegen und den Eltern/Schülern befinden, die Möglichkeit gibt, auch nur in bescheidenem

Umfang einen geordneten Schulunterricht aufrechtzuerhalten.

Die Eltern-Lehrer-Vereinigung berichtet: „Dreizehnjährige Kinder mußten alleine ihre Fischerwahl treffen, weil sich die Eltern - in einigen Schulen seit zwei Jahren - nicht mit den Lehrern beraten konnten.“ Kinder werden ohne vortägige Ankündigung nach Hause geschickt, oft in leere Wohnungen, weil beide Eltern arbeiten. Andere streuen ziellos durch die Straßen.“ Lesley Brennan, selbst Lehrerin und NUT-Mitglied, weigert sich inzwischen, Tochter Kerry überhaupt zur Schule zu schicken: „Ich will sehen, ob die Schulbehörde es wagt, mich anzuzeigen, wo sie selbst nicht fähig ist, einen geordneten Unterricht zu organisieren.“

Kaum jemand bezweifelt, daß die Lehrer in ihrer Einkommensentwicklung weit hinter vergleichbaren Gruppen zurückgeblieben sind. Seit 1974 haben sie ungefähr 35 Prozent verloren. Aus diesem Grund fanden sie auch zunächst mit ihren Forderungen große Unterstützung bei den Eltern. Viele wenden sich inzwischen völlig von der staatlichen Schule ab. „Wir erleben eine bisher nie gekannte Nachfrage“, berichtet der Verband der 1400 unabhängigen Privatschulen. Selbst Eltern mit bescheidenen Einkommen würden die Last des Schulgeldes auf sich nehmen. „Das machen sie, obwohl sie wissen, daß sie dann am Essen sparen müssen.“

Die Opposition in Südkorea läßt sich nicht entmutigen

Unterschriftenkampagne für eine Verfassungsänderung

FRED de LA TROBE, Tokio

Über die Frage einer Verfassungsänderung für die Wahl des Präsidenten ist es in Südkorea zu einer ersten Konfrontation zwischen dem Regierungslager des Präsidenten Chun Doo Hwan und seinen politischen Gegnern gekommen. Die oppositionelle Neue Demokratische Partei (NKDP) hat den Startschuß für eine Kampagne zur Sammlung von zehn Millionen Unterschriften für ein abgewandeltes Grundgesetz gegeben, über das die Regierungspartei im Parlament die Aussprache verweigerte.

Chun Doo Hwan hat erklärt, er werde 1988 zurücktreten und sein Nachfolger werde - wie es die von ihm verkündete Verfassung bestimmt - von einem 5000 Mitglieder zählenden Wahlkollegium gekürt werden. Da dieses Kollegium von der Regierung eingesetzt wird, würde sein Nachfolger ein von ihm abgesetzter Parteigänger sein. Die NKDP tritt dagegen für eine Direktwahl des Präsidenten durch das Volk ein.

Polizeikommandos drangen in die Hauptquartiere der NKDP und des angegliederten „Ausschusses für die Förderung der Demokratie“ ein und fahndeten nach Listen mit Unterschriften für die Verfassungsänderung. Mehrere Oppositionspolitiker wurden vorübergehend festgenommen. Die Regierung bedroht alle Unterschriftenwerber mit siebenjährigen Zuchthausstrafen.

Disident Kim Dae Jung, der sich schon in eine Liste eingetragen hatte, wurde erneut unter Hausarrest gestellt, zum achten Mal seit seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA vor einem Jahr. Er darf sich politisch nicht betätigen, da eine umstrittene 20jährige Haftstrafe gegen ihn lediglich ausgesetzt wurde. Von amtlicher

Seite wurde ihm bedeutet, daß er mit erneuter Inhaftierung zu rechnen habe, wenn er sich nicht mit Kritik an der Regierung zurückhalte.

Ein anderer prominenter Oppositionspolitiker, Kim Young Sam, wurde vorübergehend unter Hausarrest gestellt und danach in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die beiden Kims werden oft als mögliche Präsidentschaftskandidaten genannt. Kim Young Sam erklärte: „Wir werden unsere Unterschriftenkampagne fortführen, selbst wenn dafür alle unsere 690 000 Parteimitglieder ins Zuchthaus kommen.“

Der NKDP-Sprecher Hong Sa Duk bezeichnete die scharfen Maßnahmen der Regierung als einen ungerechtfertigten Zugriff auf die Grundrechte des Volkes. Beobachter in Seoul rechnen damit, daß die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition eine nationale Krise heraufbeschwören wird.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Charles Redman, verurteilte das Vorgehen Seouls: „Es vertritt sich nicht mit den demokratischen Grundprinzipien, den Bürgern das Recht auf eine Petition zu verweigern. Wir legen der Regierung Südkoreas nahe, einen solchen Kurs zu vermeiden.“

Die oppositionelle NKDP ist seit ihrem überraschend gutem Abschneiden bei den Wahlen vor einem Jahr selbstbewußter und kämpferischer geworden. Sie gewann zusammen mit zwei kleineren Oppositionsparteien 58 Prozent der Stimmen. Nur durch eine Verfassungsklausel, die der größten Partei ein Drittel der Parlamentssitze zu den gewonnenen Mandaten verleiht, konnte die Regierungspartei ihre Vorherrschaft behaupten. (SAD)

Mitterrand: Warum versteht der Computer nur Englisch?

PETER RUGE, Paris

Fünfzehn Staatschefs, elf Ministerpräsidenten, zehn Minister und ein Botschafter mögen in Versailles weder etwas von Self-Service, Cheese-Burgern noch von Hot-Dogs hören. Was sie stört: daß diese Anglo-Amerikaner den Eingang in die französische Sprache gefunden haben. Darin sind sich alle einig auf dem frankophonen Gipfel, der drei Tage lang im Schloß Ludwig XIV. stattfindet.

Eine Lösung dieses Sprachproblems aber ist nicht in Sicht. Darin versucht sich schon 350 Jahre lang die Académie Française. Diese Gremien gegenüber dem Louvre in Paris ist zwar zum Wächter und Hüter französischer Kultur berufen, konnte aber nicht verhindern, daß in die Umgangssprache nach und nach internationale Vokabeln eingeflossen sind, dessen jüngstes Beispiel aus Deutschland herüberkommt: Für ökologische Ungereimtheiten, die im französischen Bewußtsein längst nicht die Bedeutung einnehmen wie bei uns, heißt es schlicht „Le Waldsterben“.

Staatspräsident Mitterrand schien es deshalb an der Zeit, die frankophile Welt vor dem Verschleiß französischer Identität ausmacht. Wenn schon nicht die Reinheit der Sprache bewahrt werden kann, so sagt er, dann sollte doch zumindest dafür gesorgt werden, daß „Französisch“ als Kommunikationsmittel erhalten bleibt.

Etwa 250 Millionen Menschen bedienen sich der Sprache Molières, Racines oder Hugos. Zum ersten Mal in

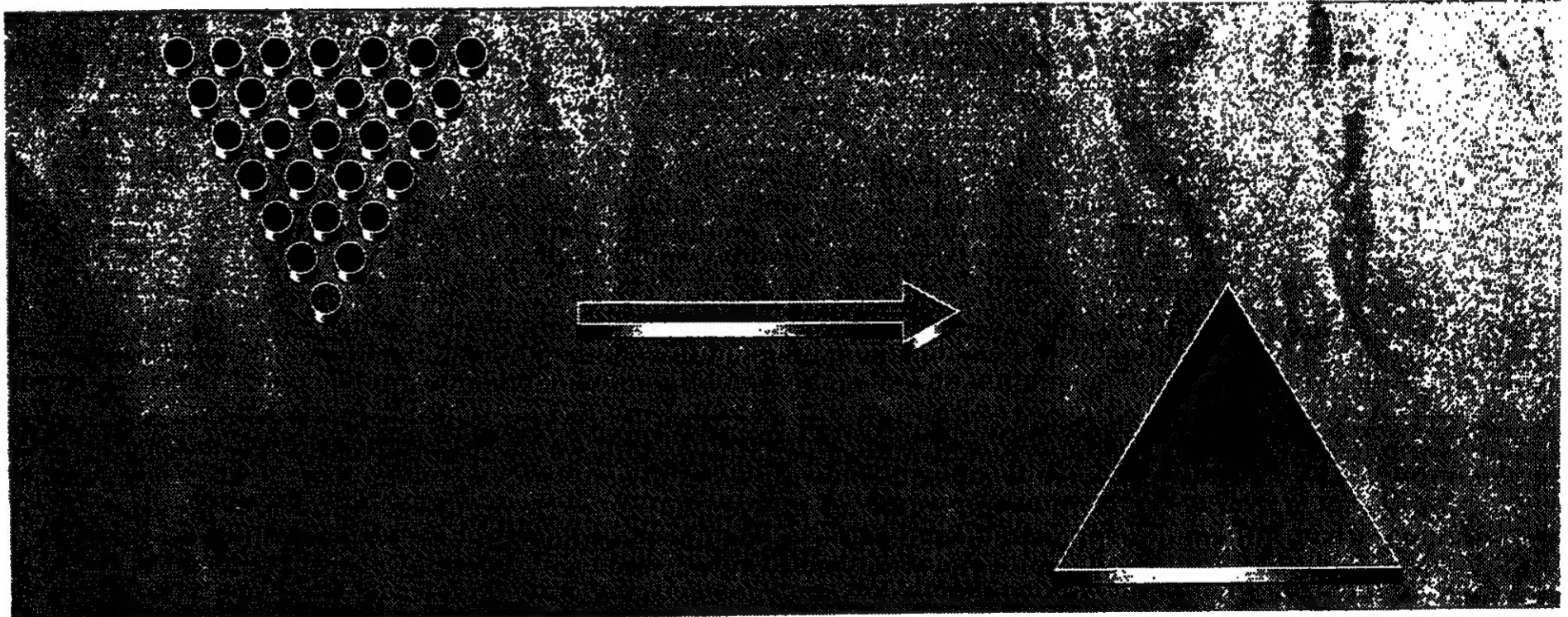
der Geschichte aber, so wurde in Versailles festgestellt, sprechen mehr Menschen außerhalb des Mutterlandes Französisch - in vielen ehemaligen Kolonialgebieten vor allem in Afrika ist mit der Erlangung der Unabhängigkeit Französisch zur Amtssprache erhoben worden. Das bedeutet einmal eine fortbestehende Nabelschnur mit Paris, dies ist aber auch ein Stück handfester Politik, von dem schließlich Frankreichs Außenhandel profitiert.

Eigentlich ist seit Napoleon Kulturpolitik stets das zweite Bein der Außenpolitik geblieben, was sich im Etat dieses Ministeriums niederschlägt: geistige Entwicklungshilfe durch Lehrer-Export, Bücher und Gratis-TV-Sendungen - ein solcher Eifer ist dem Bonner Außenamt bis heute fremd, da gilt Kulturpolitik schon gar die nach Osten, als Anhängsel.

Dennoch, eine kürzlich in 80 hochindustrialisierten Ländern vorgenommene Untersuchung alarmiert jetzt die Franzosen: Unter Wissenschaftlern und Forschern verstehen zwar 70 Prozent Französisch, 96 Prozent aber benutzen das Englische und nur 14 Prozent die deutsche Sprache.

Der Appell von Staatspräsident Mitterrand auf dem Gipfel in Versailles lautet daher schlicht: „Wenn das Französische in einer zunehmend technisierten Welt als Kommunikationsmittel nicht verdrängt werden soll, dann muß den Anfang bei Euch zu Hause. Fragt, warum die Computer Eure Befehle nur in Englisch entgegennehmen.“

Das Vernünftigste, was Sie mit Ihren Außenständen machen können:



An die GEFA verkaufen.

GEFA-Factoring macht aus Ihren Forderungen liquide Mittel. Der Nutzen liegt auf der Hand: Sie können damit andere Vorhaben realisieren. Dazu kommen weitere Vorteile von der vollen Skontierung beim Einkauf bis zur Entlastung der Debitorenbuchhaltung. Factoring ist allerdings nur eine von mehreren Finanzierungsformen, die wir Ihnen anbieten. Sie können Ihre Investitionen und Ihren Absatz auch über Leasing finanzieren oder über einen Kredit. In jedem Fall empfehlen wir zunächst einmal eine gründliche Beratung. Rufen Sie an, wir sind ganz in Ihrer Nähe.

GEFA, Laurentiusstraße 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (0202) 382-0

Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt · Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg · Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg

GEFA 
...finanziert Absatz und Investition

Krankungen sind so alt wie die Menschheit selbst. Dennoch ist sie eine besondere Rolle ein: Jeder, der im Familien- oder Freundeskreis mit Krebs konfrontiert wird, weiß um das Leid, damit verbunden sein kann. Viele Menschen fürchten nicht nur Krankheit selbst, sondern auch die Behandlung und ihre

Folgen. Obwohl über Krebs heute fast täglich in den Medien berichtet wird, zeigt sich oft, daß das Wissen darüber in der Öffentlichkeit noch gering ist. Falsche Vorstellungen über Behandlung und Heilungschancen sind weit verbreitet. Manche Medien berichten voreilig über spektakuläre Erfolge mit neuen Medika-

menten oder Therapien und wecken so falsche Hoffnungen. Acht der Menschen bewegendes Fragen zum Thema Krebs sollen in den Beiträgen auf dieser Seite, so gut es nach heutigem Wissen geht, beantwortet werden. Das Ziel dabei ist, einen Überblick über Ursachen und Heilungschancen dieser Krankheit zu geben.

Schrittweise verliert der Krebs sein dämonisches Gesicht

Ist Krebs eigentlich heute häufiger als früher?

Der Begriff Krebs bezeichnet nicht eine einzelne Krankheit, sondern mehr als 200 unterschiedliche Erkrankungen an verschiedenen Organen. Allen Krankheitsbildern ist gemeinsam, daß Zellen beginnen, sich unkontrolliert zu vermehren und gesunde Gewebe und Organe zunehmend zu zerstören. Man muß also zwischen den einzelnen Krebsformen genau unterscheiden.

Krebskrankungen gab es bereits vor einigen tausend Jahren. In den meisten Fällen treten sie erst im fortgeschrittenen Alter auf. Die Verdoppelung der Lebenserwartung in den letzten hundert Jahren hat deshalb dazu geführt, daß heute mehr Todesfälle auf Krebs zurückgehen als früher. Der Anteil bestimmter Krebsformen an diesen Todesfällen nimmt seit Jahrzehnten ständig zu. So ist der Lungenkrebs bei Männern und Frauen in der Bundesrepublik zwischen 1952 und 1978 stark angestiegen. Ursache dafür ist das Rauchen. Das steht sicher fest. Eine ähnliche Entwicklung gilt, wenn auch weniger dramatisch, für die Tumoren des Darms, der Niere, der Prostata oder für den Brustkrebs bei Frauen. Abgenommen haben dagegen u. a. der Magen- und der Leberkrebs.

Insgesamt ist das Verhältnis von Krebsfällen zur Bevölkerungszahl in den letzten Jahrzehnten bei Männern leicht angestiegen, bei Frauen leicht zurückgegangen. Die Statistik in der Bundesrepublik erfassen nur die Todesfälle, nicht aber die Zahl aller Krebsfälle. Dies wäre nur möglich, wenn in zentralen Erfassungstellen alle Krebskrankungen dokumentiert werden könnten. Das Fehlen eines solchen Krebsregisters erschwert es, die Häufigkeit und auch die Heilungschancen für die einzelnen Krebsformen zu ermitteln, wie es in

anderen Ländern (etwa den USA) seit langem üblich ist.

Ist Krebs auch heute noch eine unheilbare Krankheit?

Während die Heilungschance etwa beim Lungenkrebs noch immer gering ist (etwa fünf Prozent), bewegt sie sich bei manchen Formen zwischen 70 und 100 Prozent (etwa beim Blut-, Schilddrüsen-, Dickdarm- und Magenkrebs). Sie hängt entscheidend davon ab, wie früh die Krebserkrankung erkannt wurde. Deshalb kann man die grobe Regel aufstellen: Krebsformen, die mit einfachen Mitteln früh erkannt werden können, etwa der Gebärmutterhalskrebs mit Hilfe des Abstrichs, bieten eine größere Chance, als solche, die meist erst in späteren Stadien erkannt werden können (Lungenkrebs).

Welche Erklärungen gibt es heute für die Krebsentstehung?

Tumoren entstehen nicht auf Grund einer einzelnen Ursache, sondern durch eine Verkettung unterschiedlicher Einflüsse. Wie man sich den Ablauf der Krebsentstehung heute vorstellt und welche Faktoren daran beteiligt sind, zeigt die unterste Grafik. Man weiß heute, daß Krebs durch Schädigungen im Erbgut von Zellen ausgelöst wird. Solche Schädigungen können durch verschiedene Einflüsse verursacht sein. Daneben gibt es aber noch viele Faktoren, die den Ablauf der Krebsentstehung und -entwicklung beeinflussen und beschleunigen können. Der wichtigste Auslöser für Schäden am Erbgut sind bestimmte Chemikalien in unserer Umwelt. Eine amerikanische Untersuchung hat vor einigen Jahren folgende sehr grobe Schätzung ergeben, die heute als Grundlage für eine vorsichtige Beurteilung des Krebsrisikos akzeptiert ist: Demnach geht etwa ein Drittel aller Krebsfälle auf das



Das Gespräch zwischen Arzt und Patient ist Grundlage einer erfolgreichen Behandlung. FOTO: STECH

Rauchen zurück, ein weiteres Drittel wird durch krebsereizende Substanzen verursacht, die der Mensch mit der Nahrung aufnimmt. Das letzte Drittel entsteht durch Faktoren wie Infektionen mit Viren, Umweltverschmutzung (ca. 1-5 Prozent), Industriechemikalien (ca. 1-2 Prozent) und andere. Es sei betont, daß dies sehr vorsichtige und zum Teil - etwa beim Punkt Ernährung - umstrittene Schätzungen sind.

Ohne jeden Zweifel wird die große Mehrzahl aller Krebsfälle durch chemische Substanzen ausgelöst, die in unserer Umwelt vorkommen. Krebs-

ursache Nummer eins ist und bleibt dabei das Rauchen. Inzwischen kennt man aber viele andere Substanzen, die krebsereizend (karzinogen) sind. Dazu gehören etwa die sogenannten

Krebsursache Nummer eins ist und bleibt das Rauchen.

Nitrosamine, Stickstoff-Verbindungen, die beim Räuchern von Lebensmitteln entstehen, oder die Aflatoxine, die von Schimmelpilzen gebildet werden und so in die Nahrungsmittel

gelangen können. Stark krebsereizend sind auch bestimmte Kohlenwasserstoffe, die bei Verbrennungsprozessen entstehen, etwa das Benzpyren. Die meisten Karzinogene kommen also durch Vorgänge in der Umwelt, die der Mensch selbst zu verantworten hat. Solche Substanzen werden oft erst dann krebsereizend, wenn sie vom menschlichen Organismus um- oder abgebaut werden.

Dennoch ist es unmöglich, sicher festzustellen, ob eine bestimmte Krebserkrankung durch ein bestimmtes Karzinogen ausgelöst wurde. Viele Faktoren müssen über Jahre

hinweg zusammenwirken, bevor ein Tumor entsteht. Dies macht es auch so schwierig, die Gefährlichkeit bestimmter Substanzen oder Einflüsse statistisch sicher nachzuweisen.

Strahlen, die eine hohe Energie besitzen, also etwa ultraviolettes Licht, Röntgenstrahlung oder radioaktive Strahlung, können ebenfalls Schäden im Erbgut von Zellen auslösen, die dann zu Krebs führen. So ist heute schon abzusehen, daß häufiges Sonnenbaden, wie es seit einigen Jahrzehnten in Mode ist, in absehbarer Zeit zu einem erhöhten Auftreten von Hautkrebs führen wird. Solche Tumoren treten oft erst 30 Jahre nach der Strahlenbelastung der Haut auf. Hautkrebs ist zum Beispiel ungewöhnlich häufig im sonnenreichen Australien. Hier leben überwiegend

Die meisten krebs-erregenden Substanzen kommen durch Vorgänge in der Umwelt, die der Mensch selbst zu verantworten hat.

weißhäutige Menschen, die Nachfahren der Einwanderer aus den europäischen Ländern sind. Ihre Haut ist viel weniger gegen die UV-Strahlung geschützt als die dunkelhäutiger Menschen.

Neben der ultravioletten Strahlung spielen auch noch andere „harte Strahlen“ eine Rolle bei der Krebsentstehung. Sie stammen zum größten Teil aus natürlichen Quellen (kosmische Strahlung, Radioaktivität in Gesteinen), zu einem kleineren Teil aber auch aus künstlichen Quellen. Dazu zählen z. B. Röntgengeräte oder die Radioaktivität, die durch spatierendes Material hervorgerufen wird. Eine amerikanische Studie hat einmal geschätzt, daß etwa 2-3 Prozent aller

Krebskrankungen durch energiereiche Strahlung dieser Art verursacht werden. Wenn man etwa statistisch sicher beweisen wollte, ob Menschen, die in Industriegebieten leben, ein höheres Krebsrisiko besitzen, müßte man die gesamte Bevölkerung einer solchen Region über mehrere Jahrzehnte untersuchen. In dieser Zeit dürfte es keine Veränderung in der Bevölkerung oder in den Umwelteinflüssen der Region geben.

Welche Rolle spielt die Immunabwehr des Körpers beim Krebs?

In den letzten Jahren konnte für bestimmte Krebsformen nachgewiesen werden, daß an ihrer Entstehung auch Infektionen mit Viren beteiligt sind. Dazu gehören einige sehr seltene Tumoren, aber auch zum Beispiel ein bestimmter Leberkrebs, der in weiten Teilen Afrikas und Asiens häufig ist. Zur Zeit ist aber noch nicht sicher nachgewiesen, wie groß hierzulande der Anteil von Virusinfektionen an der Krebsentstehung ist.

Da man aber heute davon ausgeht, daß zahlreiche Faktoren zusammenkommen müssen, um die Entstehung eines Tumors auszulösen, liegt die Vermutung nahe, daß Infektionen zumindest das Wachstum und die Entwicklung eines einmal entstandenen Tumors beschleunigen können. Ob der Organismus mit einer Krebserkrankung „fertig“ wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie „gesund“ seine Abwehrkräfte sind.

Man weiß auch, daß für bestimmte Tumoren, zum Beispiel den Brustkrebs und den Darmkrebs, ein Risiko vererbt werden kann. In bestimmten Familien treten solche Tumoren viel häufiger auf als im Durchschnitt der Bevölkerung. Solche Gruppen werden daher heute besonders aufmerksam überprüft und regelmäßig untersucht. LUDWIG KURTEN

Gezielte Eingriffe, geringere Folgen: Die Behandlung geht neue Wege

Welche Behandlungsmöglichkeiten gibt es heute und wie groß ist ihr Erfolg?

Nach einer US-Studie können heute ca. 40 Prozent aller Krebserkrankungen so erfolgreich behandelt werden, daß die Patienten mindestens 5 Jahre überleben. Bei den meisten Krebsformen steigen die Heilungschancen in den letzten Jahrzehnten an, wenn auch nur langsam. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß viele Krebsformen heute früher erkannt werden können.

Besonders gefährlich sind Tumore, die frühzeitig Tochterzellen oder -geschwülste (sog. Metastasen) bilden. Diese breiten sich im Körper aus und befallen weitere Organe. Man schätzt, daß ca. 80 Prozent aller Todesfälle nicht durch den ursprünglichen Tumor, sondern durch Metastasen verursacht werden. Während manche Krebsformen überhaupt nicht metastasieren, breiten sich andere schon in einem frühen Stadium, in dem die Erkrankung noch gar nicht feststellbar ist, im Körper aus (z. B. Lungenkrebs).

Auch die Therapiemöglichkeiten wurden laufend weiterentwickelt und verbessert. Dies sind vor allem die chirurgische Behandlung sowie die Strahlen- und die Chemotherapie. Alle drei Behandlungsformen greifen eng ineinander und ergänzen sich gegenseitig.

Etwa zwei Drittel aller Tumoren werden heute zunächst mit Hilfe einer Operation bekämpft. Wie groß die Chance ist, mit Hilfe eines chirurgischen Eingriffs den Tumor vollständig zu entfernen, hängt davon ab, wie ausgedehnt er ist, wie weit er das umgebende Gewebe erfaßt hat und ob er bereits Metastasen ausgestreut hat. Dies ist besonders häufig der Fall, wenn der Tumor schon die Blut- oder Lymphgefäße erfaßt hat.

Die Chirurgen gehen bei der Operation heute oft ganz anders vor, als noch vor wenigen Jahren. Man versucht in bestimmten Fällen, den Tumor vollständig, geradlinig „radikal“ zu entfernen, wobei das umliegende Gewebe sowie Blut- und Lymphgefäße weitläufig mit einbezogen werden. Die „radikale“ Entfernung eines erkrankten Organes ist nur dann ein Fortschritt für den Patienten, wenn anschließend dessen Funktion wiederhergestellt wird. Bei Magen- und Tumoren wird z. B. oft das gesamte Organ entfernt. Anschließend wird aus Teilen des Darms ein künstlicher Magen gebildet. Dieser kann, wie Untersuchungen in Heidelberg zeigten, die Funktion des entfernten Organes vollständig ersetzen.

Bei anderen Tumoren versucht man dagegen, ganz gezielt und eingegrenzt zu operieren. Brusttumoren bei Frauen können heute entfernt werden, ohne daß die Brust dabei verloren geht. Eine Operation von Enddarmkrebs bedeutet heute fast zwangsläufig, daß ein künstlicher Darmausgang angelegt werden mußte. Heute können die natürlichen Funktionen weitgehend erhalten werden. Für den Patienten bedeutet dies

einen enormen Gewinn an Lebensqualität gegenüber den herkömmlichen Verfahren.

Auch energiereiche Strahlen können eine Krebserkrankung bekämpfen. Voraussetzung dafür ist der gezielte Einsatz von bestimmten Strahlen in einer genau dosierten Menge. Bei etwa 30 Prozent der geheilten Krebsfälle ist eine Strahlentherapie beteiligt. Ziel dabei ist, die Tumorzellen abzutöten, das umliegende Gewebe aber so weit wie möglich zu schonen. Dazu benutzt man verschiedene Arten von Strahlung, je nach Typ des Tumors bzw. des ihn umgebenden Gewebes. Mit Hilfe beweglicher computergesteuerter Strahlungsquellen kann heute der Hauptteil der in den Körper gelangenden Strahlung auf die Geschwulst konzentriert werden.

Eine Strahlentherapie bedeutet für den Patienten eine große Belastung. Man versucht daher, die Dauer der Behandlung zu verkürzen und gleichzeitig ihre Wirkung zu erhöhen. Gewöhnlich wird der Patient einige Wochen lang täglich bestrahlt. Heute kann man aber in vielen Fällen schon innerhalb weniger Tage oder durch eine einmalige Bestrahlung einen guten Erfolg erzielen.

Bei bestimmten Formen von Blutkrebs werden zum Beispiel dem Pati-

Der behandelnde Arzt muß stets abwägen, was er dem Patienten zumuten kann, ohne ihn unnötig zu belasten, und was er ihm zumuten muß, damit die Krankheit gestoppt wird.

enten zunächst Zellen aus dem Knochenmark entnehmen. Anschließend wird der gesamte Körper an vier Tagen mit einer hohen Dosis bestrahlt, die die Krebszellen abtötet. Schließlich werden die entnommenen Zellen wieder eingepflegt, so daß das blutbildende System sich regenerieren kann. Der Strahlentherapeut muß ständig abwägen zwischen dem, was er einem Patienten zumuten kann, ohne ihn unnötig zu belasten, und was er ihm zumuten muß, um die Erkrankung zu stoppen und das Leben des Patienten zu verlängern.

Medikamente werden vor allem dann zur Krebsbekämpfung eingesetzt, wenn es sich nicht um einen begrenzten Tumor handelt, sondern viele Organe oder sogar der ganze Körper betroffen ist. Dies ist dann der Fall, wenn ein Tumor bereits Metastasen gebildet hat, oder bei Blut- bzw. Lymphkrebs. Bis heute gibt es noch kein Medikament, das ausschließlich Krebszellen bekämpfen kann. Man muß Arzneimittel (sogenannte Zytostatika) einsetzen, die alle diejenigen Zellen im Körper angreifen, die sich häufig teilen und vermehren. Somit haben diese Medikamente starke Auswirkungen auf Gewebe im Verdauungstrakt, blutbildende Zellen und Hautzellen.

Heute können etwa 5 bis 10 Prozent aller Tumoren mit Hilfe der Chemotherapie geheilt werden. Bei einigen Krebsformen, etwa der Leukämie, liegt die Heilungsrate schon bei 70 bis 80 Prozent. Da die Leukämie einen großen Anteil der Krebserkrankungen bei Kindern stellt, ist diese Ziffer besonders ermutigend.

Bei weiteren 10 bis 15 Prozent kann mit Hilfe der Chemotherapie das Leben des Patienten verlängert werden. Dies gilt etwa für den Brust- oder den Prostatakrebs. Andere Krebsformen reagieren dagegen überhaupt nicht oder nur wenig auf eine Medikamentenbehandlung. Seit langem bemüht man sich, die schweren Nebenwirkungen der Chemotherapie zu vermeiden oder - durch Anwendung zusätzlicher Medikamente - zu lindern. Der Umgang mit Zytostatika erfordert große Erfahrungen. „Solche Medikamente gehören nur in die Hand eines erfahrenen Spezialisten“, so Professor Dietrich Schmähl vom Deutschen Krebsforschungszentrum.

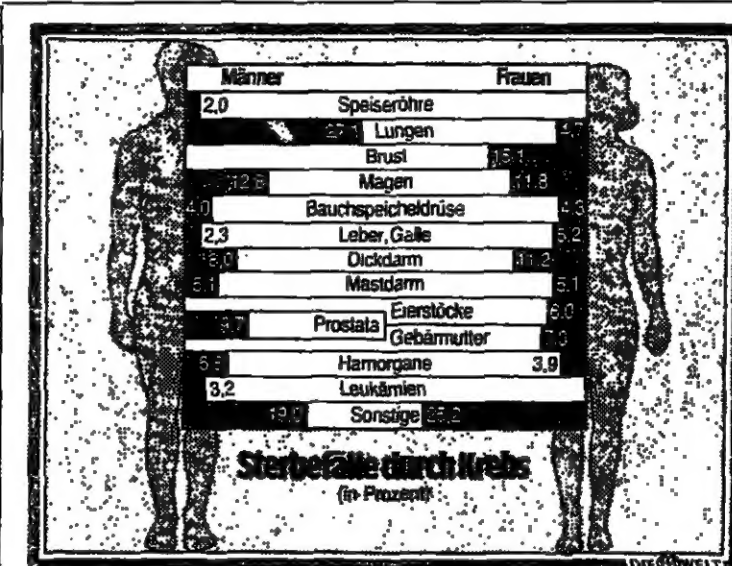
Bei einigen Tumoren hat sich auch eine Behandlung mit Hormonen als erfolgreich erwiesen, u. a. beim Brust- oder Prostatakrebs. Solche Tumoren sind nämlich für bestimmte Hormone empfindlich. Diese Therapie ist mit viel weniger Nebenwirkung verbunden als die Zytostatika.

Zur Zeit konzentriert sich die Forschung darauf, vom „Schrotschußverfahren“ der ungezielten Medikamentierung abzukommen. Man versucht, ihre Wirkung auf den Tumor von der auf andere Zellen im Körper abzutrennen. Diese Versuche befinden sich aber noch in einem Anfangsstadium. Es werden noch viele Jahre vergehen, bis es einmal möglich sein wird, die Medikamente im Körper gezielt bis in die Krebszellen hinein zu transportieren und dort freizusetzen.

Bieten „biologische Verfahren“ eine Alternative?

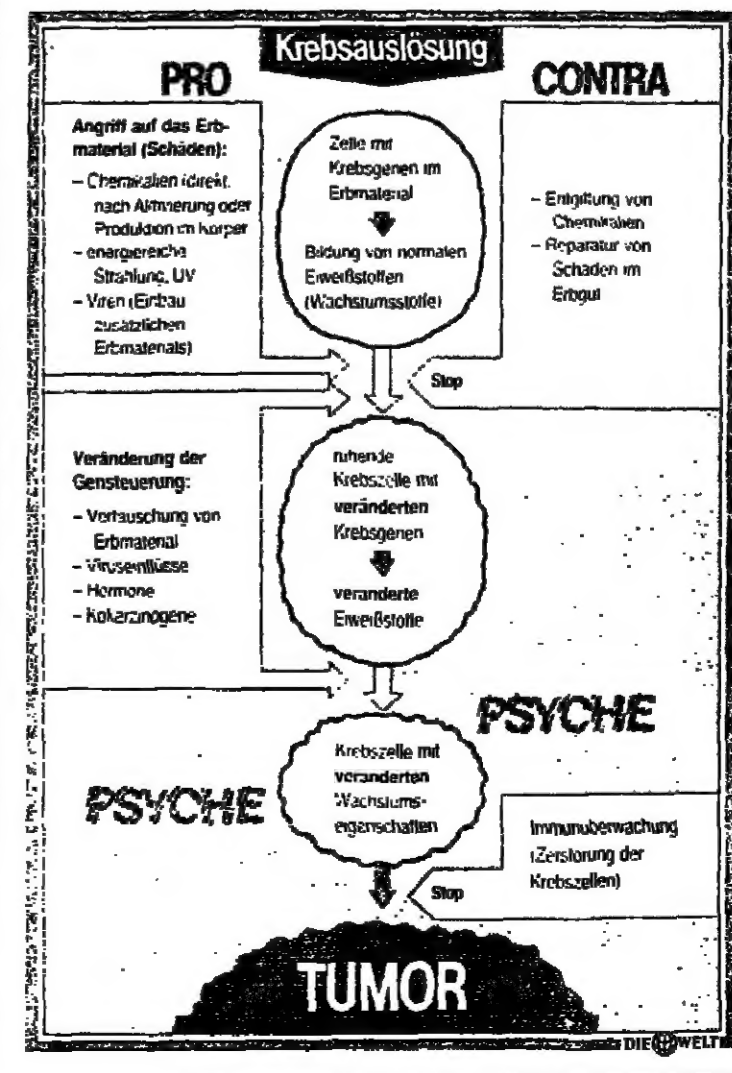
Einige Ärzte und Heilpraktiker haben sich alternativen Verfahren zugewandt, die mit weniger Nebenwirkungen für den Patienten verbunden sind, als die „klassischen“ Therapien. Dazu gehören Präparate, die das Immunsystem stimulieren sollen, die Anwendung pflanzlicher Substanzen („Mitteltherapie“), Hormonblocker („Supplet“) sowie die Überwärmungs- und Sauerstoffbehandlung. Diese Verfahren sind bisher erst in sehr geringem Umfang wissenschaftlich untersucht, d. h. es fehlen Langzeituntersuchungen an einer großen Zahl von Patienten, in denen die Wirkungsweise und der Erfolg der Behandlung auf die verschiedenen Tumoren nachgewiesen wurde. Viele Patienten wenden sich solchen Behandlungsmethoden zu, weil sie weniger „aggressiv“ und belastend sind als die „klassischen“ Verfahren.

Die meisten „Schulmediziner“ sehen diesen alternativen Verfahren sehr kritisch gegenüber. Sie belasten zwar den Patienten weniger, sind aber nach ihrer Auffassung nicht dazu geeignet, die Krankheit langfristig zu heilen. LUDWIG KURTEN



Die obere Graphik zeigt die zehn Krebsformen bei Männern und Frauen, die 1981 in der Bundesrepublik für die meisten Todesfälle verantwortlich waren. In den Industrieländern erkrankt heute jeder dritte an Krebs, jeder fünfte stirbt daran. In der Bundesrepublik ist Krebs nach den Kreislauferkrankungen die zweithäufigste Todesursache (zur Zeit etwa 165 000 Fälle pro Jahr).

Die untere Graphik zeigt die Faktoren im Körper (links), die an der Entstehung von Krebs beteiligt sind. Rechts sind die Abwehrmechanismen aufgeführt, mit denen sich der Körper gegen die Krebszellen wehren kann. Dazu gehört nicht nur der „Reparaturmechanismus“, mit dem Schädigungen am Erbgut behoben werden können, sondern auch das Immunsystem, das Krebszellen erkennen und bekämpfen kann. Nur wenig weiß man bisher über die Rolle der Psyche. Zwar kann man sicher sagen, daß sie keinen direkten Einfluß auf die Krebsentstehung hat, möglicherweise aber können psychische Faktoren den Verlauf der Erkrankung sowie die Heilung beeinflussen. (Grafiken nach: „Krebs - Entstehung und Vorbeugung“, von A. Anders und H.-J. Altheide, Thieme-Verlag) KÜ.



Der Irrglaube von der „Krebspersönlichkeit“

Welche Rolle spielt die Psyche bei der Krebsentstehung?

An tiefen Zäsuren des Lebens hält der Mensch Rückschau. Und da eine Krebserkrankung zu den schwersten Krisen gehört, ist es verständlich, daß der Erkrankte nach den Ursachen sucht. Da Krebs erst feststellbar ist, wenn er sichtbar, fühlbar geworden ist, seine Herkunft letztlich rätselhaft bleibt, seine Entwicklung nicht vorhersehbar ist, erscheint diese Krankheit als geheimnisvoll, unheimlich.

Auch in unserer hochtechnisierten Welt wird Krankheit oft noch als Sühne für Verfehlungen angesehen. Hielt man etwa früher den Stoß vor die Brust als Auslöser für Brustkrebs, so wird heute nicht selten der Verlust des Partners, das Scheitern einer Beziehung damit in Zusammenhang gebracht. Irrationalität spielt hier mit religiösen Motiven. Diese Vorstellungen zu ignorieren wäre falsch. Ärzte gehen deshalb heute mehr als früher darauf ein, wenn Patienten ihnen solche Vermutungen oder Ängste mitteilen. Etwa ein Viertel aller Patienten sind psychisch vorbelastet; dieser Anteil gilt auch für Krebspatienten.

Wieweit psychische Faktoren bei der Entstehung von Krebs mitspielen, ist heute wissenschaftlich noch ungesichert. Die Bedeutung von psychischen bedingten Verhaltensweisen aber steht außer Zweifel: Rauchen, Alkoholgenuß und prestigeträchtiges Sonnenbräunen steigern das Risiko, an Krebs zu erkranken. Mit Angst-Kampagnen hier etwas auszurichten zu wollen, halten Psychotherapeuten für den falschen Weg.

Dies gilt auch für die Früherkennung. Der Versuch, sich vor der Untersuchung zu drücken, ist menschlich verständlich, keineswegs neurotisch. Auch zeigt sich, daß heute die meisten Frauen nach Erstan eines Knotens binnen 14 Tagen den Arzt aufsuchen. Aufklärung tut not. Als Irrglauben bezeichnen Therapeuten aber die Ansicht, daß gewisse Menschen von ihrer psychischen Anlage her zwangsläufig an Krebs erkranken müßten - die oft beschworene „Krebspersönlichkeit“ ist eine Mär.

Welchen Stellenwert hat die Psychotherapie bei der Behandlung?

Erst im letzten Jahrzehnt ist das Wissen um die seelischen und sozialen Folgen der Krebserkrankung in den Vordergrund gerückt und damit auch die Forderung nach einem ganzheitlichen Behandlungs- und Betreuungskonzept. Krebs ist ein chronisches Leiden. Unser Medizinbetrieb aber ist auf den Notfall ausgerichtet. Die Qualität der psychosozialen Nachsorge läßt daher immer noch zu wünschen übrig. Ärzte und Pflegepersonal sind zeitlich und organisatorisch überfordert und - die Arbeit mit Krebskranken rührt mehr als jede andere an eigene Ängste. Gefühle der Hilflosigkeit stellen sich ein. Es genügt nicht, nur Verständnis für die besonderen Bedürfnisse des Kranken zu haben und ihnen entsprechen zu wollen, der Helfer selbst muß über sein Erleben und Verhalten Klarheit

gewinnen, und er muß dabei unterstützt werden.

An der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg besteht seit sieben Jahren eine psychosoziale Nachsorgeeinrichtung. Ein Team (Krankenschwester, Sozialarbeiterin, Pädagogin, Psychologin, Psychotherapeut) vermittelt Ärzten, Pflegepersonal, betroffenen Familien und Selbsthilfegruppen in speziellen Seminaren das Wissen um die besonderen Probleme von Krebspatienten und die sozialrechtlichen Möglichkeiten wie Kuren, Prothetik, Leistungen der Sozialdienste, Rehabilitation.

Zwiespältig ist die Rolle, die Selbsthilfegruppen und die Familie bei der psychischen Betreuung Krebskranker spielen. Bei Selbsthilfegruppen zeigt sich oft, daß gesteigerte Aktivität nach außen hin die eigene Hilfsbedürftigkeit verdecken, das eigene Problem verdrängen soll. Der gedankliche Appell an die Solidarität der Familie kann mißverständliche Folgen haben. Die Kraft zu helfen erlahmt manchmal zu schnell, und die Familie bruchstückhaft dann mindestens so viel Zuwendung wie der Kranke. Krebserkrankungen haben schwerwiegende Auswirkungen auf eine Partnerschaft. Bezeichnend ist die erhöhte Scheidungsrate bei Brustkrebs. Unwissen führt so manchmal zur persönlichen Katastrophe. Weit verbreitet ist auch noch immer der Irrglaube, Krebs sei ansteckend.

In der Klinik sollte die psychische Betreuung beim behandelnden Arzt und beim Pflegepersonal liegen. Erst auf Wunsch des Patienten kommt der Psychologe zu mehr als zwei Drittel sind es Frauen, die therapeutische Hilfe suchen. Bei Männern steht eher die Frage nach der Versorgung im Vordergrund. Ziel einer Psychotherapie ist es, dem Patienten einen Weg zu zeigen, wie er den Krebs als persönliches Problem bewältigen kann. Die Erfolgsaussichten sind durchaus verschieden. Es gibt Erkenntnisse, daß Patienten, die einen aktiven Zugang zu ihrer Krankheit finden, sie besser beherrschen und so eine längere Lebenserwartung haben als solche, die sich ihrem Schicksal unterwerfen. RUDOLF ZEWELE

Die Beiträge auf dieser Seite gehen auf Gespräche zurück, die die Autoren mit Fachleuten verschiedener Disziplinen, vor allem im Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg, geführt haben. Wir danken: Prof. Christian Herfarth, Chirurgische Universitätsklinik Heidelberg; Dr. Bernhard Kimmig, Projektkoordinator Strahlentherapie (DKFZ); Prof. Holger Krebner, Abt. f. Tumorerkrankungen (DKFZ); Prof. Rudolf Preussmann, Abt. Umweltkarzinogene (DKFZ); Prof. Dieter Schmähl, Inst. f. Toxikologie und Chemotherapie (DKFZ); Dr. Reinhold Schwarz, Leiter der Psychosozialen Nachsorgeeinrichtung Heidelberg; Frau Hilke Stamatidis-Smidt, DKFZ-Pressesprecherin; Prof. Gustav Wagner, Abt. Epidemiologie und Dokumentation (DKFZ); Prof. Karl zum Winkler, Universitätsklinik Heidelberg.

Dr. H. 150

**Es gibt keinen vernünftigen Grund,
warum eine Garage nur eine Garage sein muß.**



**PARKLINE. Das Garagen-System von
Dyckerhoff & Widmann, 8000 München 100.
089/924092.**

SPD-Linke will Kurswechsel in der Sicherheitspolitik

rtr, Bonn

Einen Kurswechsel in der Verteidigungspolitik fordern die im „Frankfurter Kreis“ zusammengeschlossenen Linken in der SPD in einem Positionspapier für den im August in Nürnberg vorgesehenen SPD-Parteitag. In dem gestern veröffentlichten Papier wird für den Fall der Regierungsübernahme durch die SPD nach der Bundestagswahl 1987 verlangt, wesentliche sicherheitspolitische Beschlüsse der jetzigen Bundesregierung rückgängig zu machen.

So fordert die SPD-Linke, daß innerhalb der ersten sechs Monate der Abzug der amerikanischen Pershing-2-Raketen und der Marschflugkörper durchgesetzt werden müsse. Zudem müßte jede bis dahin zugesagte Beteiligung an dem amerikanischen SDI-Forschungsprogramm aufgekündigt und jede Teilnahme an einem europäischen Abwehrsystem gestoppt werden. Die SPD-Linke fordert ferner die Einstellung aller Zivilschutzmaßnahmen insbesondere für einen Atomkrieg sowie die schrittweise Reduzierung der Streitkräfte in Friedenszeiten.

Von H.-R. KARUTZ
Die Sozialdemokraten haben „Druck, Propaganda, Spaltung und Terror“, mit denen Sowjets und deutsche Kommunisten im April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED betrieben, nicht vergessen. In einer Broschüre der Bundespartei, die jetzt zum bevorstehenden 40. Jahrestag dieses Ereignisses allen SPD-Mitgliedern zugeht, wird auch an den Vorwurf von Erich Ollenhauer erinnert, die Kommunisten hätten zwischen Dezember 1945 und April 1946 „mindestens 20 000 Sozialdemokraten gemäßregelt, für kürzere oder auch sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet“.

Die Ausarbeitung, die kurz vor dem Besuch von Volkskammerpräsident Horst Sindermann (SED) bekannt wurde, stammt von einer Arbeitsgruppe unter Federführung von Professor Helga Grebing. Ihr Text fand die Billigung der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. Die Ausarbeitung rechnet scharf mit Methoden und Zielsetzungen der damaligen deutschen Kommunisten unter Walter Ulbricht ab, die unter dem massiven politischen Schutz der sowjetischen Militäradministration (SMAD) alle der Zwangs-

SPD erinnert an Repressionen bei der erzwungenen Gründung der SED

vereinigung widerstehenden Sozialdemokraten unnachgiebig verfolgten.

Bereits in der jüngsten Ausgabe der „Neuen Gesellschaft“ hatte Egon Bahr diese Zeit, die noch immer das Verhältnis von „DDR“-Kommunisten und Sozialdemokraten prägt, aufgearbeitet. Die „erregenden Vorgänge“ von damals, schrieb Bahr, hätten zu einem Vereinigungsparteitag (am 21./22. April 1946 im heutigen Ostberliner Operettenhaus Metropoltheater, dem damaligen „Admiralspalast“) geführt, den man „zu Recht Zwangsverschmelzung“ nennen könne. Nicht „ideologischer Kompromiß, sondern Macht“ habe seinerzeit zugunsten der Kommunisten entschieden.

Bahr erinnert in seiner Ausarbeitung daran, daß „Sozialdemokratismus“ zu einem Vorwurf der SED wurde, „der die Freiheit kosten konnte“. Noch 1980 habe Politbüromitglied Kurt Hager – unter Erich Honecker für die Kulturpolitik zuständig – von derartigen Gefahren ge-

sprochen. Bahr wörtlich: „Die ideologische Abgrenzung gegenüber Sozialdemokraten ist gewissermaßen ein Teil der SED, der angeblich ist und nicht von solchen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik übersehen werden darf, die sich heute von Kommunisten umworben finden.“

Der SPD-Politiker wies außerdem auf eine Entscheidung des SPD-Parteirats vom 28. Februar 1971 im Vorfeld der Ostverträge hin, in der es hieß: „Das kommunistische System der DDR ist auch heute keine annehmbare Alternative zu unserer freiheitlichen Ordnung. Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen.“ Zur aktuellen Situation merkte Bahr an: „Wir brauchen unsere Haltung und unsere Erfahrung mit der Zwangsverschmelzung weder zu verleugnen noch zu verbergen. Es gibt nichts zu revidieren. Aber auch ideologische Gegner sind unzertrennliche Partner des Überlebens geworden.“

Das 30 Seiten umfassende Papier der Historikerin Helga Grebing stellt die rechtzeitige Warnung von Kurt Schumacher gegenüber den kommunistischen Bestrebungen heraus: „Schumacher hatte schon frühzeitig vor einer engen Zusammenarbeit mit der KPD und allen „Einheits“-Bestrebungen gewarnt. Die Geschichte hat seine Einschätzung bestätigt. Die SED hat sich, so scheint es, auf den ersten Blick gradlinig und unaufhaltsam zu einer orthodoxen marxistisch-leninistischen Partei sowjetischen Typs entwickelt.“

Sozialdemokratische Traditionen seien in der SED „durch Säuberungen, Verfolgungen, ideologische Indoktrination und durch Entmachtung zahlloser Sozialdemokraten auf allen Ebenen unterdrückt“ worden. Dennoch sehe die kommunistische Führung „auch heute noch beständig das Gespenst des Sozialdemokratismus“.

Die neue SPD-Broschüre führt auch den interessanten Zahlenvergleich auf, wonach trotz „massiver

Begünstigungen“ durch die Sowjets nicht die KPD, sondern die SPD in der Sowjetzone zur größten Partei aufstieg. Ende Oktober 1945 zählte die SPD in diesem Bereich rund 300 000, die KPD rund 50 000 Mitglieder weniger.

Die Situationsbeschreibung, die der SPD-Parteivorstand vor einiger Zeit in Auftrag gegeben hatte, spricht auch von der einseitigen Fichtbewegung in den Westen, die durch die kommunistischen Repressalien „ausgelöst“ worden ist. „Notgedrungen flohen viele Sozialdemokraten, weil ihre persönliche Sicherheit bedroht war, in den Westen. Funktionäre, die sich als „Gegner der Einheit“ geäußert hatten oder aus anderen Gründen der KPD oder den Besatzungsbehörden mißliebig geworden waren, mußten diesen Weg wählen.“

Zu den Folgen der Zwangsvereinigung rechnet die Broschüre: „Die SED-Gründung richtete eine unüberwindbare Mauer zwischen der SED und den nichtkommunistischen Parteien des Westens auf. Sie bewirkte die absolute Verständigungs-Unfähigkeit besonders zwischen SPD und SED.“ Die SED-Gründung sei der „erste große Schritt zur Spaltung Deutschlands“ gewesen.

Anklage gegen drei mutmaßliche Terroristen

rtr, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gestern Anklage gegen drei mutmaßliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung erhoben. Die 25jährige Studentin Isabel Jacob wird beschuldigt, sich an Sprengstoffanschlägen auf die Gebäude der Einzelhandelskammer und der Messe in Hannover beteiligt und einen Anschlag auf das Dienstgebäude des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums vorbereitet zu haben.

Zusammen mit dem 23jährigen Koch Horst Mönnecke und einem nicht genannten Beschuldigten soll Isabel Jacob ferner in Hannover eine terroristische Vereinigung gebildet haben, die sich in Bekennerschreiben als „Die Unausstehlichen“ oder „Wirtschaftswunderkinder“ bezeichnet haben soll. Ein weiterer nicht genannter Beschuldiger soll zu zwei Sprengstoffanschlägen Beihilfe geleistet und gegen das Waffengesetz verstoßen haben. Isabel Jacob sitzt seit ihrer Festnahme am 4. Juni 1985 in Untersuchungshaft, die drei anderen Beschuldigten befinden sich auf freiem Fuß.

NOBLESSE OBLIGE.



DAS NEUE FLAGGSCHIFF VON LANCIA: DER LANCIA THEMA 6V.

Man sagt, daß in Europa die besten Autos der Welt gebaut werden. Und wenn in diesem automobilen Oberhaus der Lancia Thema gerade von der deutschen Presse als neues Mitglied gefeiert wird, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Denn Lancia hat unglaublich viel investiert, um an der Spitze der Technologie bleiben zu können.

Und das ist uns gelungen. Der Lancia Thema ist der beste Beweis dafür. Ein Automobil, das doppelt fasziniert. Zum einen durch seine unaufdringliche Eleganz und seinen ausgeklügelten Komfort. Und zum anderen durch seine sportlichen Fähigkeiten. Das beste Beispiel dafür ist der Lancia



Thema 6V, das exclusive Spitzenmodell der Thema-Flotte (die insgesamt mit vier Motorversionen lieferbar ist). Der Lancia Thema 6V hat einen drehmomentstarken 6-Zylinder-V-Motor mit 2,85 Liter Hubraum und Benzineinspritzung (Bosch K-Jetronic). Das Ergebnis sind sportliche

110 kW/150 PS mit einer Beschleunigung von 8,2 sec. von null auf 100 km/h. Und das mit der souveränen Ruhe eines ausgereiften 6-Zylinders. Eine technische Delikatesse. Wenn Sie sich zu den Automobil-Gourmets zählen, ist es dringend angeraten, den Lancia Thema einmal probefahren.

SPY 100/150

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 864, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Utopisches Menschenbild

Sehr geehrte Herren,

das Schlagwort vom „Neomerkantilismus“ süddeutscher Ministerpräsidenten könnte Zweifel an der Bildung Graf Lambdorfs wecken, wenn man Politikern nicht das Recht auf Polemik zubilligen müßte. Strauß und Späth stimmen ja mit ihm darin überein, daß die Marktwirtschaft die unserem Zeitalter angemessene Wirtschaftsordnung ist. Und weil sich alle Jünger und Nutznießer des Zeitgeistes verzweifelt gegen diese Einsicht sträuben, verdient Lambdorfs Flädder für mehr Marktwirtschaft eine ungeteilte Zustimmung, wenn es keine Verkürzung des Themas wäre.

Auch Lambdorff sollte einräumen, daß in der Marktwirtschaft die Realität vielfältige Kompromisse zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen und marktfremden Zielen geschlossen werden müssen. Bei aller Kritik an der Agrarpolitik der EG wird man die ungelösten Probleme der Landwirtschaft allein mit marktwirtschaftlichen Methoden in den Griff bekommen? Hat Strauß nicht recht mit der These, daß die Atom- und die Luftfahrtindustrie nur mit staatlicher Hilfe auf dem Weg gebracht werden konnten? Würden sich irgendwo in der Welt Computer der fünften und sechsten Generation ohne Forschungssubventionen entwickeln lassen?

Weil aber nicht die Vernunft, sondern der Wille des Menschen zur Macht das stärkste Motiv der Geschichte ist, müssen sich die grundsätzlichen Marktwirtschaftler auch mit Konzeptionen abfinden, die sich aus Geboten der Außen- und Sicherheitspolitik ergeben. Zählt Lambdorff aber die Rüstungswirtschaft zu „den wenigen gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Schwerpunktbereichen“, für die er Forschungssubventionen für zulässig hält? Dürfen wir die Wertindustrie und die Handelsflotte ohne Rücksicht auf sicherheitspolitische Perspektiven im Subventionssturm der Konkurrenz untergehen lassen?

Das Defizit von SPD und FDP an außen- und sicherheitspolitischem Urteilsvermögen erinnert daran, daß sich Liberalismus und Sozialismus auf ein idealisiertes, also auf ein utopisches Menschenbild gründen. Daher bedarf liberale Politik konservativer Korsettstangen, wenn sie

nicht nach links abrutschen soll. Der „Neomerkantilismus“ süddeutscher Landesfürsten, vor dem Lambdorff warnt, wiegt leicht im Vergleich mit den Sünden wider die Marktwirtschaft, die seine Partei im Bündnis mit der SPD querschrieben hat.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Fleischer,
Hamburg 70

Umschreiben?

„Weder an der Gabel noch auf dem Kufen“: WELT vom 16. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, neben vielen, je nach Vorstellung, Bedenklichem oder Bedenkenswerten bemerkt Hornung, nach Öffnung der alliierten Archive müsse manches über den Zweiten Weltkrieg umgeschrieben werden.

Sollte sich dabei die These Theodor Eschenburgs von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg nicht mehr halten lassen und damit der Nachkriegspolitik die Grundlage entzogen werden, darf davon die zukünftige deutsche Politik nicht unberührt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Wahls,
Köln 30

Schlampereien

„Bricht die Entwertung zusammen“: WELT vom 7. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, mit großem Interesse, aber auch Verwunderung, habe ich den Artikel von D. Schmidt gelesen, der die Sorgen der Altkriegsarmee beleuchtet.

Es ist unverständlich, daß anschließend von Seiten der Behörden bzw. des Gesetzgebers als notwendig eingesehene Entscheidungen verschleppt werden, obwohl der damit zu erwartende Schaden anscheinend beiden Parteien bekannt sein müßte. Man fragt sich dabei zwangsläufig, ob die zuständigen Behördenvertreter ihren Amtsid vergessen haben und mit welcher Berechtigung gerade die sie vertretende Gewerkschaft ÖTV eine über den Verhältnissen liegende Lohnforderung durchsetzen will.

Wenn die normale Arbeitszeit nicht ausreicht, muß eben nachgearbeitet werden, wie es möglicherweise die Vertreter der Altkriegsarmee ohnehin

tun. Daß jedoch wegen dieser Schlamperei auch noch Kurzarbeitergeld oder zukünftig Arbeitslosengeld bezahlt werden muß, fördert noch das Entsetzen. Wartet man denn hier, bis sich die Angelegenheit endlich wieder zum Skandal entwickelt hat?

Mit freundlichen Grüßen
Georg Adam Fhr. von Aretin,
Haidenburg

Unerlöst

Sehr geehrter Herr Ströhm, mit Interesse habe ich Ihre Ausführungen über den „geheimen Krieg der Albanen“ in der WELT vom 17. Januar gelesen.

Erlauben Sie mir eine Anmerkung! „Irridenta“ ist nicht von der vermeinten Form von „Reddere“ („Vare redde legiones!“) abgeleitet, sondern geht auf die vermeinte Form von „Redimere“ zurück. Es hat also nicht die Bedeutung von „nicht zurückgegebenem Land“, sondern die psychologisch brisante von „unerlöst, unbefreit“.

Mit höflicher Empfehlung
Ihr sehr ergebener
Prof. Dr. med. Otto Stochdorph,
Gauting

Kind-Problem

„Die Angst vor dem Kind“: WELT vom 12. Februar

Ich halte es für falsch, die Frage des Geburtenrückganges ausgerechnet am Beispiel Sterilisation des Mannes in einem Kommentar „Angst vor dem Kind“ zu erörtern und dabei „eine gewisse Nachdenklichkeit“ der Betroffenen zu betonen. Es mag das geben. Die Realität zeigt jedoch, daß ein Großteil der jungen Männer mit Sterilisationswunsch dieselbe unüberlegt und ohne entsprechende Beratung machen läßt. Ein Teil geht sicher zu Lasten der Ärzte.

Wie soll es aber erklärt werden, daß sich pro Woche ein bis drei junge Männer

Wort des Tages

„Die Glückseligkeit gleicht dem Koks: Sie ist ein Nebenprodukt.“

Aldous Huxley, britischer Schriftsteller (1894-1963)

ner mit Wunsch nach Rückgängigmachung der Sterilisation sehe; vor zwei bis drei Jahren, in einem Fall vor zwei Wochen, wurden diese Männer sterilisiert.

Eine kürzliche Sendung im NDR belegt meine Erfahrung überzeugend: Da war die Rede von einem 23-jährigen, der die Sterilisation später rückgängig machen lassen wollte, wenn er seine Traumfrau gefunden hätte. Ohne Ausnahme sprachen sich die jugendlichen Interviewpartner gegen eine endgültige Lösung der Familienplanung (und das ist die Sterilisation!) aus und verwiesen auf andere Verhütungsmöglichkeiten.

Professor Dr. Carl Schirren,
Zentrum für Reproduktionsmedizin
Universität Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren, in seinem Artikel schreibt Herr Joachim Neander, daß ein Volk, das sein eigenes Aussterben nicht zu verhindern sucht, nicht nur materielle Hilfe, sondern eine Wende in der Einstellung brauchen. Wir hätten es hier mit einem psychologischen Problem zu tun, für das Therapien freilich nicht in Sicht seien.

Vielleicht darf bei dieser Gelegenheit doch einmal daran erinnert werden, daß sich gerade auf dem Boden psychologischen Erfahrungswissens die „schleichende Katastrophe“ von heute voraussagen ließ. Deshalb waren auch Therapieversuche möglich, die mein Freundeskreis mit 8000 Unterschriften an die Verantwortlichen gerichtet hat. Die „Angst vor dem Kind“ ist schließlich nicht über Nacht über die junge Generation hereingebrochen. Sie ist in den vergangenen 20 Jahren auf dem Boden eines wirklichkeitsfernen Gleichheitswahns planmäßig geädert worden und ist deshalb eine konsequente Reaktion der Jungen.

Der Zustand der Familie heute, mit den vielen Streit-Ehen, den vielen verhaltensgestörten Kindern, den künstlich aufmüpf gemachten Jugendlichen, bietet nur noch wenig Anreiz zur Nachachtung, zumal die Plackerei mit Prestigemangel und Benachteiligung „belohnt“ wird.

Die exzessive Verschulung der jungen Frauengeneration steht einer Vorbereitung auf den Mutterberuf entgegen. Dadurch wird Muttersein mit mehreren kleinen Kindern ohne Hilfskräfte zu schwer. Hilfen sind unbezahlbar gemacht worden. Die Großmütter sind selbst berufstätig. Die unverheiratete beruflose Tante ist ausgestorben. Berufstätige Ehemänner sind und werden nie ein ausreichender Ersatz sein können. Das

zu fordern, zerrüttet noch mehr die Ehen.

Da gesundes Familienleben nun einmal bestimmte psychologische und biologische Voraussetzungen hat, war bei der familienfeindlichen Politik der 70er Jahre gewiß kein anderes Ergebnis zu erwarten. Kaum faßlich aber ist es, daß die CDU/FDP-Regierung weiter auf die zukunftsverderbliche Gleichheitsideologie setzt, der wir die ganze Misere verdanken.

Mit freundlichen Grüßen
Christa Meyes,
Uelzen 1

Sehr geehrte Damen und Herren, kein Wunder, denn gerade der so hochgelobte Generationenvertrag mit der beitragsbezogenen Rente ist ja der Auslöser dieser Angst. Kinder verursachen einen Verlust an Beitragsleistungen, damit auch an der Rentenerwartung. Diese Bestrafung der Mütter bewirkt den Kinderschreck. Ein Rentensystem kann immer nur kinderbezogen funktionieren. Eine beitragsbezogene Rentenförderung führt zur Perversion des Generationenvertrages, zu einer Generationenschrumpfung. Daran werden auch das Kindergeld und die Babyjahrkosmetik nichts ändern.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wurm,
Feuchtwangen

Sehr geehrte Redaktion, Herr Neander hätte seinen Beitrag besser „Die Angst um meine Rente“ genannt.

Unverständlich sind mir seine geradezu phantastischen Attacken gegen die Neue Heimat, Gewerkschaften und Altkriegsarmee. Und dann: Den beklagten „immer dümmlichen Theorien“ zur wachsenden Isolation im Alter setzt Herr Neander schließlich die Krone auf. Sein Programm gegen wachsende Isolation im Alter: Jedem Alten sein Enkel.

Schon wär's, wenn es so einfach wäre. Doch ein „vernünftiges Generationenverhältnis“ (gemeint ist sicher das Generationen-Verhältnis) ist eben nicht nur eine Sache des Rechens. Auch nicht, wenn „man sich ein bißchen Mühe gibt“.

Schade, vor lauter Abschwefelungen hat Herr Neander ganz vergessen, etwas über die Hintergründe der Angst vor dem Kind zu sagen.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Schmidtknecht,
Köln 41

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Personalien

GEBURTSTAGE

Prälät Dr. Heinrich Ewers, emeritierter Dekan der Römischen Rota und Paderborner Diözesanpriester, wurde gestern 80 Jahre alt. Dr. Ewers lebte heute in Rom. Seit 1956 gehörte er dem Richterkollegium des vatikanischen Gerichtshofs an. Nach seiner Emeritierung verlieh ihm Papst Johannes Paul II. den persönlichen Titel „Exzellenz“. Erzbischof Dr. Johannes Joachim Degenhardt ernannte Heinrich Ewers 1983 zum Ehrenmitglied in Paderborn. Der damalige Bundespräsident Karl Carstens würdigte 1983 die Verdienste Ewers' im Dienste seiner Kirche und verlieh ihm das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern.

Franz Gleissner, von 1953 bis 1972 als CSU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag, vollendete am 22. Februar in München sein 75. Lebensjahr. Zunächst absolvierte er eine landwirtschaftliche Praxis und studierte das Fach Landwirtschaft. An der Technischen Hochschule München wurde er wissenschaftlicher Assistent und kam an die Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz. Nach dem Krieg war er in der Ernährungsverwaltung Wolftraubhausen beschäftigt und arbeitete zwei Jahre als persönlicher Referent des bayerischen Landwirtschaftsministers. Von 1950 bis 1953 leitete er ein Staatsinstitut für landwirtschaftliche Lehrerbildung. Im Bundestag vertrat er den Wahlkreis Miesbach.

EHRUNG

Philip Potter, 1972 bis 1984 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, erhält den „Niwan-Friedenspreis“ 1986. Der Preis wird von der „Weltkonferenz der Religionen für den Frieden“ und der „Niwan-Friedensstiftung“ verliehen. Philip Potter wird den Preis am 22. April in Tokio entgegennehmen. Die Auszeichnung ist mit 100 000 US-Dollar dotiert. Der farbige Methodisten-Pfarrer lehrte seit einem Jahr in Jamaika an der Universität von Kingston Theologie. Er wird der vierte Träger des Preises sein, der für „seinen Beitrag zum Weltfrieden durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Religionen“ verliehen wird. Das Preiskomitee, das Potter unter 826

Kandidaten aus 121 Staaten auswählte, würdigt im besonderen seine Aktivitäten im Kampf gegen Rassismus und für die Menschenrechte und seinen Einsatz für den Dialog zwischen den Religionen. Erster Preisträger war 1983 der brasilianische Erzbischof Heider Camara.

ERNENNUNGEN

Der Berliner Presseclub hat während seiner Jahreshauptversammlung seinen Vorstand wiedergewählt. Ihm gehören Hans Ulrich Kersten an, der das Amt des Vorsitzenden ausübt, und sein Stellvertreter Hans Joachim Werbbe. Außerdem sind im Vorstand Egbert Steinknecht, Stefan Gänsecke, Gottfried Vetter und Dr. Peter Jochen Winters.

Dr. med. Gustav Osterwald, bisheriger Präsident der Ärztekammer Niedersachsen, wurde während der Kammerversammlung für vier weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Sein Stellvertreter ist Professor Dr. med. Werner Stöckel, Hannover, Landesvorsitzender des Marburger Bundes in Niedersachsen. In den Vorstand wiedergewählt wurden außerdem Dr. Hans-Ferdinand Gehre, Hannover, Professor Dr. Heiko Eckel, Göttingen und Professor Dr. Peter Otto, Burgwedel. Weitere Vorstandsmitglieder wurden Herbert Essmeyer, Wilhelmshaven, Dr. Hartmut Lammert aus dem Landkreis Hannover und Dr. Gerd Pommer, Oldenburg.

Wilhelm Krampe, früherer CDU-Bundestagsabgeordneter, starb im Alter von 60 Jahren in Hamm/Westfalen. Er war über die katholische Verbandsarbeit zur Politik gestoßen. 1947 wurde er Jugendsekretär der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB). Seit 1964 war er Diözesan-Sekretär der KAB im Erzbistum Paderborn. Viele Jahre hatte er den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen Westfalen-Lippe inne. Er war stellvertretender Landesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Westfalen. Von 1952 bis 1956 und von 1961 bis 1974 saß er im Rat der Stadt Hamm. Wiederholt führte er die CDU-Fraktion. Von 1966 bis 1980 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

taschenbuch magazin

Heft 1/86 des „taschenbuch magazin“

ist erschienen – mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage, auf 84 Seiten, mit mehr als 300 Abbildungen, durchgehend vierfarbig gedruckt. Kostenlos bei Ihrem Buchhändler oder anfordern bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4500 Dortmund.

Kostenlos im Buchhandel!

STELLENANGEBOTE

Ravensburger®

Das traditionelle Arbeitsgebiet des Otto Meier Verlages ist seit mehr als 100 Jahren das Verlegen von Büchern und Spielen. Im Spiele- und Puzzle-Bereich sind wir Marktführer unter dem Markenartikel „Ravensburger“.

Wir suchen zum 01.07.1986 für den Bereich des Spielverlages den

Regional Verkaufsleiter Nord

Verantwortungsbereiche:

Sie sind verantwortlich für:

- Die Durchsetzung der Vertriebsziele
- Die Führung und Motivation von neun qualifizierten Außendienstmitarbeitern
- Das Feldtraining in der täglichen Praxis

Voraussetzungen:

- Konzeptionelle und analytische Befähigung
- Ein betriebswirtschaftliches Studium oder auf anderem Wege erworbene betriebswirtschaftliche Kenntnisse
- Bereitschaft zur Teamarbeit und Weiterbildung
- Alter bis 35 Jahre

Die Dotierung und übrigen Konditionen des Vertrages entsprechen den Anforderungen der Aufgabe. Der Wohnort sollte idealerweise in Großraum-Bremen-Hamburg-Hannover liegen.

Bitte, senden Sie Ihre vollständige Bewerbung an den

Otto Meier Verlag
Personalsabteilung
Postfach 18 60
7980 Ravensburg

Ewige Wechselzeiten und Heilmittelaktionen aus dem Gebiete Gottes & Brochings kostenlos - UNIVERSITÄT LEBEN, Post. 56 46, 8700 Würzburg & Best.-Nr. EW.

Büro-Service
in Saarbrücken
Fordern Sie unser Dienstleistungsangebot.
Tel. 06 81 / 53 0 94

Dieter Wanders, Europas bekanntester
Hellseher
Anmeld. Köln (02 21) 24 43 83

ORBA Software
bekommen Sie nur bei
P.S. „Pigiste“ auch via Internet
ORBA Software
Postfach 13 05, 4500 Dortmund

IMMOBILIEN/KAPITALIEN



Pro Valor
Aktiengesellschaft

A PROPOS GELD

Die Kombination der folgenden drei Faktoren:

- Über Groß-Banken abgewinkelte Euromarkt-Treuhand-Anlagen, welche die Sicherheit für das investierte Kapital gewährleisten.
- Die Möglichkeit, bereits ab DM 10 000,- und nicht erst ab DM 100 000,- wie bis anhin, am Euromarkt anzulegen.
- Verrechnungsteuereinfache Kapitalverdoppelung in nur 7 Jahren, ohne spekulative, risikobehaftete Transaktionen, ermöglicht auch Ihnen, ab sofort im Euromarkt sicher, inflationsschützend und gewinnbringend zu heute über 10% Ihr Geld steuerfrei anzulegen.

Für detaillierte Informationen senden Sie nachstehenden Coupon an:

Pro Valor AG
Mitteldorf 1, FL-9490 VADUZ
Name: _____
Adresse: _____
PLZ/Wohnort: _____
Tel.: _____ P: _____ G: _____

Eigentumswohnungen

ÖSTERREICH SALZBURG

SEEHAIN am Obersee

MARIA ALM am Seerain

NIEDERHILL am Seerain

TAMSWEG am Seerain

Kurzfristig beziehbare Eigentumswohnungen

Fordern Sie bitte unser ausführliches Informationsmaterial an:

DEIN HEIM - Wohnungsbau Ges.m.b.H.

45000 Salzburg, Tel. 06 64 4300

Repräsentative Villa bei Fuschl

Liquiditätssicherung

durch:

– Forderungseinzug

– Zinsgünstige Finanzierung (langfr.)

Sichern Sie Ihre Liquidität nachhaltig.

Wege hierzu durch:

U.B.S. GmbH, Büro Bielefeld

Deutscher 37 b, 48 Bielefeld

Tel.: 05 21 / 57 03 61

Solide Immobilienanlagen (Kauf, Gewerbe, Wohnraum) sind unsere Stärke als Planungsbüro und Generalübernehmer. Wir verkaufen „direkt vom Hersteller“ und suchen Kontakt zu Anlegern und seriösen Beratern. Zuschr. unter W 8872 an WELT Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Liquiditätsbeschaffung durch Gegengeschäft! Ab DM 10 000 b. DM 500 000. Bei positiver Auskunft! Tel. 0208/891698

Spanien EG – INFO Buch + Arbeitsmappe anfordern unter Tel. 0 71 39 / 74 79

Dortmund-Syburg Repräsentatives Zweifamilien-Doppelhaus, 200 m² Wohn-Nutzfläche, 450 m² Grundstücksfläche, 22 m² A.; unverbaubare Südwesthanglage; 6 Zimmer, 3 Bäder, Wohnküche, Küche, 15 m² Freizeitanlage und Nutzfläche, unterkellert Garage, frei ab Sommer 86, VB 538 000,- DM, provisorisch.

Holländ. 3 Ferienchalets nahe Langweer (Friesland), gel. am Waldrand u. Wassernähe (Liedl, z. Vert.), kpl. möbl., VB 36 500,-, Ansk. 0031-51501/80 06

Immobilien Egon F. J. Hillebrand, Reichsmarkt, 143, 46 Dortmund 30, Tel.: 02 31 / 77 46 88 ab 14.00 Uhr

Kreis Helmstedt Gewerbl. Grundstücke verp./verp. Tel. 0 48 / 7 55 19 14

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl



Finanzierung - Ihr Job?

Als Finanz-Prokurist einer Gesellschaft, die rund 4 000 Wohneinheiten verwaltet, brauchen Sie eine qualifizierte Bankausbildung. Außerdem Berufserfahrung im Bereich mittel- und langfristiger Finanzierungen. Wenn Sie gern mit „Bankern“ verhandeln, könnte dies die richtige Position für Sie sein.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 22. Februar, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

NACHRICHTEN

Ohne Brigitte Kraus

Köln (dpa) - Die dreimalige Hallen-Europameisterin Brigitte Kraus (Köln) muß auf ihren 3000-m-Start bei den Titelkämpfen am Wochenende in Madrid verzichten. Sie unterzog sich einer Mandeloperation.

Eishockey: Ausverkauft

Düsseldorf (sid) - Bereits gestern waren die jeweils 10 500 Karten für die ersten beiden Düsseldorf-Heimspiele im Eishockey-Halbfinale der Play-Off-Runde gegen Rosenheim (23. und 28. Februar) vergriffen. Damit ist das Düsseldorfer Eishockey-Stadion in dieser Saison zum 15. Mal ausverkauft.

Jakobs wird operiert

Gelsenkirchen (sid) - Michael Jakobs, Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligaklubs Schalke 04, muß sich einer Achillessehnen-Operation unterziehen. Er fällt damit für den Rest dieser Saison aus.

Rodeln: Zweiter Platz

Lake Placid (dpa) - Bei den Rodel-Weltcup-Läufen in Lake Placid (USA) wurden die Bertschegader Isankner/Hackl und Schwab/Staudinger Zweite und Dritte bei den Doppelsitzern. Es siegt die Italiener Raffi/Huber.

Talente aus Ostfriesland

Aurich (dpa) - Ein Kooperationsvertrag zwischen dem Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen und dem ostfriesischen Landesligaverein SpVgg Aurich wurde unterzeichnet. Aurich soll den Bremern talentierte Nachwuchsspieler aus dem Raum Ostfriesland, Papenburg und Wilhelmshaven zuführen.

Fechter-Arger

Tauberbischofsheim (sid) - Der Fecht-Mannschaftsweltmeister Arnd Schmitt und der Fechtclub Tauberbischofsheim haben sich getrennt. Man habe die finanziellen Forderungen Schmitts nicht erfüllen können, sagte Bundestrainer Emil Beck.

Nach Hannover verlegt

Hannover (dpa) - Die am 13. Oktober 1985 schwer gestürzte Rennreiterin Carola Frobel (22) wurde wegen überhöhter Leberwerte von Hameln nach Hannover verlegt. Nach ihrem Sturz hatte sie mehrere Wochen im Koma gelegen.

FUSSBALL / Die bange Frage bleibt: Wird es der National-Mittelstürmer noch bis Mexiko schaffen?

Rudi Völler fühlt sich nach seiner Operation erleichtert: „Der seelische Druck ist genommen“

BERND WEBER, Bonn

Der Rummel auf Zimmer 1214 in der Universitätsklinik von Löwen-Pellenberg in Belgien war beträchtlich. Sportfotografen aus ganz Deutschland waren angereist, um Bilder des am Montag nachmittag an der Leiste operierten Bremer Fußballstars Rudi Völler zu schießen. Zudem wurde er in pausenlosen Telefoninterviews um eine Beschreibung seines derzeitigen Zustands gebeten. „Mir geht es einigermaßen gut“, sagte Völler in einem Gespräch mit der WELT. „Ich habe die Nacht nach der Operation und auch den gestrigen Tag ziemlich schmerzfrei verbracht. Vor allem aber bin ich unendlich erleichtert darüber, daß das wochenlange Hin und Her um meine Verletzung beendet ist. Die Operation hat mir den seelischen Druck genommen, denn daß ich vorher alle Trainingsversuche abbrechen mußte, hat mich tief deprimiert.“

Der lange Leidensweg, den der Bremer antreten mußte, seitdem er am 23. November vergangenen Jahres in München durch ein böses Foul seines Nationalmannschafts-Kollegen Klaus Augenthaler von den Beinen geholt wurde, ist beendet. Jetzt

dreht sich alles um die Frage: Wie lange braucht Völler, um wieder spielfähig zu werden? Professor Marc Martens, der den einstufigen operativen Eingriff („Er verlief ohne Komplikation“) vorgenommen hat, schätzt, daß Völler in sechs bis acht Wochen wieder voll belastbar sein wird. Das bedeutet, daß Bundesligatabellenführer Werder Bremen seinen besten Stürmer in dieser Saison abschreiben kann. Trainer Otto Rehhagel: „So wird es sein, ich mache mir da keine Illusionen. Wir werden versuchen, auch ohne Rudi so gut wie eben möglich über die Runden zu kommen. Das ist uns in den vergangenen Wochen leidlich gelungen. Die Mannschaft darf sich jetzt nur nicht hängen lassen, dann schaffen wir das auch weiterhin. Ich muß allerdings zugeben, daß unsere Chancen, deutscher Meister zu werden, gesunken sind. Daß mir der Kaffee jetzt nicht mehr so richtig schmeckt, kann sich wohl jeder vorstellen.“

Die Bremer Betrübnis ist ein Aspekt, aber es stehen ja auch übergeordnete, sozusagen nationale Interessen auf dem Spiel. Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer, der von der Operation wäh-

rend einer England-Reise erfuhr, hatte Völler in den vergangenen Wochen immer wieder als einen seiner wichtigsten Spieler bei der Weltmeisterschafts-Endrunde in Mexiko bezeichnet, auf ihn könne man nicht verzichten. Beckenbauer gestern: „Noch bestehen ja durchaus begründete Hoffnungen, daß wir Völler dabei haben werden, andererseits müssen wir uns natürlich darauf einstellen, daß es nicht klappt. Also werden wir in den verbleibenden Freundschaftsspielen im Angriff experimentieren müssen. Rummeniggies Position ist unumstritten. Als zweite Sturmstärkung und damit als Alternative zu Völler bieten sich weiterhin die bekannten Namen an: Klaus Allofs, Littbarski, Gründel, Mill oder Waas.“

Daß er den zuletzt immer wieder ins Gespräch gebrachten Dieter Hoess nicht unbedingt für einen chancenreichen Kandidaten hält, hatte Beckenbauer schon vor dem Italien-Länderspiel mit dieser Bemerkung deutlich gemacht: „Wenn wir einen Brecher- und Aufreißertyp im Angriffszentrum mal kurzfristig brauchen würden, könnten wir doch auch Briegel mit nach vorn schicken.“

Franz Beckenbauer wurde von der

Nachricht, daß Völler nun operiert worden ist, nicht mehr sonderlich überrascht. Er selbst war es, der dem Stürmer einen Termin bei Bayern Münchens Vereinsarzt Dr. Müller-Wohlfahrt vermittelt hatte (was selbst die jetzt ein wenig eingeschnapten und sich übergangs fühlenden Bremer nicht wußten), und der wiederum hatte den Rat zur Untersuchung beim Leisten-Spezialisten Professor Martens gegeben.

DFB-Trainer Horst Köppel hat sich zur neuen Entwicklung ganz klar ausgesprochen: „Wenn Völler bei den letzten WM-Tests gegen Jugoslawien am 11. und gegen Holland am 14. Mai nicht zur Verfügung stehen sollte, werde ich dafür plädieren, ihn nicht mit nach Mexiko zu nehmen.“ Da liegt die Erfahrung der letzten Europameisterschaft in Frankreich zugrunde. Seinerzeit nahm Ex-Bundes-trainer Jupp Derwall den angeschlagenen Gerd Strack mit ins Aufgebot und konnte ihn kein einziges Mal einsetzen. Völler selbst meint: „Ich bin auch nur bereit, bei der WM zu spielen, wenn ich hundertprozentig fit bin.“ Seine Wechselpläne nach Italien hat er im übrigen auch erst einmal abgeschrieben.

STANDPUNKT

Neuerung

Fechten ist kompliziert, seine Handhabung unterscheidet sich je nach Waffentyp erheblich - der ungeliebte Zuschauer betrachtet jedenfalls oft verständnislos, was sich auf der Fechtplanke tut. Beim Degen-Fechten ist es am einfachsten. Leuchtet während des Gefechts ein grünes Lämpchen auf, weiß auch der Laie, daß Alexander Pusch einen Treffer erzielt hat. Leuchtet's rot, war der Gegner schneller. Glüh-ben beide Lämpchen, war's halt unentschieden. Auch beim Florett-Fechten, ebenfalls eine Stoßwaffe, macht man sich seit Jahren die Elektronik zunutze.

Bei den Hieben und Stößen des Säbelfechters hatte bislang das Auge des Schiedsrichters zu entscheiden. Manipulationen waren so möglich. Dies soll sich jetzt endlich ändern. Verschiedene elektronische Geräte werden bei internationalen Turnieren getestet. Die endgültige Entscheidung über die Einführung des elektrischen Säbels soll schon im Mai fallen. Für so manchen weniger erfolgreichen Säbelspezialisten wird zwar eine gem. zitierte Ausrede wegfallen, doch der fecht-interessierte Zuschauer wird die Neuerung dankbar registrieren.

JÖRG STRATMANN

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Boca West, Achtelfinale, Herren: Connors (USA) 6:1, 6:7, 7:5, Lendl (CSSR) - Arias (USA) 6:1, 7:5, Nystroem (Schweden) - Arraya (Peru) 6:4, 6:4, Edberg (Schweden) - Davis (USA) 6:2, 6:3, Forget (Frankreich) - Robertson (Südafrika) 6:3, 6:4, Roth (Schweiz) - Gumprecht (Schweden) 6:1, 7:5, Herren-Doppel, dritte Runde: Nystroem/Wilander (Schweden) - Curran/Denton (USA) 6:4, 6:4, Damen-Doppel, Achtelfinale: Fernandez/White (USA) - Graf/Tanvier (Deutschland/Frankreich) 6:2, 6:2, erste Runde: Graf/Sandwich (Deutschland/Spain) - Gonzalez-Smith (Paraguay/USA) 6:3, 6:4.

SEGELN

Weltmeisterschaft im Flying-Dutchman vor Rio de Janeiro, erste Wettfahrt: 1. Jörg und Eckart Dieck (Deutschland), 2. Turner/Allen (Großbritannien), 3. Eitzen/Dnoch, 4. Bart-zil/Wende (alle Deutschland).

SKI NORDISCH

Weltmeisterschaft der Junioren in Lake Placid, Nordische Kombination, Mannschaft: 1. Norwegen 1397,0 Punkte, 2. UdSSR 1181,14, 3. Deutschland (Thomas Donaubauer, Roland Schmidt, Martin Brummer) 1156,63, Finnland 1152,12, 5. „DDR“ 1142,82.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 486 789,60 Mark, 2: 177 817,00, 3: 5119,90, 4: 129,50, 5: 10,40, Toto: 1: 9833,80, 2: 437,60, 3: 41,10, 4: 4,45, 5: 245 886,50, 6: 3341,30, 7: 770,60, 8: 19,90, 9: 2,90, - Reisespieler: Reussen A: 1: 19,20, 2: 2,10, - Reussen B: 1: 210,80, 2: 70,20, - Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 250 498,00. (Ohne Gewähr)

TENNIS / Steffi Graf im Doppel ausgeschieden - Jimmy Connors als einziger Amerikaner noch dabei

Boris Becker fordert wieder Maurer als Doppelpartner

sid/dpa, Boca West
Steffi Graf schied beim Tennis-Turnier in Boca West im Doppel aus. Die 16jährige Heidelbergerin unterlag an der Seite der Französin Catherine Tanvier im Achtelfinale dem amerikanischen Duo Gig Fernandez/Robin White mit 2:6, 2:6. Im Einzel trifft sie in der Runde der letzten acht heute nacht auf die Amerikanerin Zina Garrison.

Die Niederlage gegen Fernandez/White konnte Steffi Graf allein nicht abwenden. Wenn sie auch nicht so überzeugend spielte wie bei ihrem 6:1, 6:4-Sieg im Einzel-Achtelfinale gegen Alycia Moulton (USA), so zeigte sie doch solides Tennis. Aber ihre französische Partnerin hatte einen rabenschwarzen Tag erwischt, so daß die Niederlage dementsprechend deutlich ausfiel.

Bei den Herren siegten die Schweden weiter. Stefan Edberg zog mit einem 6:2, 6:3 über Marty Davis (USA) ins Viertelfinale ein, während Joakim Nystroem den Peruaner Pablo Arraya 6:4, 6:4 bezwang. Im Viertelfinale stehen nun sieben Europäer - und der 33 Jahre alte Amerikaner Jimmy Connors, was auch den Niedergang des amerikanischen Herren-Tennis beweist.

Das 6:1, 5:7, 7:6 gegen den Franzosen Thierry Tulasne war nach den knappen Siegen gegen den Italiener Claudio Panatta und Mark Dickson (USA) bereits der dritte Dreisatz-Kampf in Folge des Welttranglistenvierten. Seine Frau Patty und sein Sohn Brad waren an dem Match gar nicht mehr interessiert. Sie unterhielten sich mit Pam Shriver - neben dem Stadion...

Nach dem Spiel meinte Connors: „Dieser Sieg stinkt mir, weil ich eigentlich 6:1, 6:2 gewinnen mußte. Aber dann habe ich nur noch Fehler gemacht. Doch vielleicht waren das auch nur die elf Jahre Unterschied zu Tulasne. Aber je enger die Matches werden, desto lockerer bin ich.“ Und dann: „Solche Siege sagen doch etwas über meinen Charakter aus. Offenbar spiele ich am besten, wenn der Druck am größten ist.“

„Die anderen stehen im Blickpunkt und haben die Schlagzeilen, wir gewinnen lieber unter Ausschluss der Öffentlichkeit“, leistete sich der Schwede Joakim Nystroem eine Anspielung auf den Rummel um Ivan Lendl, Jimmy Connors und vor allem Wimbledon-Sieger Boris Becker aus Leimen.

Becker machte auch nach seinem

sensationellen Ausscheiden gegen den Tschechoslowaken Milan Srejber weiterhin Schlagzeilen - und dies praktisch ohne Spiel. Denn für den Davis Cup vom 7. bis 9. März in Mexiko City forderte er plötzlich wieder den Neusser Andreas Maurer als Doppelpartner. Denselben Maurer, den Coach Günther Bosch nach dem Münchner Finale gegen Schweden als „Spieler ohne Zukunftsperspektive“ bezeichnet hatte. So schnell ändern sich die Zeiten und die Ansichten.

Im Doppel treffen Becker und sein jugoslawischer Partner Slobodan Zivjovic nunmehr auf den erfahrenen Polen Wojtek Fibak und den Amerikaner Matt Mitchell, die überraschend Ivan Lendl/Andres Gomez (CSSR/Ecuador) ausgeschaltet haben.

FUSSBALL / Spiel in Bochum wieder abgesagt

Einige Nachhol-Termine

sid/dpa, Bonn
Das frostige Winterwetter setzt der Bundesliga weiter zu. Auch gestern ging die Serie der Spielausfälle in der Fußball-Bundesliga munter weiter. Das für gestern abend angesetzte Nachholspiel zwischen dem VfL Bochum und dem 1. FC Köln mußte bereits zum dritten Mal abgesagt werden. Dichter Schneefall in Bochum machte das gefrorene Spielfeld im Ruhrstadion zu einer Rutschbahn. Dazu war die Sicherheit der Zuschauer auf den Zufahrtswegen nicht mehr gewährleistet.

Ein neuer Termin wurde noch nicht gefunden, erst am Freitag soll darüber verhandelt werden. Die Begegnung stammt noch vom 17. Spieltag aus der Hinrunde und wurde zuvor bereits am 30. November 1985 und am 18. Januar 1986 wegen Unbe-

spielbarkeit des Platzes nicht angepflegt.

Zumindest für einige der bislang ausgefallenen Spiele konnte Spielfeuer Hermann Schmaul aus Köln neue Termine bekanntgeben - wenn der Winter nicht wieder einen Strich durch die Rechnung macht:

25. Februar: Mannheim - Dortmund (19.30 Uhr), Köln - Mönchengladbach (20.00).

26. Februar: Uerdingen - Frankfurt (20.00), Hannover - Schalke (20.00), alles Spiele vom 23. Spieltag.

4. März: Bochum - Mannheim (20.00), vom 20. Spieltag.

1. April: Kaiserslautern - Mannheim (20.00), vom 22. Spieltag.

Noch ohne Termin sind die Begegnungen: Bochum - Köln vom 17. Spieltag und Saarbrücken - Stuttgart vom 23. Spieltag.

Die deutsche Automobilindustrie garantiert:

Die Zukunft gehört dem „sauberen Auto“

Schon in wenigen Jahren werden fast alle Autos schadstoffarm sein. Deshalb gehört die Zukunft dem „sauberen Auto“. Außerdem lassen sich so modernste Automobiltechnik und fortschrittliches Handeln sinnvoll verbinden.

Wir alle haben ein lohnendes Ziel: „Saubere Autos“ dienen uns und unserer Umwelt schon heute. Die reine Luft wird noch unseren Kindern zugute kommen. Ein „sauberes Auto“ bietet auch handfeste Vorteile: Es spart Kfz-Steuer, teilweise oder sogar

ganz. Es fährt mit preiswerterem Kraftstoff. Und ein „sauberes Auto“ hat auch beim Wiederverkauf eine bessere Zukunft. Lassen Sie sich von Ihrem Händler oder Ihrer Werkstatt zeigen, wie auch Sie fortschrittlicher fahren können.



Unser Fortschritt dient Mensch und Umwelt. Ihre deutsche Automobilindustrie.

OP Miss 1.50

Auch in diesem Jahr: mit Lufthansa zur Frühjahrsmesse nach Leipzig.



888 11100

Vom 16. – 22. 3. zweimal täglich ab Frankfurt. Am 15. und 23. 3. je einmal. Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.



Lufthansa



Sie finden uns in Halle 9, Stand 56.

Späth an die Adresse der ARD: Ernste Lage

Kommt es zu einem Gespräch der Union mit den Intendanten?

GERNOT FACIUS, Bonn
Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) steuert entgegen allen beschwichtigenden Erklärungen der Intendanten auf eine ernsthafte Gefährdung zu. Ministerpräsident Lothar Späth warnte den ARD-Vorsitzenden Willibald Hilf (Südwestfunk) in einem Gespräch am Montagabend eindringlich davor, die „Strapaziertheit“ der Regierungschefs zu überschätzen. Späth machte Hilf klar, daß die Einführung von Werbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks auch von ihm als der „Knackpunkt“ empfunden werde, wie gestern aus dem Stuttgarter Staatsministerium verlautete.

Das bedeutet: Die ARD soll sich intern darum bemühen, das Problem Hessen aus der Welt zu schaffen. Und: Das Satelliten-Programm „Eins Plus“ braucht eine Rechtsgrundlage. Setzt die ARD über einen von den Ministerpräsidenten tolerierten Versuchszeitraum hinaus die Ausstrahlung dieses „Kulturprogramms“ fort, ohne daß sich in der Frage der Hessen-Werbung etwas bewegt, riskieren die Sender-Chefs „Maßnahmen“ von Länderebene. „Nehmen Sie die Lage nicht leicht“, warnte Späth seinen Parteifreund Hilf.

Dem Stuttgarter Regierungschef schwelgt allerdings vor die Sache glücklich zu regeln. In einem Brief an seine Unions-Kollegen regte er an, vor der nächsten Konferenz der Länderregie-

rungschefs am 13. März mit der ARD-Führung zusammenzutreffen. In Stuttgart wird nicht verhehrt, daß die bundesweite Verbreitung der Dritten Programme, den Konflikt verschärfen könne. Sollte dieses Thema eine „Eigendynamik“ gewinnen, dann werde man die „Medienkraft“ Baden-Württemberg nicht vernachlässigen dürfen“, gab Späth dem Südwestfunk-Chef zu verstehen. Im Klartext: In einem solchen Fall müßte auch das Südwestprogramm über Satellit republikweit verbreitet werden.

Intendant Hilf sorgte unterdessen für weitere Aufregung unter den Medienpolitikern. Er plädierte im Branchenblatt „medien-telegramm“ für eine Aufhebung der Werbegrenze 20 Uhr. Sein Argument: ARD und ZDF erhielten dadurch einen viel größeren Spielraum für die Programmgestaltung. Auch die Befürchtung, daß Kinder der Werbung ausgesetzt seien, würde gegenstandslos. Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU, Dieter Weich, äußerte sich gegenüber der WELT verwundert darüber, auf welche „Gedankensakrobatik“ Vertreter des öffentlichen Rundfunks kommen. Bevor die Antworten neue Ideen zur Fernsehwerbung äußerten, sollten sie dafür sorgen, daß die eigenen Reihen wieder geschlossen werden. Wer für den Fortbestand der ARD eintrete, müsse „dafür auch einen eigenen Beitrag leisten, also das Problem Hessen lösen“.

„Das Reinigungsbad nach der Schlammswanderung“

DAG und CDA signalisieren Einvernehmen im 116-Streit

GÜNTHER BADING, Bonn
Für den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, ist die Unterbrechung mit dem Vorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) am Montagabend in einem Nebenraum des Köln/Bonner Flughafens zum „Reinigungsbad“ nach einer Schlammswanderung geworden. So jedenfalls formulierte der erste Mann der Sozialausschüsse seine Empfindungen bei dem „ruhigen und sachlichen“ Gespräch über den seit Monaten heftig umstrittenen Neutralitäts-Paragrafen 116 des Arbeitsförderungs-gesetzes (AFG). In einer gemeinsamen Erklärung Blüms und des DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt wurde denn auch in der wohl wesentlichsten Frage des Streits um die Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen Einvernehmen signalisiert.

Wörtlich heißt es in einer gemeinsamen Entschlüsselung: „Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Neutralitätsanordnung 1973 bei der Formulierung „nach Art und Umfang gleich“ nicht völlige Identität der Forderungen als Voraussetzung der Nichtgewährung von Kurzarbeiter-beziehungsweise Arbeitslosengeld gemeint hat.“

Blüm faßte die Interpretation dieses Absatzes in einem Interview des Deutschlandfunks gestern so zusammen: „Die DAG wie die CDA sind

sich darüber im klaren, daß der Gesetzgeber wie die Selbstverwaltung die Leistungen der Bundesanstalt im Streitverfahren ruhigen lassen sollte... und daß das dann der Fall ist, wenn die Forderungen nach Art und Umfang gleich sind.“ Dieser entscheidende Begriff dürfte nicht mit „identisch“ übersetzt werden, wie es die Sozialgerichte in Frankfurt und Darmstadt getan hätten.

Auf diese Urteile beruft sich derzeit die IG Metall, wenn sie verlangt, daß statt einer Klarstellung des 116 die Gerichtsverfahren abgewartet werden sollten. CDA und DAG seien gemeinsam der Meinung, daß der Gesetzgeber 1969 mit der jetzigen Version des Paragraphen 116 und auch die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit mit ihrer Anordnung aus dem Jahre 1973 keine Regelung wollten, die durch einen „Identitäts-trick“ durch die Gewerkschaften leicht auszuhebeln wäre.

Erwarte jetzt konkrete Vorschläge der wirklich an einer Verbesserung der Formulierungen im Gesetz-entwurf der Bundesregierung interessierten Arbeitnehmervertreter, gab Blüm zu verstehen. Bei den Abgeordneten des Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet man Präzisierungen im vorliegenden Text allerdings erst nach der Expertenanhörung zu Verfassungs-fragen im Zusammenhang mit dem 116 AFG in der kommenden Woche.

Sicherheitsgesetze: Vorschläge von Baum und Hirsch irritieren die Union

Datenauswertung bei Schleppnetz-fahndung soll erschwert werden / Expertenrunde unschlüssig

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Expertengespräche der Koalitionsparteien über die Gesetze zum fälschungssicheren Paß und Personalausweis sowie die sogenannte „Schleppnetz-fahndung“ sind mit der Vorlage eines für die Union unannehmbaren Formulierungsvorschlages durch die FDP-Abgeordneten Baum und Hirsch gestern zunächst in eine Sackgasse geführt worden. Zwar hatte sich eine Koalitionsrunde unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl im Beisein des FDP-Vorsitzenden Bangemann und des liberalen Fraktionschefs Mischick darauf verständigt, daß der ursprüngliche Zeitplan eingehalten und die Ausweisgesetze – einschließlich des umstrittenen § 163 d der Strafprozeßordnung – am Freitag verabschiedet werden sollen. In der gestrigen Expertenbesprechung allerdings kam der FDP-Abgeordnete Baum wieder auf seinen alten Vorschlag zurück, den § 163 d abzu-koppeln und die Ausweisgesetze allein zu verabschieden.

Unnachgiebige Haltung

Mit dieser Haltung hatte sich der Abgeordnete tags zuvor nicht einmal im Präsidium der eigenen Partei durchsetzen können. Der FDP-Vorsitzende Bangemann hatte nach der Sitzung vor der Presse ausdrücklich betont, daß die Vertreter seiner Partei, ohne Vorgaben und ohne Vorschläge in die auf einen Kom-

promiß zielenden Gespräche mit dem Koalitionspartner gehen würden.

Die Sicherheitsexperten – auf Seiten der FDP Baum und Hirsch, bei der CDU/CSU die Abgeordneten Mitter, Laufs und Fellner – unterbreiten am Vormittag ihre Besprechungen angesichts der unannehmbaren Haltung der beiden Liberalen und berichteten ihren jeweiligen Fraktions-vorständen. Die Fraktionschefs Dregger und Mischick hatten sich am frühen Morgen ohnehin zu einer Besprechung zum Thema gesehen. Auch nach diesem Versuch, durch Einschaltung der Fraktionschefs eine Annäherung herbeizuführen, mußten die Beratungen am Vormittag noch einmal unterbrochen werden.

Die FDP legte dann am Mittag einen Formulierungsvorschlag vor, der allerdings zum Entsetzen der Unions-abgeordneten in zahlreichen Punkten nicht hinter die bis dahin geäußerten Vorstellungen von Zulässigkeit und Form der sogenannten „Schleppnetz-fahndung“ zurückging. So wurde unter anderem eine Formulierung gewählt, die zwar die Speicherung von Daten beim automatischen Lesen des neuen Personalausweises zum Inhalt hat, nicht aber die Speicherung der bei der parallel stattfindenden herkömmlichen Ausweiskontrolle.

Außerdem sollte nach dem Willen der FDP-Abgeordneten allein die Identität der Person, Ort und Zeitpunkt der Kontrolle sowie ein

eventuell mitgeführtes Kraftfahrzeug gespeichert werden, nicht aber andere Identitätsmerkmale, wie sie bei der Fahndung nach einem Straftäter für die Polizei unerlässlich sind. Weiterhin sollte bei einer wegen Elbedürftigkeit von Staatsanwaltschaft oder Polizei angeordneten Schleppnetz-fahndung die Auswertung der angefallenen Daten erst nach der dann vorgesehenen nachträglichen richterlichen Bestätigung zulässig sein.

Plan fehlgeschlagen

Hätte also, weil Gefahr im Verzug war, die Staatsanwaltschaft oder die Polizei eine solche Fahndungsmaßnahme angeordnet, um möglichst rasch einen potentiellen Täterkreis zu erfassen, so wäre die Auswertung der Daten nach FDP-Vorstellungen erst dann möglich, wenn ein Richter die Sofortfahndung im Nachhinein bestätigt hat – im Zweifel erst drei Tage nach der Straftat.

Der ursprüngliche Plan, den beiden getrennt tagenden Koalitions-fraktionen eine beschlußfähige Formulierung am Nachmittag vorzulegen, die dann heute im Innenausschuß diskutiert werden sollte, schlug fehl. Am Abend wollten die Experten beider Seiten dann noch einmal eine höherrangige Koalitions-runde mit Fraktions- und eventu-uell auch Parteivorsitzenden einen Bericht geben.

NH-Mieter zahlen Zeche für unzulässige Spenden

Baukonzern verstößt gegen Gemeinnützigkeitsrecht

UWE BAHNSEN, Hamburg

Aus dem gemeinnützigen Unternehmensbereich des Baukonzerns Neue Heimat sind in den sechs Jahren von 1974 bis 1980 an die SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung Spenden in Höhe von mindestens 880 000 Mark geflossen. Mit dieser und anderen Zahlungen verstieß die NH eindeutig gegen das Gemeinnützigkeitsrecht.

Wie der Hamburger CDU-Bürger-schaftsabgeordnete und stellvertre-tende Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Neue Heimat, Karl-Heinz Ehlers, da- gestern in der Hansestadt mitteilte, hätten die NH-Konzernmutter und ihre Regionalgesellschaften von 1973 bis 1981 insgesamt etwa 2,3 Millionen Mark gezahlt, zu einem großen Teil seien die Zahlungen unzulässig gewesen. Die genaue Höhe der Spenden-lasse sich allerdings aus den Akten, die dem Ausschuß vorliegen, nicht er-mitteln. Die Unterlagen, die der Aus-schuß habe einsehen können, seien insoweit „bruststückhaft“ und beträ-fen nur bestimmte Zeiträume.

Die gesamten Spenden der Neuen Heimat, von denen auch zahlreiche nicht politische Institutionen profi-tierten, lagert erheblich über dem, was nach einem Erlaß zum Woh-nungsgemeinnützigkeitsgesetz er-laubt war. Spenden dürfen danach nur für Zwecke des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus gegeben werden und insgesamt nicht mehr als ein Pro-

zent des Bilanzgewinns ausmachen. Die Neue Heimat, so Ehlers, habe ge-gen beide Kriterien verstoßen. Die Spenden hätten nicht nur den Zwe-cken des Kleinwohnungsbaus nicht gedient, sondern sie hätten bei der Konzernmutter teilweise zwischen drei und elf Prozent und bei den Re-gionalgesellschaften 15 und mehr Prozent des Bilanzgewinns betragen.

Die Neue Heimat habe nicht direkt an die politischen Parteien – vor-nehmlich die SPD – gezahlt, sondern sich bei ihren Spenden in einer „Grauzone“ bewegt, indem sie zum Beispiel die Friedrich-Ebert-Stiftung bedachte oder „Kontaktsprache“ mit Gewerkschaften finanzierte. Da bei seinen häufigen Reisen und Bewirtungsaufwendungen geltend ge-macht worden, fuhr Ehlers fort, sei zu vermuten, daß auf diesem Wege als „Reisekosten“ getarnte Beträge an die SPD geflossen seien. Durch diese Spendenfähigkeit habe die Neue Hei-mat ihren Mietern „gemeinnützig-keitsrechtlich gebundenes Vermö-gen“ vorenthalten. Die Zeche für die-se unzulässige Spendenfähigkeit hat die Mieter der Neuen Heimat ge-zahlt, indem ihnen jahrelang zu hohe Mieten abverlangt worden seien.

Der CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau forderte in diesem Zusam-menhange die Friedrich-Ebert-Stif-tung auf, durch eine Rückzahlung der ihr zugeflossenen Spendenbeträge zur Sanierung des finanziell bedroh-ten Unternehmens beizutragen.

Diepgen will jetzt den Baudschungel lichten

H.-R. KARUTZ, Berlin

Mit einer Reihe von Vorschlägen zur Lichtung des Berliner Baudschungels, aber ohne die erwarteten politischen Perspektiven, die aus dem größten Berliner Nachkriegs-Skandal führen könnten, trat der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) gestern an die Öffent-lichkeit. Er kündigte mehr Durch-sichtigkeit bei der Bauförderung und auf anderen Feldern an. Zugleich soll in die zwölf Berliner Bezirksräthäuser, von denen zehn von der CDU beherrscht werden, mehr „Fach-kompetenz und Bürgernähe“ einziehen.

Nach der Senatsitzung legte Diepgen gestern einen Katalog von Maß-nahmen und Ankündigungen vor, die zum Teil eine völlige Abkehr von der bisherigen Baupolitik des Senats zum Inhalt haben. Diepgen sprach von „Verkrustungen“ im Baubereich, die durch die „räumliche Enge, die Grundstücksknappheit, die exponierte politische Lage der Stadt, die Struktur des Wohnungsmarktes, die veraltete Bauleitplanung und das immer komplizierter und unübersichtlicher gewordene Baurecht“ bedingt gewesen seien. Diese Verkrustungen müßten jetzt „aufgebrochen“ werden.

Während es bisher ausdrückliche Baupolitik der CDU/FDP-Senats war, privaten Bauträgern mehr Chancen als früher einzuräumen und sie an Projekten zu beteiligen, soll nun ge-prüft werden, ob – wie früher zu SPD/FDP-Zeiten üblich – wieder die

städtischen und gemeinnützigen Ge-sellschaften stärker am Bauwesen partizipieren sollen. Die bisherige Haltung der CDU-Bausenatoren, bei-spielsweise Generalunternehmer da-von zu befreien, ihre Preiskalkulation offenzulegen, soll nun rückgängig ge-macht und diese Unternehmen – sie beherrschen weitgehend den privaten Berliner Bau-Markt – angehalten werden, ihre Schlußrechnungen offenzulegen.

Diepgen kündigte zudem an, daß künftig alle Entscheidungen, bei de-nen Befreiungen vom Baurecht er-teilt werden, bekanntgemacht werden sollen. Bei einem der jüngsten Bauprojekte des bestechungsver-dächtigen Bauträgers Kurt Franke, der dem inhaberlosen Baustadtrat Jörg Hermann (CDU) Geld gegeben haben soll, spielen Ausnahmegenehmigungen der Senatsbauverwaltung eine wichtige Rolle.

Inzwischen stellten CDU, FDP und SPD den Arbeitsauftrag für den sie-benkörperigen parlamentarischen Un-ter-suchungsausschuß fertig, der am 27. Februar eingesetzt wird. Die AL-Fraktion dürfte den Antrag ebenfalls unterstützen, weil sie sonst als Mi-norität im Ausschuß weder eigene Stellen könnte. Auf Drängen der SPD wurde die bisherige Liste von 18 auf-klärungsbedürftigen Bauprojekten auf 35 erweitert.

Die parlamentarische Aufklärungsarbeit dürfte sich bis weit in Berlins Jubiläumsjahr 1987 erstrecken.

Frau Aquino ruft zu „nationalem Protesttag“ auf

dpa, Manila

Vertreter aus Privatwirtschaft, Opposition und katholischer Kirche auf den Philippinen haben nach Presseberichten ein Komitee gegründet, um die landesweiten Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ gegen die Re-gierung von Präsident Ferdinand Marcos zu koordinieren.

Oppositionsführerin Corazon Aquino, die nach eigener Einschät-zung klarer Wahlsieger ist und Marcos Wahlbetrug vorwirft, hat zu ei-nem „nationalen Tag des Protestes“, zu Verzögerungen bei der Zahlung von Abgaben sowie zum Boykott von Banken, Zeitungen und großen Fir-men aufgerufen, die im Staatsbesitz sind oder von Marcos-Vertrauten ge-leitet werden.

Mehrere Lehrerorganisationen kündigten an, daß ihre 50 000 Mitglie-der vom nächsten Montag an in den Streik treten wollen, um gegen die für den 25. Februar vorgesehene Vereidi-gung von Marcos zu protestieren.

Die Tageszeitung „Malaya“ in Ma-nila will keine Anzeigen mehr aufneh-men von den Firmen, die im Boy-kott-Aufruf namentlich erwähnt sind. Die Zeitung „The Manila Times“ zi-berie gestern eine Reihe von Ange-stellten aus den Banken mit Berich-ten über die Zahl der Kunden, die ihre Konten auflösten oder ihre Spar-gelder abhoben. „In den meisten un-serer Filialen gab es am ersten Tag des Boykotts starke Rückzahlungen“, habe ein Angestellter der Commercial Bank of Manila gesagt.

Jetzt werden Tamlen über Prag nach Bayern geschleust

Ohne Anschlußvisum der Bundesrepublik Deutschland

WERNER KAHL, Bonn

Auf dem bayerischen Grenzbahn-hof Schirmding wurden Zoll und Bun-desgrenzsicherungs von einer neuen Asy-lanten-Schleusung überrollt. Aus dem Schnellzug D 250 von Prag nach Nürnberg stieg am 4. Februar um 16.42 Uhr, wie erst jetzt bekannt wurde, eine Gruppe von Tamlen, denen es gelungen war, West-Berlin zu um-gehen. Beim Eintreffen in Schirmding wußten sich die Tamlen gegen die Gefahr sofortiger Zurückweisung an den gegenüberliegenden tschechoslo-wakischen Grenzbahnhof zu schüt-zen: Unter Aufsicht eines Soester Rechtsanwaltes, der die Gruppe er-wartet hatte, stellten sie sofort Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Pässe, die von den Asylanten vorgezeigt wurden, enthielten Trans-visa der CSSR. Nach Erkenntnissen der zuständigen Stellen handelte es sich um eine perfekt organisierte Ein-schleusung auf kommerzieller Basis: An diesen Asylbewerbern verdienen offensichtlich sowohl Einheimische in Sri Lanka als auch die örtlichen staatlichen Fluggesellschaften Aero-flot, Interflug und tschechoslowaki-sche Botschaftsangehörige in Südost-asien.

Die Gruppe war nach eigenen An-ge-ben aus der Inselhauptstadt Co-lombo gekommen. In Zeitungsan-ge-ben hatte ein Reisebüroveranstalter aus Sri Lanka namens Sivanesan für Fahrten nach Westeuropa geworben. Bei ihm meldete die Gruppe – vier Männer, zwei Frauen und ein Kind – den Wunsch an, in die Bundesre-publik Deutschland zu reisen. Pro ge-wachsene Person mußte jeder 33 000 Rupien (etwa 3300 Mark) zahlen. Die Sichtvermerke erhielten sie von der CSSR-Botschaft in Bangun/Birma. Sie galten für einen dreitägigen Auf-enthalt in der Tschechoslowakei.

Am 22. Januar verließen die Tamlen auf dem Luftweg Bangkok. Nach der Landung auf dem „DDR“-Zen-tralflughafen Berlin-Schönefeld woll-ten die Tamlen zunächst über den innerstädtischen Ost-Berliner Grenz-kontrollpunkt Bahnhof Friedrichstra-ße direkt nach West-Berlin, um dort Asyl zu beantragen. Die Ausreise in den Westteil wurde ihnen jedoch ent-sprechend den Zusagen der Ost-Ber-liner Behörden an Bonn nicht gestat-tet. Daraufhin reiste die Gruppe über Frankfurt/Oder nach Warschau.

Am 25. Januar trafen die Tamlen in Prag ein. Die tschechoslowaki-schen Behörden verlängerten das Transitvisum der Rangunter Bot-schaft bis zum 4. Februar. An diesem Tag meldeten sich die angeblichen Touristen als Asylbewerber in Schirmding. Gelingt es der Bundes-regierung, in Kontakten mit der CSSR diesen Weg insoweit zu sperren, daß künftig ein Visum nur erteilt wird, wenn ein Anschlußvisum der Bun-desrepublik Deutschland vorliegt?

Allianz  Firmenversicherung

Wir leisten eine Menge für Sie.

Als Unternehmer sind Sie daran gewöhnt, sich auf das Wesent-liche zu konzentrieren. Dazu gehören ungestörte Betriebsabläufe.

Die Frage ist nur: Wer ist dafür Ihr richtiger Partner?

Wir können Ihnen darauf eine gute Antwort geben: der Allianz Risiko Service.

Denn wir von der Allianz zahlen nicht nur für Schäden, sondern wir analysieren sie auch, forschen nach ihren Ursachen

Abrufbereit für Ihre tägliche Arbeit:

Name _____
Firma _____
Straße _____
Ort _____



und entwickeln daraus Empfehlungen zur Schadenverhütung. So können Schäden vermieden, zumindest aber in Grenzen gehalten werden. Das trägt nicht zuletzt dazu bei, daß Ihr Versicherungsschutz preisgünstig bleibt.

Risiken ermitteln, versichern und überprü-fen: Das ist unser Konzept, das eine Menge für Sie leisten kann.

Allianz 
Firmenversicherung

Das Konzept gegen halbe Sachen.

Allianz Versicherungs-AG
Firmenversicherung, Königsplatz 28,
8000 München 44, Tel. (0 89) 38 00-21 31

Hindernis System 12

nl. - Man stehe vor einem Siegeszug am Weltmarkt. Derlei vollmundig gab man sich unlängst noch bei der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) im Hinblick auf die Marktperspektiven für das im ITT-Verband, hier aber maßgeblich vom Stuttgarter Tochterunternehmen SEL entwickelte „System 12“. Inzwischen dürfte sich merklich Rauhreif auf die so überschwellige Perspektive für dieses digitale Vermittlungssystem für Sprache und Daten, bei dem man sich im Verdrängungswettbewerb mit einer Reihe ähnlicher Systeme anderer Anbieter befindet, gelegt haben. Denn von der SEL-Konzernmutter, der ITT-Corporation, New York, wurde kurzerhand mitgeteilt, sie wolle ihr Vorhaben aufgeben, das digitale Vermittlungssystem „System 12“, dessen Entwicklungsaufwand sich in Milliarden-Größenordnung bewegt, an die Erfordernisse des amerikanischen Marktes anzupassen.

Mit anderen Worten: ITT kam mit diesem System auf jenem größten Markt der Welt für Telekommunikation zu spät. Die Konkurrenz – allen voran AT & T – hatte die Nase vorn. Daß man in diesem wichtigen wachstumssträchtigen Bereich in Amerika das Handbuch werfen mußte, kann die ITT-Firmengruppe und damit auch SEL nicht unbeflügelt lassen. Zwar lassen sich von

den europäischen ITT-Firmen durchaus einige Verkaufserfolge vorweisen. Doch der erhoffte große Durchbruch ist dies kaum. Nicht zuletzt müssen sich die europäischen ITT-Gesellschaften und damit auch die SEL gefallen lassen, einmal mehr durch die Spekulationsmühle in puncto möglicher Unternehmensveräußerungen gedreht zu werden.

Heimwerker

sas. - Die Kunden von Heimwerker- und Baumärkten dürfen sich freuen. Um ihr Wohlergehen sorgen sich die in der Arbeitsgemeinschaft Do-It-Yourself zusammengeschlossenen Anbieter, die nach eigenen Angaben rund 80 Prozent des Baumarktsortiments repräsentieren. Durch die aggressiven Billigpreisstrategien einiger großräumiger Baumärkte, so klingen Branchen Sprecher vor der Internationalen Eisenwarenmesse in Köln, werde das Do-it-yourself in weiten Kreisen der Bevölkerung „zu einem billigen Konsumgut degeneriert“. Die uneigennütigen Anbieter wollen deshalb dem mit dem Selbermachen verbundenen „Schaffen von mehr Wohnqualität und soliden Werten sowie sinnvoller Freizeitgestaltung“ durch höhere Preise zu einem „besonderen psychologischen Stellenwert“ verhelfen. Auch wenn man dieser Begründung ganz sicher nicht die Originalität absprechen muß: Ob sie der Verbraucher, dem es an den knappen Geldbeutel geht, einleuchtet, ist mehr als fraglich.

Schmerzgrenze

Von CLAUD DERTINGER

So ganz genau vermag es niemand zu sagen, wo „an der Kaufkraft gemessen“, der „richtige“ Dollarkurs liegt. Aber soviel ist wohl klar: Nach dem Sturz um ein Drittel von seinem vor einem Jahr erreichten Gipfel (3,47 Mark) auf jetzt 2,36 Mark hat sich der Wert der amerikanischen Währung an den Devisenmärkten wieder in einigermaßen realistischen Gefilden angesiedelt. Natürlich kann niemand ausschließen, daß der Dollarkurs noch weiter zurückgeht. Auch ein Kurs von 2,20 Mark würde sicherlich noch keine Unterbewertung der US-Währung signalisieren.

Für die deutsche Wirtschaft stellt sich jetzt die Frage, welchen weiteren Dollarkurs sie noch verkraften kann. Die bisherige Dollarkursbewertung hat die Exportwirtschaft, die ihre Verkäufe in die USA zu 35 Prozent in Dollar fakturiert, zweifelslos noch ganz gut überstanden, wenngleich sie mehr und mehr auf wechselkursbedingte „windfall profits“ verzichten mußte.

Das spiegelt sich deutlich darin, daß die deutschen Exporte in die USA, die im ganzen letzten Jahr dem Wert nach noch um 18 Prozent gestiegen waren, im letzten Quartal nur noch um ganze drei Prozent (gegenüber dem vierten Quartal 1984) zugenommen haben. Für diesen Verlust an Dynamik im Amerikageschäft konnten die deutschen Unternehmen, wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht anmerkt, auf den europäischen Märkten bisher keinen vollen Ausgleich finden.

Nach dem Wegfall der unübertroffenen Preisvorteile bei Exporten in den Dollarraum wird es für die deutsche Exportindustrie sicherlich schwieriger werden, Marktanteile zu behaupten oder gar hinzuzugewinnen. Aber das bedeutet noch lange kein „Aus“ für die deutschen Exportanstrengungen, über deren Erfolg ja nicht allein die Preise, sondern mindestens ebenso Qualität und Zuverlässigkeit des „Made in Germany“ entscheiden.

Zwar konnte die deutsche Exportwirtschaft Ende der siebziger Jahre auch mit Dollarkursen von unter zwei Mark leben, doch müßte man wohl mit Fraktionen rechnen, wenn die US-Währung jetzt sehr rasch auf ein der-

art unterbewertetes Niveau abrutscht. Zum Glück besteht aber für derartige Befürchtungen kein Anlaß.

Allerdings sieht man in der Wirtschaft die „Schmerzgrenze“ bereits viel früher als erreicht an. In diesem Zusammenhang werden Dollarkurse von etwa 2,30 Mark genannt. Und es werden Forderungen laut, daß etwas getan werden müsse, damit es gar nicht erst so weit kommt. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Man darf wohl daran zweifeln, daß die Bundesbank eine langsame Marktaufwertung gegenüber dem Dollar mit Devisenmarktinterventionen verhindern würde.

Die Frankfurter Währungshüter könnten freilich ein anderes Instrument einsetzen, nämlich eine Zinssenkung, die sich mittlerweile ohnehin anbietet, nachdem sich eine solche Tendenz, ausgehend von den USA, am Kapitalmarkt in der allerjüngsten Zeit wieder verstärkt hat. Niedrigere Zinsen wären in der Bundesrepublik zudem nicht nur unter wettbewerbspolitischen Aspekten angebracht, wenn der Dollar die „Schmerzschwelle“ erreicht, sie paßten auch wegen der jetzt erreichten hervorragenden Preisstabilität gut in die Landschaft.

Dabei darf freilich nicht verschwiegen werden, daß die Preisstabilisierungsfortschritte gerade in den letzten Monaten, in denen die Geldentwertungsrate unter die Zwei-Prozent-Marke gesunken ist, zu einem erheblichen Teil der Marktaufwertung und der Energieverbilligung zu verdanken ist. Sie ist also nicht, wie es Politiker verständlicherweise zu suggerieren versuchen, allein mit großen Anstrengungen der Finanz- und Geldpolitik „verdient“ worden.

Deswegen kann man die abwärts gerichtete Geldentwertungskurve auch nicht einfach in die weite Zukunft fortschreiben. Durch solche Betrachtungen braucht man sich freilich die Freude an der Geldwertstabilität nicht verderben zu lassen. Und um noch einmal auf den Dollar zurückzukommen: Sein Kursrückgang hat, wie man sieht, nicht nur Nachteile, wie manche Zeitgenossen vermuten, sondern auch Vorteile. Und die überwiegen bislang ganz eindeutig.

BUNDESBANK / Die deutsche Wirtschaft bewegt sich in einem flotten Tempo

Inlandsnachfrage entwickelt sich zum Hauptmotor der Konjunktur

cd. Frankfurt
Die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuersenkungen und die drastischen Preisrückgänge am Mineralölmarkt haben den Spielraum für eine anhaltende Ausweitung der Inlandsnachfrage, die sich bereits in den letzten Monaten zum Hauptmotor der Konjunktur entwickelt hatte, wesentlich vergrößert. Das schreibt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht. Gleichzeitig korrigiert die Notenbank aufgrund des Ölpreiserfalls ihre bisherige Prognose sinkender deutscher außenwirtschaftlicher Überschüsse.

Die Realeinkommen der privaten Haushalte werden nach Meinung der Bundesbank vom Ölpreiserückgang noch stärker profitieren als von der auf 11 Milliarden Mark geschätzten Steuersenkung. Auch für die Unternehmen bringe die Überbilligung eine Entlastung. Schon im vierten Quartal 1985 haben die steigenden, in ihrer realen Kaufkraft nicht mehr durch steigende Preise geschmolzenen Einkommen der privaten Haushalte maßgeblich dazu beigetragen, daß sich der private Verbrauch neben den Investitionen zu einem tragenden Element der Binnenkonjunktur entwickelt hat, analysiert die Bundesbank. Die privaten Verbrauchsausgaben, die nominal um fünf und real um 3,5 Prozent höher waren als im vierten Quartal 1984, wiesen den stärksten Anstieg seit fünf Jahren auf. Von der Einkommensentwicklung wäre, so die Notenbank, sogar eine noch deutlichere Expansion möglich gewesen.

Der deutschen Konjunktur beschleunigt die Bundesbank einen recht flotten Gang bei weitgehend stabilen Preisen. Mit einer auf Jahr hochgerechneten dreiprozentigen Produktionssteigerung seit dem letzten Herbst, die bei einer abnehmenden Bevölkerung erzielt wurde, könne die Bundesrepublik durchaus mit anderen großen Industrienationen mithalten, in denen die Bevölkerung zunehmend und die deshalb eine vergleichbare Wachstumsrate viel leichter realisieren könnten. Pro Kopf gerechnet lag die Produktionszunahme in der Bundesrepublik während der letzten drei Jahre mit 3,5 Prozent pro Jahr gleichauf mit den USA und Japan, rechnet die Bundesbank vor, die gleichzeitig darauf hinweist, daß die Bevölkerungsschrumpfung den Expansionspielraum der Nachfrage begrenzt.

Mit der Produktionssteigerung habe die Kapazitätsauslastung fast ihren Höchststand vom letzten Konjunkturaufschwung (1979/80) erreicht; in manchen Bereichen des Investitionsgüterbereiches wie Maschinenbau, Büro- und Datentechnik sowie Feinmechanik und Optik habe sie sogar darüber gelegen.

Wie sehr sich die Konjunkturimpulse im Laufe des letzten Jahres

von der Auslandsnachfrage zur Inlandsnachfrage verlagert haben, belegen diese Zahlen: Im vierten Quartal wurden im Inland 5,5 Prozent mehr Güter abgesetzt als vor einem Jahr, während die Ausfuhr nur noch um drei Prozent zunahm. Die größte Nachfragedynamik sei von den Ausfuhrinvestitionen gekommen. Die lebhaften Investitionen während der vergangenen Monate lasse schon heute für das laufende Jahr eine weiterhin gute Investitionsgüterkonjunktur erwarten.

Bei den öffentlichen Haushalten rechnet die Bundesbank mit einer stärkeren Ausgabenexpansion. Als Ergebnis der jüngsten Tarifverträge benötigten vor allem die Länder für Personalausgaben erheblich höhere Mittel als veranschlagt. Dadurch und durch die Steuersenkung werde der Rückgang der staatlichen Defizite fürs erste unterbrochen.

Im außenwirtschaftlichen Bereich dürfte sich die deutsche Überschussposition nach dem drastischen Preisrückgang am Mineralölmarkt nach dem Urteil der Bundesbank entgegen der bisherigen Annahme wieder vergrößern; auch die Leistungsbilanzen der anderen ölexportierenden Länder würden sich deutlich verbessern. Die vom Export her eingeleitete Korrektur des hohen Leistungsbilanzüberschusses, die von der Importverbilligung verdeckt wurde, werde sich nicht fortsetzen.

AUF EIN WORT



„Es mutet widersinnig an, an die Risikobereitschaft der Wirtschaft zu appellieren, gleichzeitig aber die Fähigkeit zum Risiko quasi wegzusteuern, indem durch zu hohe Steuern die Eigenkapitalbasis – das Risikokapital – geschmälert wird.“

Günter Berendt, Finanzsenator des Senats von Berlin. FOTO: DNEWELT

Verkehr profitiert vom Aufschwung

dpe/VWD, München
Von dem erwarteten Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr werden nach einer Prognose des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung alle Verkehrsträger profitieren. Beim öffentlichen Personennahverkehr werden die Fahrgastzahlen erstmals seit 1981 wieder steigen. Der motorisierte Individualverkehr kann mit sinkenden Kraftstoffpreisen und einem überdurchschnittlich hohen Bestand an Fahrzeugen rechnen. Beim Güterverkehr werden 1986 besonders der Ferntransport auf den Straßen und der Luftfrachtverkehr von der weiterhin guten Investitionsgüter- und Außenhandelskonjunktur begünstigt.

EG-AUßENHANDEL

Brüssel will weiter Druck auf die Japaner ausüben

Ha. Luxemburg
Die EG will weiterhin Druck auf Japan ausüben, seinen Markt für europäische Erzeugnisse zu öffnen, von handelspolitischen Drohgebärden jedoch absehen. Dies hat gestern eine Aussprache der Wirtschaftsminister der Gemeinschaft ergeben.

Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten plädiert dafür, zunächst einmal den für Anfang Mai geplanten Weltwirtschaftspakt abzuwarten, bevor über etwaige neue Maßnahmen zur Milderung des Ungleichgewichts im Handel nachgedacht wird. Die Anregung, schon jetzt Zugeständnisse in der bevorstehenden Gatt-Runde von größeren japanischen Einfuhren abhängig zu machen, stieß auf deutschen und holländischen Widerstand.

Die Bundesregierung hält auch nichts von dem Vorschlag, Japan die Aufstellung quantitativer Einfuhrzölle zu verweigern.

ABFALLBESEITIGUNG

Die Industrie hat Bedenken gegen Zimmermanns Pläne

Go. Bonn
Vor zu starken behördlichen Eingriffen in unternehmerische Entscheidungen über die Abfallbeseitigung hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gewarnt. Anerkennungswert sei zwar das Bemühen, mit der vierten Abfallbeseitigungsnovelle, die im März vom Bundestag verabschiedet werden soll, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Abfälle künftig vorrangig stofflich oder energetisch verwertet und erst in zweiter Linie abgelagert werden.

Für bedenklich hält der BDI aber die vom Bundesinnenministerium erarbeitete Konzeption zur „Technischen Anleitung Abfall“ (TA Abfall), für die die Abfallbeseitigungsnovelle die gesetzliche Grundlage darstellen wird. Die TA Abfall berge nämlich die Gefahr in sich, daß in das sogenannte „Beststoff-Management“ der

le nahezu liegen, der besonders von Frankreich, Italien und Spanien unterstützt wird. Japan sei schließlich kein Staatsdiktator, hieß es dazu in Luxemburg.

Im übrigen habe Tokio die Forderung bei den jüngsten Konsultationen mit der EG-Kommission bereits abgelehnt. Ein Bericht der Kommission über diese Gespräche erkenne an, daß sich die japanischen Behörden zunehmend der Probleme bewußt seien, die durch die ungleiche Handelsentwicklung entstanden sind.

Nach langen Verhandlungen konnte sich die EG über einige Handelszollgeständnisse an die EFTA-Länder einigen. Die sind durch den Beitritt Spaniens und Portugals notwendig geworden, in dessen Gefolge die Zölle zwischen Spanien und der EFTA abgebaut werden sollen.

Unternehmen, also die betriebliche Reststoffverwertung, eingegriffen werde. Die in einer Verwaltungsvorschrift festgeschriebenen technischen Ideallösungen trügen weder der im Einzelfall erforderlichen technischen noch der wirtschaftlichen Flexibilität ausreichend Rechnung.

Die Tendenz zu einer hohen „Regulierungsdichte“ zeige sich auch in der beabsichtigten starren Zuweisung bestimmter Abfallarten an bestimmte Entsorgungsmethoden. Dies würde den sich tatsächlich im Einzelfall bietenden Alternativen nicht gerecht und die Einführung neuer Behandlungs- und Verwertungsverfahren für Abfälle erheblich behindern.

Der BDI, der bei der Erarbeitung der TA Abfall mitwirkte, erwartet, daß der industrielle Sachverstand von der Bundesregierung auch wirklich genutzt werde und nicht nur als Kooperationsalibi diene.

WIRTSCHAFTSLAGE

Bonn lehnt eine Steuer auf Ölimporte entschieden ab

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Entschieden lehnt das Bundeswirtschaftsministerium Forderungen nach einer Ölimportabgabe oder entsprechende Steuererhöhungen ab. Diesem Verlangen liege die trügerische Hoffnung zugrunde, heißt es in einer Ausarbeitung, damit könne eine Verstärkung der Ölpreisentwicklung erreicht und die Verbraucher zu weiteren Energie-Einsparungen veranlaßt werden.

Das Ministerium weist darauf hin, daß die durch zwei Ölkrisen ausgelösten nachhaltigen Veränderungen der Energieversorgungsstruktur – der Anteil des Öls am Primärenergieverbrauch ist seit Anfang der 70er Jahre von 55 auf 42 Prozent gesunken – langfristig angelegt und weitgehend durch Investitionen abgesichert seien. Die Erfolge bei der rationalen Verwendung von Energie beruhten in erster Linie auf Investitionen, die nicht rückgängig gemacht werden. Durch ein stärkeres Wachstum und erhöhte Investitionen würde der Ersatz veralteter energiesverschwendender Produktionsanlagen beschleunigt. Unternehmen und Verbraucher richteten ihre Entscheidungen an den langfristigen Preisverläufen und an den Risiken für die Versorgung aus. Risiken bestünden – wie der Nahe Osten zeigt – nach wie vor.

Fazit des Ministeriums: „Die positiven gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen niedrigerer Energiepreise sollten voll zum Tragen kommen.“ Dadurch werde die wirtschaftliche

Dynamik dauerhaft gestärkt. Gegen staatliche Eingriffe sprechen nach Ansicht des Ministeriums:

- Eine Abschöpfung der Ölpreissenkung setzt falsche Signale.
- Eine Ölimportsteuer würde zu einer wirtschaftspolitisch unerwünschten Anhebung der Steuerquote führen.
- Nichts spricht dafür, daß der Staat über eine Ölabgabe besser als der Markt die positiven gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des Ölpreiserückgangs für die Volkswirtschaft sichern kann.
- Staatliche Abgaben laufen auf eine Übernahme von Mitverantwortung für die künftige Entwicklung der Ölpreise hinaus. Der Ruf nach weltweiter Abstimmung der Mineralölströme und -preise könnte sich verstärken.
- Staatliche Abgaben auf Öl belasten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik, vor allem gegenüber solchen Ländern, die nicht so stark auf Importe angewiesen sind.
- Importabgaben schüren den Protektionismus. Zölle und Grenzabgaben wären nur EG-weit möglich. Da die Bundesrepublik bei Rohöl im Gatt vertraglich zur Zollfreiheit verpflichtet ist, müßten Kompensationen als Ausgleich angeboten werden. Da einige Länder nur Öl anbieten, wäre dieses faktisch nicht möglich. Es komme vor allem darauf an, daß durch einen wirksamen Wettbewerb die Preisreaktionen an die Endverbraucher weitergegeben werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Trotz der von der Bundesregierung verfolgten Privatisierungs- und Beteiligungspolitik war der Bund entweder selbst oder über seine Sondervermögen (Bahn, Post) an 169 Unternehmen unmittelbar und an 374 mittelbar beteiligt. Ein Schwerpunkt der Bundesbeteiligung liegt im industriellen Bereich.

Bund senkt erneut die Rendite für Obligationen

Bonn (dpa/VWD) - Die Renditen für Bundesobligationen sinken weiter auf 6,01 Prozent. Wie das Bundesfinanzministerium gestern mitteilte, wird der Kurs der 6,25-Prozent-Obligationen (Serie 60/1986) mit Wirkung von diesem Mittwoch an von 100,8 Prozent auf 101 Prozent heraufgesetzt. Dadurch verringert sich die Rendite erneut. Letzte Woche hatten die Bundesobligationen noch 6,13 Prozent abgeworfen.

Großhandelspreise gefallen

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im Januar erneut gefallen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ging der Index der Großhandelspreise von Dezember 1985 bis Januar 1986 um 0,1 Prozent auf 115,1 Punkte (1980 gleich 100) zurück. Gegenüber Januar 1985 beträgt der Preisrückgang 1,9 Prozent.

Verpackungs-Richtlinie

Luxemburg (VWD) - Die Bundesrepublik Deutschland hat die Gemeinschaftlichen Richtlinien 81/697 und 82/732 über die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe noch nicht in deutsches Recht übernommen. Der entsprechende Termin ist am 31. Dezember 1985 ausgelaufen. Die EG-Kommission hat nunmehr die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt (Az.: RS 286).

Weniger Strom verbraucht

Bonn (Go.) - Der hohe Stromverbrauch während der Kälteperiode im Januar 1985 ist in diesem Januar deutlich unterschritten. Wie die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) nach ersten Erhebungen gestern mitteilte, war der Verbrauch aus dem öffentlichen Versorgungsnetz im Januar 1986 mit rund 32,6 Milliarden Kilowattstunden (kwh) um 5,5 Prozent geringer als im vorjährigen Vergleichsmonat.

Ausreichende Zuteilung

Frankfurt (ed.) - Die Bundesbank hat auf das zum Festzins von 4,5 Prozent ausgeschriebene Wertpapieremissionsgeschäft 6,6 Mrd. DM per heute mit Fälligkeit am 19. März zugeleitet.

Mitbestimmung notwendig

Kassel (rtf) - Die Anwendung von Kleinzeitschreibern, mit denen die von Arbeitnehmern gefertigte Stückzahl und der dafür benötigte Zeitaufwand registriert werden, und die Anwendung von Zählwerken unterliegen nach einer vom Bundesarbeitsgericht (BAG) verkündeten Entscheidung der Mitbestimmung des Betriebsrates. (Az. 1 ABR 21/84).

Staatsindustrie geordnet

Wien (dpa/VWD) - Die österreichische Koalitionsregierung hat eine Reorganisation der staatlichen Industrie beschlossen. Dadurch soll eine Sanierung der mit schweren Verlusten arbeitenden Schwerindustrie und eine Entpolitisierung der Geschäftsführung erzielt werden. Die Regierung wird vermutlich Anfang März dem Parlament ein Gesetz vorlegen, das dem Minister für die Verstaatlichte Industrie das Recht übertragen soll, die Mitglieder des Aufsichtsrates der Holding unter Ausschaltung des bisherigen Parteiparates nur nach fachlichen Qualifikationen zu bestellen.

Förderhöchstgrenze

Bonn (Go.) - Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat sich gestern für eine Anhebung der Förderhöchstgrenze bei der Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums auf 300 000 Mark ausgesprochen. Nachdem sich hierauf zunächst auch die Koalitionsparteien geeinigt hatten, hat der Finanzausschuß des Bundestages diesen Betrag – unter Einbeziehung der Grundstückskosten – auf 250 000 Mark verringert.

Konditionen festgelegt

Frankfurt (DW) - Die Dresdner Bank hat die Konditionen für die bereits angekündigte 400 Mill. DM-Inlandsanleihe festgelegt: Laufzeit 10 Jahre, Zinssatz 6,5 Prozent, Emissionspreis 130 Prozent. Je 1000 DM Optionsanleiheverschreibungen werden zwei Optionsverschreibungen zum Bezug von insgesamt fünf Aktien beigelegt.

EISENWARENMESSE

Exportaussichten werden 1986 verhaltener beurteilt

sas. Köln

Die Hersteller von Werkzeugen, Schloßern, Beschlägen sowie Bau- und Heimwerkerbedarf hoffen darauf, 1986 erstmals wieder von der Konjunkturbelastung im Inland zu profitieren. Dies machten Branchensprecher im Vorfeld der Internationalen Eisenwarenmesse in Köln (2. bis 5. März), auf der rund 1900 Aussteller, davon fast die Hälfte aus dem Ausland, erwartet werden, deutlich. Die Zuversicht stützt sich auf die zufriedenstellende Auftragslage zu Beginn des Jahres. Etwas zurückhaltender als bisher beurteilt die traditionell sehr stark exportabhängige Branche aber die Entwicklung der Außenkonjunktur.

Die Werkzeugindustrie, wichtigste Ausstellergruppe, erreichte 1985 eine nominale Umsatzsteigerung um gut sieben Prozent auf knapp 3,5 Milliarden

den Mark. Träger der Expansion waren bei den inzwischen auf bemerkenswerte 62 Prozent gestiegenen Exportanteile die Ausfuhr, die um 10,9 Prozent zulegte. Weitere Impuls verspricht sich die Branche von dem Trend zu höherwertigen Produkten.

Die Schwäche der Bauindustrie bekam 1985 auch die Schloß- und Beschlagindustrie zu spüren. Dem Exportzuwachs um 13,1 Prozent auf knapp zwei Milliarden Mark verdankte es die Branche, daß sie 1985 insgesamt mit einem Umsatzplus von 1,3 Prozent auf 5,14 Mrd. Mark davonkam.

Auch in der Heimwerkerbranche zog die Nachfrage im vergangenen Jahr nochmals leicht an; die Zuwächse beschränkten sich allerdings hauptsächlich auf den Renovierungs- und Modernisierungsbedarf.

ENERGIEMARKT / Billigeres Öl begünstigt auch die Verbraucher von Erdgas

Preis sinkt erst halbes Jahr später

HANS BAUMANN, Essen

Die Verbraucher von Erdgas werden im gleichen Maße wie die Verbraucher von leichtem Heizöl in den Genuss der fallenden Rohölpreise kommen. Dafür sorgt die Kopplung des Erdgaspreises an die Preise für leichtes Heizöl.

Diese Wechselwirkung der Preise ist nicht nur in den Verträgen verankert, die die großen Gasversorgungsunternehmen mit den regionalen und kommunalen Gasabnehmern abgeschlossen haben, sondern auch in den Bezugsverträgen, etwa mit der Sowjetunion, den Niederlanden oder Norwegen. In welchem Umfang die kommunalen Gasversorger den Preisnachschuß ihrer Vorlieferanten an den Endverbraucher weitergeben, entscheiden diese Gesellschaften souverän. Bisher jedoch wurden entsprechende Preisrückgänge prompt weitergegeben.

Die Preiskorrekturen erfolgen in

halbjährlichen Etappen. Zugrunde gelegt wird die Preisentwicklung des vorausgegangenen Halbjahres. Basis für Preisgleichungen sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Der Erdgaspreis folgt dem Preis für leichtes Heizöl nur dann, wenn die Stufe wenigstens fünf Prozent beträgt. Kleinere Preisschritte würden den Verwaltungsaufwand nicht rechtfertigen.

Als das schwere Heizöl am Wärmeenergiepreis herangezogen wird, folgt der Erdgaspreis einem Mix aus den Preisen für leichtes und schweres Heizöl. Heute wird fast ausschließlich der Preis für leichtes Heizöl als Bezugspreis herangezogen. Die Kopplung des Erdgaspreises an den Preis für leichtes Heizöl wird von allen Beteiligten damit begründet, daß Erdgas stets wettbewerbsfähig sein müsse gegenüber seinen Mitbewerbern am Wärmeenergiepreis. So ist es durchaus denkbar, daß eines Tages

auch der Kohlepreis mit in die Erdgaspreisformel einbezogen wird.

Der Steinkohlenbergbau ist besorgt, daß der verfallende Preis für Heizöl die Position der Kohle erneut erschüttern könnte. Geplant ist die Rücknahme der Steinkohlenförderung von 62 auf 55 Millionen Tonnen 1990. Noch niedrigere Preise für leichtes Heizöl über einen längeren Zeitraum könnten die Rücknahme der Förderung beschleunigen. Bei Heizölpreisen um 50 DM je 100 Liter sei die Kohle allerdings noch wettbewerbsfähig.

Zum Schutz von Alternativtechnologien zum Öl (Kohlevergasung) forderte gestern in Essen der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Ludwig Gerstein die Erhebung einer Steuer auf Importöl. Eine solche Steuer hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) abgelehnt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Exportentwicklung war erfreulich

geo. Kiel
Mit gemischten Gefühlen beobachtet die Industrie- und Handelskammer in Kiel die wirtschaftliche Entwicklung des nördlichsten Bundeslandes. Bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts 1985 wurde deutlich, daß die Kammer Schwierigkeiten hat, den konjunkturellen Trend aufgrund der unterschiedlichen Außen- und binnenwirtschaftlichen Entwicklungen eindeutig zu bestimmen.

Ein erfreuliches Bild zeichnete die IHK von der Exportentwicklung, die im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres von 4,38 Mrd. DM auf fast 5 Mrd. DM stieg. Diese Entwicklung setzte sich auch im dritten Quartal fort. Hauptstütze der Exportwirtschaft ist mit 85 Prozent die gewerbliche Wirtschaft mit den Sektoren Maschinenbau, Schiffbau, elektronische Erzeugnisse, feine mechanische und optische Erzeugnisse. Auf dem zweiten Platz folgte die Landwirtschaft, die ihren Exportanteil von 15 Prozent halten konnte.

Im Einzelhandel setzte sich der Konzentrationsprozeß durch den Ankauf von Unternehmen, internes Wachstum und eine zunehmende Kooperation in Einkaufsgemeinschaften im Vorjahr fort. Die Kammer rechnet damit, daß der Marktanteil des nicht-organisierten Einzelhandels, der 1978 noch 20,1 Prozent betrug, bis 1990 auf 14 Prozent sinken wird.

Größte Sorgenkinder Schleswig-Holsteins sind die Baubranche und die Werftindustrie. Nach Einschätzung von Fachleuten muß die Werftindustrie in der Bundesrepublik aus Gründen der Strukturanpassung ihre Schiffbaukapazitäten um weitere 20 Prozent abbauen. Chancen eröffnen sich nur im Reparaturbereich, wo die deutschen Werften ihre Umsätze im Gegensatz zur europäischen Konkurrenz um zehn Prozent steigern konnten. Stärkste Einbußen muß die Baubranche hinnehmen. Die Zahl der Beschäftigten sank um 17 Prozent auf 39.800.

Konkrete Zahlen über das Wirtschaftswachstum im Lande nannte die Kammer nicht. Nach jüngsten Schätzungen soll das Bruttoinlandsprodukt 1985 jedoch um weniger als ein Prozent gestiegen sein, eine Entwicklung, die deutlich unter dem Bundesdurchschnitt mit einem auf 2,5 Prozent geschätzten Zuwachs liegt. Ursache des gebremsten Aufschwungs sind neben der Bauwirtschaft und der Werftindustrie die Schwierigkeiten der Landwirtschaft.

US-ÖLINDUSTRIE / Branche kämpft mit Problemen - Preisverfall des schwarzen Goldes drängt Unabhängige in den Abgrund

Tiefgreifende Umstrukturierungen stehen bevor

H.A. SIEBERT, Washington
Für die USA ist der Verfall der Ölpreise ein zweischneidiges Schwert. Während die Wirtschaft insgesamt profitiert, rollt eine Pleitewelle durch die Ölbranche. Was ihr bevorsteht, ist eine tiefgreifende Umstrukturierung; die führenden Konzerne werden noch größer, kleine Firmen bleiben auf der Strecke.

Da die Rückkehr zum billigeren Öl keine Eintagsfliege zu sein scheint, zerbrehen sich mächtige Investmentbanken wie Salomon Brothers oder Goldman Sachs die Köpfe über die volks- und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen. Sie gehen zum Beispiel davon aus, daß der um 10 Dollar gesunkene Preis für ein Barrel (159 Liter) Rohöl das Konjunkturtempo um nahezu ein Prozent beschleunigt - das für 1986 erwartete Realwachstum also von etwa 2,9 auf 3,8 Prozent. Die Inflationsrate (1985: 3,8) würde um den gleichen Prozentsatz gedrückt.

Ansonsten aber ist der ökonomische Effekt geringer als von 1973 bis 1979, als sich die Ölpreise verachtfahten. Einmal haben auch die USA den Verbrauch je Kopf der Bevölkerung gedrosselt. Zum anderen ist die Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen geringer geworden. Von zehn konsumierten Barrel werden

nur noch drei (1977: vier) importiert. Entsprechend verkleinert hat sich der potentielle Gewinn in der Handelsbilanz. 1985 führte Amerika 268,4 Mill. Tonnen Mineralölprodukte für 52,4 Mrd. Dollar ein; bei gleicher Menge kann dieser Betrag in diesem Jahr um rund 20 Mrd. Dollar sinken.

Einige Vorteile gehen jedoch dadurch verloren, daß in den USA die Explorations- und Bohrtätigkeit erheblich gebremst wird. Die Zahl der Bohrungen ist bereits von etwa 5000 (1976) auf 1980 geschrumpft, und bei den "Stripper Wells", die täglich weniger als zehn Barrel fördern, beträgt die Kostenschwelle 20 Dollar. Davon gibt es allein in Texas 8500, von denen ein Viertel geschlossen wird. Hinzu kommen die nicht unbeträchtlichen Ausfälle an US-Exporten in die Ölländer. Beschritten wird überdies der Stabilitätsgewinn durch höhere Löhne, da bei verbesserter Konjunktur der Arbeitsmarkt enger wird.

Solange Washington den inneramerikanischen Ölmarkt nicht durch eine Besteuerung der Importe abschottet, sind besonders die US-Ölfirmen betroffen, die einheimisches Rohöl fördern und verarbeiten. Sie, beziehungsweise ihre Aktionäre und Kreditgeber, spüren den Preischock am stärksten. Sie tragen hohe Produktionskosten, und viele Felder bringen

erst seit der Aufhebung der Preiskontrollen 1981 Geld. In die Klemme geraten können Phillips, Texaco und Unocal, die bei schrumpfenden Erträgen auf Schuldenbergen sitzen.

Texaco hat, wie Pennzoils Schadenersatzprozeß offenbarte, in großem Umfang gepumpte Mittel in amerikanische Öl- und Erdgasreserven investiert. Noch offen ist, ob die Strafe in Höhe von 12 Mrd. Dollar nicht doch zu zahlen ist. Dennoch kann der Konzern laut Salomon Brothers den Preisverfall überleben, wenn er die betrieblichen Kapitalaufwendungen zusammenstreicht und Öl sich in zwei Jahren erholt. Kritischer ist die Lage für die viel kleinere Phillips, die ihre Schulden auf 6 Mrd. Dollar verdreifacht hat.

Folgt man dem Investmenthaus, dann haben Exxon und Shell am wenigsten zu befürchten, während Chevron und Mobil die Mitte halten. Sie versorgen sich zu einem großen Teil aus billigeren Bohrern im Ausland. Ein späteres Problem stellt sich allerdings für die USA insofern, als praktisch alle Unternehmen Ertragsverluste durch eine verlangsamte Ölumsatz ausgleichen versuchen. Einige geben sie sogar ganz auf. Atlantic Richfield und Amoco künden ihre Investitionspläne gerade um zehn Prozent.

Was sich außerdem in Amerika abzeichnet, ist eine beschleunigte Konsolidierung der Ölbranche. Die Konzerne, die über einen hohen Cashflow und Kreditlinien verfügen, nutzen den Preissturz, indem sie billige Öl- und Erdgasreserven in den USA aufkaufen. Exxon, Shell und Amoco gaben dafür 1985 jeweils 600 Mill. Dollar aus; im vierten Quartal wechselten Felder mit einem Rekordwert von 4 Mrd. Dollar den Besitzer. Ende Dezember besaßen die zehn größten US-Mineralölkonzerne die Hälfte der einheimischen Reserven, verglichen mit 43 Prozent 1983.

Über die Klänge springen hauptsächlich die unabhängigen Driller, von denen es mehrere tausend gibt, in den sogenannten Mountain States sind allein 1500 organisiert. Ein Achtel der US-Ölproduktion (1,2 Mill. Tonnen täglich) stammt aus Bohrern mit einer Tagesförderung von höchstens vier Barrel. Schon einmal, in den 60er Jahren, mußte die Hälfte der Unabhängigen aufgeben. Ähnlich ergab es den Dienstleistungsunternehmen, wobei der Konkursantrag der Global Marine nur die Spitze des Eisbergs darstellt. In Amerika gehen zur Zeit so viele Bohrergesellschaften pleite, daß der Wert der versteigerten Geräte auf ein Zehntel gesunken ist.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Interventionen erwogen

Tokio (dpa) - Regierung und Zentralbank Japans erwägen gegenwärtig Maßnahmen zur Dämpfung des Yenkurss und zur Stützung der heimischen, von Importen abhängigen Industrie. Der für Wirtschaftsplanung zuständige Staatsminister, Wataru Hiraizumi, deutete gestern an, die Zentralbank und die Regierung könnten aktiv zur Stützung des Yens an der Börse eingreifen. Am Montag wurde der Dollar in Tokio unter 180 Yen gehandelt. Im September 1985 kostete der Dollar noch 250 Yen.

Lloyds-Tochter verkauft

London (dpa/VWD) - Die britische Lloyds Bank hat ihre Tochter in Kalifornien für 263 Mill. Dollar an die japanische Sanwa Bank verkauft. Damit zieht sich Lloyds aus dem Geschäft in Kalifornien zurück, das 1974 mit der Übernahme der First Western Bank begonnen hatte. Die Entscheidung fiel eine Woche nachdem sich die Midland Bank durch den Verkauf

der in der Verlustzone arbeitenden Crocker Bank ebenfalls von ihrem Geschäft in Kalifornien zurückgezogen hatte.

Gespräche mit der Türkei

Luxemburg (tr) - Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat sich entschlossen, ihre seit dem Militärtputsch von 1980 eingelebten Beziehungen zur Türkei zu überprüfen. Am 10. März wollen die EG-Außenminister einen Sitzungstermin für den Frühherbst festlegen. Dies wäre seit fünf Jahren das erste Mal, daß der Assoziationsrat der EG und der Türkei wieder zusammentritt.

Kontrollen überlegt

London (dpa/VWD) - Die großen Mineralölgesellschaften diskutieren zur Zeit in London über Mittel und Wege zur Sanierung des angeschlagenen Londoner Spotmarktes für Rohöl. Die Gespräche an diesem freien Ölmarkt sind auf ein Minimum zusammengeschmolzen. Überlegt wird

daher, künftig bei den Geschäftssablässen - über Tankerladungen von jeweils 600 000 Barrel (zu 159 Liter) - Sicherheiten hinterlegen zu lassen und eine Zentralstelle zur Überwachung einzurichten.

Teilprivatisierung?

Mailand (VWD) - Eine Teilprivatisierung der Italtel Spa wird nach Angaben ihrer Vorstandsvorsitzenden Marias Bellisario erwogen, ist aber abhängig vom Ausgang der Gespräche über ein Joint-Venture der Fiat Spa mit der Italtel-Muttergesellschaft Stet, die erstmals im vergangenen November bekanntgegeben worden waren. Mailänder Broker spekulieren, daß möglicherweise ein Viertel des Italtel-AK privatisiert wird.

Kampf um Imperial

London (dpa/VWD) - Der Kampf um den britischen Zigaretten-, Brauerei- und Nahrungsmittelkonzern Imperial Group hat sich zugespitzt. Die Hanson Trust, ein großer briti-

scher Mischkonzern, hat ihr ursprüngliches Angebot von 1,9 Mrd. Pfund um 28 Prozent auf 2,32 Mrd. Pfund (7,77 Mrd. DM) erhöht. Gleichzeitig hat die United Biscuit ein Angebot von 2,6 Mrd. Pfund unterbreitet. Ursprünglich wollte Imperial United Biscuit für 1,21 Mrd. Pfund übernehmen. Sie zog jedoch ihre Offerte zurück, nachdem die britische Regierung eine Überprüfung der Transaktion durch die Monopolkommission angeordnet hatte. Jetzt wollen die beiden Firmen die Fusion durch einen Rollentausch erreichen.

Keine Sparmaßnahmen

Peking (dpa/VWD) - Chinas vorrangige Wirtschaftsprojekte sollen auch 1986 ausreichend mit Devisen bedient werden. Laut "Volkszeitung" nannte der Präsident der Bank von China, Wang Deyan, als Schwerpunkte die Bereiche Energieentwicklung, Kommunikation, Modernisierung exportorientierter Mittel- und Kleinbetriebe und den Tourismus.

Thyssen denkt an ein Werk in Kanada

J.G. Dämmelert

Man habe „allgemeine Überlegungen“, bestätigt die Thyssen AG, Duisburg, das Engagement des Konzerns in Kanada zu verstärken, wo man bereits über ein Werk der US-Tochter Budd, eine frisch gekaufte Aufzugfirma und eine Handels-Niederlassung verfüge. Auf Anregung der kanadischen Regierung werde darüber nachgedacht, auf der Insel Cape Breton (Ostküste), eine Region mit sehr hoher Arbeitslosigkeit, ein Metallverarbeitungs- und diversifiziertes Produktprogramm von Offshore-Anlagen über Maschinenbauteile bis zu gepanzerten Fahrzeugen („beispielsweise Mannschaftswagen, aber keine Panzer“) zu bauen.

Offenbar hat General Motors so seinen gepanzerten Fahrzeugen geringe, habe man dazu der Regierung die Frage nach allfälliger Exportgenehmigung gestellt. Die dabei in der kanadischen Öffentlichkeit kontrovierte diskutierte Vermutung, der Konzern wolle Waffen (bis zum Panzer) aus Kanada in den Nahen Osten exportieren, weist Thyssen als falsch zurück. Es produziere keine Waffen.

JAPAN / Nakamura muß in Kürze Konkurs anmelden

Flaute bei den Reedereien

FRED de LA TROBE, Tokio
Die japanische Reederei Nakamura Kisen in Kobe wird in Kürze Konkurs anmelden. Das große Transportunternehmen Sanyu, dem 44 Prozent des Kapitals von 385 Millionen Yen (rund fünf Millionen DM) der Nakamura gehört, hat bekanntgegeben, daß es seine finanzielle Unterstützung für das notleidende Unternehmen einstellen wird. Nakamura hat ausstehende Schulden von ungefähr 60 Milliarden Yen. Davon entfallen etwa 50 Milliarden auf Kredite und Sicherheitsversprechen seitens der Sanyu.

Neben finanziellen Beistand hatte die Sanyu schon vor über einem Jahr leitendes Personal in die Führung der Firma Nakamura entsandt und Einfluß auf die Geschäftsführung genommen. Sanyus Kapital beläuft sich auf 10,1 Milliarden Yen, der Umsatz im Geschäftsjahr April-September 1985 auf 75 Milliarden Yen und der Beieigewinn auf 1,1 Mrd. Yen.

Ein weiteres Unternehmen, das in der Verlustzone kreuzt, ist die Handelsfirma Nishio-kwai. Ihr Präsident teilt jetzt mit, daß sich die Gesellschaft Ende März aus dem Reedereigeschäft zurückziehen wird. Zu diesem Zeitpunkt wird das Unternehmen ungefähr 60 Milliarden Yen schlechte Außenstände, die hauptsächlich auf den Schiffahrtsektor entfallen, abschreiben. Die Firma will auch alle 19 Schiffe in ihrem Besitz veräußern.

Die Ursachen der Schwierigkeiten mehrerer japanischer Reedereien sind neben geschäftlichen Fehlalkulationen vor allem die fortwährende strukturelle Flaute in der Branche. Praktisch alle japanischen Reedereien sagen für das laufende Geschäftsjahr einen Rückgang ihrer Reingewinne voraus. Im Halbjahr April bis September 1985 erzielten von den sechs größten Reedereien zwei noch leichte Zunahmen ihrer Reingewinne, während die vier anderen Verluste hinnehmen mußten.

Ein neues Problem für die japanische Schifffahrt in diesem Jahr ist die amerikanische Forderung nach einem größeren Anteil an dem Handelsverkehr mit Japan für Schiffe unter der Flagge der Vereinigten Staaten. Die Firma Sony hat sich schon bereit erklärt für die Lieferung ihrer Produkte in die USA den Anteil amerikanischer Schiffe von 10 auf 60 Prozent zu erhöhen. Auch Toyota wird mehr amerikanische Schiffe für den Transport seiner Autos in die Vereinigten Staaten chartern. Japan importiert jährlich Rohstoffe im Um-

fang von 540 Millionen Tonnen und exportiert verarbeitete Produkte von 80 Millionen Tonnen.

Die Sanko Steamship, die im vergangenen Jahr praktisch bankrott ging, bemüht sich gegenwärtig um ein schwieriges Sanierungsprogramm. Die ausstehenden Schulden des Unternehmens belaufen sich auf rund eine Billion Yen. Die großen Gläubiger der Sanko einschließlich von drei Banken sind sich über die Einzelheiten des Programms noch nicht einig.

Die Reederei muß außerdem 2200 Personen unter ihren Schiffsbesatzungen entlassen und abfinden. Das japanische Verkehrsministerium bemüht sich aber offiziell, der Sanko beizustehen, da es bei einem Konkurs des Unternehmens einen weltweiten Vertrauensverlust für japanische Reedereien befürchtet. (SAD)

Geistige Klarheit kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 34

Bitte liefern Sie mir vom nächstterminlichen Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
UNABHÄNGIGES WIRTSCHAFTS- UND POLITIKMAGAZIN
zum monatlichen Preis von 10,- DM (Ausland 12,- DM, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Nachname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Beruf:

Vorname/Tel.:

Datum:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 34

Unterschrift: DT-409

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 34

Führungskräfte orientieren sich im CeBIT

Führungskräfte diskutieren in Hannover die wesentlichen Aspekte der Informations-, Kommunikations- und Nachrichtentechnik mit ihren mittelfristigen Auswirkungen auf alle Unternehmensbereiche. Kommerzielle und technische Anwendungen fortschrittlicher Hard- und Software werden hier im Zusammenhang erörtert. Die Neuheiten der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik feiern hier Premiere. Denn alle bedeutenden nationalen und internationalen Hersteller präsentieren ihr Angebot zuerst und häufig exklusiv in Hannover. Hier informieren Sie 2100 Aussteller aus 30 Ländern umfassend über das gesamte Spektrum der anwenderorientierten Lösungen. Im CeBIT orientieren Sie sich zu allen wichtigen Fragen.

HANNOVER MESSE CeBIT MARZ

Welt-Zentrum der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik

Informationstechnik
Mikrocomputertechnik
CAD/CAM und Grafiksysteme
Software
Bürokommunikation
Telekommunikation
Büroautomation
Organisationstechnik
Bank- und Sicherheitstechnik
Geld- und Warenverkehr

Hannover Messe '86
CeBIT - 12. - 19. MARZ

Informationen über Aussteller und Ausstellungsprogramm ab Januar 1986
ganzjährig über Box * 20143

LAND ROVER / Regierung Thatcher in der Schußlinie

Verkaufsplan stößt auf Kritik

fu, London

Die Regierung Thatcher ist mit ihrer Industriepolitik erneut in die Schußlinie geraten. Die Opposition fordert ebenso wie eine wachsende Zahl von konservativen Abgeordneten, daß Land Rover, der Geländewagen-Zweig des Staatskonzerns British Leyland, unter keinen Umständen an ausländische Interessenten verkauft werden darf. Dagegen sieht die Regierung den geplanten Verkauf des Nutzfahrzeug-Bereichs von British Leyland an den amerikanischen Automobilkonzern General Motors nur dann als erfolgversprechend an, wenn auch Land Rover in das Verkaufspaket eingeschmiedet wird.

Offenbar hat General Motors so seinen gepanzerten Fahrzeugen geringe, habe man dazu der Regierung die Frage nach allfälliger Exportgenehmigung gestellt. Die dabei in der kanadischen Öffentlichkeit kontrovierte diskutierte Vermutung, der Konzern wolle Waffen (bis zum Panzer) aus Kanada in den Nahen Osten exportieren, weist Thyssen als falsch zurück. Es produziere keine Waffen.

Zahlen arbeitenden Nutzfahrzeugzweiges von British Leyland an General Motors interessiert, da der US-Konzern mit Bedford, einer Vauxhall-Tochter, bereits ein Nutzfahrzeug-Unternehmen in Großbritannien besitzt.

Auch Bedford produziert seit Jahren Verluste, und eine Konzentration der beiden Nutzfahrzeug-Hersteller könnte sich als segensreich erweisen. Andererseits genießt Land Rover überall in der Welt als rein britisches Qualitätsprodukt hohes Ansehen. Entsprechend wächst der Widerstand gegen den Verkauf des wichtigen Markenzeichens.

Das Dilemma für die Regierung hat sich insofern noch vergrößert, als sich inzwischen zwei britische Interessenten für die Land-Rover-Gruppe gemeldet haben: Der Mischkonzern Lomho, der behauptet, mit seinem internationalen Fahrzeughandel den Absatz von Land Rover insbesondere in Ländern der Dritten Welt erheblich verbessern zu können, sowie der britische Baumaschinenhersteller Aveling-Barford.

FRANKREICH / Ölpreisbaisse stützt die Wirtschaft auf der ganzen Linie

Konjunkturdaten nach oben revidiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Frankreich steht auf der Gewinnerseite der Ölpreisbaisse, heißt es in Paris. Das nicht selbst Mineralöl und kaum noch Erdgas produzierende Land kann nach Ansicht der Regierung in diesem Jahr mit wesentlich besseren Ergebnissen im Außenhandel, bei den Preisen und beim Wirtschaftswachstum rechnen, als bisher erwartet worden war. Damit würde auch die Lösung des Arbeitslosenproblems gute Fortschritte machen.

Noch 1985 hatte die französische Energierechnung (Nettoimporte von Energie) 182 Mrd. Franc erreicht, bei einem Barreilpreis von 26,9 Dollar. Für dieses Jahr wird mit einem Defizit von nur noch 120 Mrd. Franc gerechnet, wobei ein - inzwischen unterschritten - Barreilpreis von 20 Dollar und ein Dollarkurs von 7,50 Franc unterstellt sind. Seine letzte Notierung erreichte 7,29 Franc. Nicht berücksichtigt ist allerdings ein eventueller Ölverbrauchsanstieg bei weiter fortschreitender Produktverbilligung.

Die französische Handelsbilanz würde demzufolge nach Angaben des Wirtschaftsministeriums in diesem Jahr einen Überschuss von 30 Mrd. Franc (statt der erwarteten fünf Mrd.

Franc) erbringen, nachdem sie 1985 mit einem Passivsaldo von 24 Mrd. Franc abgeschlossen hatte. Dabei ist berücksichtigt, daß die Industrieterimporate infolge der durch die Ölpreisbaisse hervorgerufenen Konjunkturbelebungen - um je einen halben Prozentpunkt innerhalb von zwei Jahren - stärker als erwartet zunehmen dürften.

1985 hatte sich das französische Bruttoinlandsprodukt um nur 1,3 Prozent (gegenüber 1,6 Prozent 1984) erhöht, teilt jetzt das Nationalinstitut für Statistik (Insee) mit. Für 1986 werden nunmehr real 2,5 (statt zwei) Prozent erwartet. Denn die Unternehmen würden wegen der verbesserten Ertragslage (billigere Rohstoffeinfuhr usw.) mehr investieren; 1985 stagnierten ihre Investitionen real. Die Kaufkraft der privaten Haushalte würde schneller wachsen, da der auf etwas über drei Prozent programmierte Lohnanstieg deutlicher die Inflation übertreffen wird als vorgesehen.

Statt eines Inflationsziels von 2,9 Prozent für den Jahresvergleich Dezember 1985 (per Dezember 1985 waren es 4,7 Prozent) erwartet das Wirtschaftsministerium jetzt bis Ende dieses Jahres nur noch zwei Prozent Inflation. Allerdings weiß man nicht, ob

die aus den nächsten Wahlen hervorhebende neue Regierung der Verschärfung einer Erhöhung der Mineralölsteuer widersteht und wie weit sie die Preise freigibt, was zu einem Teuerungsschub führen könnte.

Ein Problem stellt die Ölpreisbaisse dagegen für die französischen Mineralölkonzerne und die Atomwirtschaft des Landes dar, die angesichts des bereits sehr weit fortgeschrittenen nationalen Kernenergieprogramms vorerst kaum mit Neuaufträgen rechnen können. Die Atomkraftwerke, so erklärt die Electricité de France, produzieren allerdings immer noch wesentlich billiger als die Ölkraftwerke.

Dagegen kommt der staatliche Steinkohlenbergbau (Charbonnages de France) in Schwierigkeiten. Angesichts der zunehmenden Konkurrenz des Heizöls (und der Importkohle) mußte er jetzt zum ersten Mal seit dem Kriege seine Preise zurücknehmen, und zwar um immerhin acht bis zehn Prozent. Dadurch vergrößert sich die Differenz zu den weiter steigenden Produktionskosten. Zu ihrem Ausgleich hatte die Regierung 1985 3,2 (3,7) Mrd. Franc an Subventionen gezahlt, bei einer Förderung von 16,3 (16,7) Mill. Tonnen.

Danke.

Unsere Kunden haben Volkswagen/Audi zur Nr. 1 in Europa gemacht.

Sie haben dafür gesorgt, daß der Golf zum meistgekauften Auto Europas wurde.

Sie haben sich 1985 allein in Europa mehr als eine viertelmillionmal für einen Audi entschieden.

Sie haben honoriert, daß ihnen in Europa 8.500 Service-Stationen zur Verfügung stehen.

Sie haben den Transporter zum erfolgreichsten Eintonner der Welt befördert.

Sie haben Volkswagen in den USA zur Nr. 1 unter den europäischen Importmarken gemacht.

Und sie haben den Golf in Japan an die Spitze aller Importautos gebracht.

Danke.



CARL SCHENCK / Mangel an Ingenieuren beklagt

Die US-Position ausgebaut

VWD, Darmstadt
Mit dem Erwerb des amerikanischen Prüfmaschinen-Produzenten Pegasus, Troy/Michigan, hat der Spezialmaschinenbauer Carl Schenck AG, Darmstadt, seine Position in den USA nochmals ausgebaut. Pegasus gilt mit 118 Mitarbeitern und rund 6 Mill. Dollar Jahresumsatz bei Servomotoren und Material-Prüfsystemen als wichtiger Zulieferer der US-Automobilindustrie. Im Frühjahr 1985 hat Schenck seine US-Präsenz bereits in der Ausweitung mit dem Erwerb der Turner Brothers Inc., Detroit, verstärkt und beschäftigt jetzt in den USA rund 300 Mitarbeiter. Der US-Anteil am Welt-Umsatz, der im Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) auf 804 (Vorjahr: 714) Mill. DM wuchs, soll längerfristig auf über 15 Prozent gesteigert werden.
Der Umsatz stieg nach Angaben von Vorstandssprecher Hans Albers in den ersten vier Monaten 1985/86 bei der AG um 48 auf 199 Mill. DM. Der Auftragsbestand bei der AG sicherte eine volle Auslastung bis Ende 1986. Bei einem maßvollen Tarifabschluß ist Albers zuversichtlich, daß

Schenck 1985/86 an das gute Vorjahresergebnis anknüpfen wird. Für 1984/85 wird der HV auf 21. März aus dem bei der AG auf 16,4 (10,5) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß nach Einstellung von 9,2 (4,9) Mill. DM in die freie Rücklage die Verteilung einer um zwei auf zwölf Prozent erhöhten Dividende auf 56 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen.
Eine stärkere Expansion wird offenbar durch den Fachkräftemangel gebremst. Nach Albers hat die Schenck AG derzeit rund 100 offene Stellen - gesucht werden allein 60 Ingenieure. Im Geschäftsjahr 1984/85 ist die Belegschaft bei der AG um 1,3 Prozent auf 4355 Mitarbeiter gestiegen, hinzu kommen 110 Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen. Im Inlandkonzern waren 5345 und weltweit 6288 Beschäftigte tätig.
Der Schenck-Inlandkonzern konnte 1984/85 bei einer Zunahme des Umsatzes auf 689 (624) Mill. DM den Jahresüberschuß um 8,8 Mill. auf 26,0 Mill. DM steigern. Auf Basis des Gewinns nach Steuern konnte Schenck die Umsatzrendite von 2,1 auf 2,9 Prozent steigern.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Adel A. Ayoub, Burgberbach; Bielefeld: Ritter Bausysteme GmbH, Prüm/Rhein; Berlin: Karl Heer, Marsberg-Erlinghausen; Brühl: Transselectronic Vertriebs GmbH, Hürth; Marie Schütz, Hürth-Cleuel; Cader Nachl. d. Ernst Galle, Pflanzengemeinschaft, Calw-Stammheim; Detmold: Wolfgang Böger, Bauunternehmer, Augustdorf; Wismuth & Co. KG, Detmold; Heiligenkirchen: Rolf Hildebrand, Installateur u. Heizungsbauermeister; Dortmund: KG I. Fa. Gaviola Baufräse GmbH & Co.; Cawista Bauträger Verwaltungen GmbH; GSW Handelsges. mbH; Düsseldorf: oke Rohrleitungsbau GmbH; Duisburg: MVG Vermietungen u. Verwaltungen mbH, Mülheim a. d. Ruhr; Hoch- & Profibau GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; Eckersförde: Jörg Arendt, Unternehmer; Frankfurt: Porens Metheus AG I. L.; Weicker u.

Groß GmbH; Nachl. d. Emma Lederer geb. Wehner, Elmsfurt; Paderborn: Türen-Fabrik GmbH, Eichenzell; Gifhorn: Wilhelmine Warnecke, Inh. d. Fa. Heinrich Warnecke, Dachdeckerei, Vordorf; Klee: Franz-Josef Borghard, Rees-Brezen; Köln: TS Frischfrucht Großhandels-GmbH; Moers: Nachl. d. Alfred Bohlius; Neuss: Manfred Weyer, Korschbroich; Nürnberg: Fritz Wagner, Wendelstein; Offenbach: Verwaltungen u. Beteiligungen, Kohler mbH, Zell am Harz; Wismuth & Co. KG, Detmold; Heiligenkirchen: Rolf Hildebrand, Installateur u. Heizungsbauermeister; Dortmund: KG I. Fa. Gaviola Baufräse GmbH & Co.; Cawista Bauträger Verwaltungen GmbH; GSW Handelsges. mbH; Düsseldorf: oke Rohrleitungsbau GmbH; Duisburg: MVG Vermietungen u. Verwaltungen mbH, Mülheim a. d. Ruhr; Hoch- & Profibau GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; Eckersförde: Jörg Arendt, Unternehmer; Frankfurt: Porens Metheus AG I. L.; Weicker u.

Vergleich bestraft: Augsburg: Josef Reibberger, Inh. d. Fa. Hans Reibberger Landwirtschaftliches Lagerhaus, Aichach; Bruchsal: Mohr Bauwerkzeug GmbH & Dentalmedizin, Bruchsal.

CASH & CARRY-GROSSHANDEL / Nord-Süd-Gefälle bei den Verkaufsflächen

Zahl der Betriebe wieder gestiegen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Erstmals seit 1972 hat die Zahl der Cash & Carry-Märkte in der Bundesrepublik wieder leicht zugenommen. Rund 140 Unternehmen betrieben im letzten Jahr 349 solcher Großhandelslager, zwei mehr als noch ein Jahr zuvor. 1972 hatte die Zahl der C & C-Lager noch bei 700 gelegen. Wie aus einer Untersuchung des Instituts für Selbstbedienung (ISB) in Köln hervorgeht, vergrößerte sich im letzten Jahr die Verkaufsfläche aller Märkte um vier Prozent (61 000 qm) auf 1,57 Mill. qm.
Das Institut hebt hier die Stagnation und teilweise den Rückgang in den kleineren und mittleren Größenklassen hervor; deutliche Zunahme der Verkaufsflächen dagegen bei den größeren Objekten, insbesondere den Märkten oberhalb der 100 000 qm. Das Wachstum der Verkaufsfläche vollzieht sich hier mit 48 000 qm am deutlichsten, das sind drei Viertel des gesamten Zuwachses.
Bei der regionalen Verteilung der Cash & Carry-Märkte in der Bundesrepublik fällt die Massierung (89) im bayerischen Raum auf, hier jedoch

mit einer deutlichen Unterrepräsentanz von Großobjekten. Über 60 Prozent der Objekte liegen im Bereich bis 2000 qm Verkaufsfläche. Genau umgekehrt ist die Besetzung in Nordrhein-Westfalen (65 Märkte) zu mehr als der Hälfte auf größere und Großobjekte mit mindestens 7000 qm Fläche konzentriert.
Auf diese Weise ergibt sich auch in Nordrhein-Westfalen die hohe durchschnittliche Verkaufsfläche von fast 7400 qm je Objekt. Im bayerischen Raum liegt sie mit 2800 qm sehr niedrig. Die größte durchschnittliche Verkaufsfläche (11 230 qm) ist in Berlin zu finden, hier beginnen die C & C-Märkte erst mit einer Größenordnung oberhalb 7000 qm. Über alle Bundesländer liegt die durchschnittliche Verkaufsfläche je C & C-Markt bei 4500 qm.
Mit den größeren Verkaufsflächen wächst auch die gesamte Geschäftsfläche (ohne Parkplätze). An ihr hat die Verkaufsfläche einen Anteil zwischen 65 und 81 Prozent. Diese Relationen gelten auch für die Zahl der Parkplätze, jedoch mit der Einschränkung, daß sowohl die klein-

sten als auch die größten Märkte im Verhältnis die meisten Parkplätze ausweisen.
Die Untersuchung des Instituts für Selbstbedienung beschäftigt sich auch mit den Verkaufsflächen- und Umsatzanteilen von Nichtlebensmitteln (Nonfood) und Lebensmitteln. Die Erkenntnisse aus der Erhebung: Mit wachsender Verkaufsfläche der C & C-Märkte steigt in der Regel der Anteil der Nonfood-Verkaufsflächen und -Umsätze überproportional. Bei Größenordnungen bis zu 5000 qm liegt der Food-Anteil um 85 Prozent. Bei Größen oberhalb von 10 000 qm beträgt er nur noch 50 Prozent.
Die ISB-Untersuchung hebt insgesamt nicht nur ein deutliches Nord-Süd-Gefälle im C&C-Großhandel hervor. Der gesamte norddeutsche Raum und Nordrhein-Westfalen zeigen auch Schwerpunkte im Bereich größerer Objekte. Damit überschreiten sie auch deutlich die Durchschnittsflächen im Süden. Hier fehlt die Dominanz der größeren Einheiten, dafür weisen kleinere und mittlere Objekte ein stärkeres Marktgewicht auf.

NAMEN

Walter Langenfeld, langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der Kodak AG, Stuttgart-Wangen, vollendet am 20. Februar das 100. Lebensjahr.
Takashi Watanabe (51), zuletzt Direktor im International Passenger Sales Department bei Japan Airlines in Osaka, ist als Nachfolger von Tsunekazu Imai zum neuen Deutschland-Direktor der japanischen Fluggesellschaft bestellt worden.
Oskar von Kretschmann (46), Area Director South East Asia mit Sitz in Singapur, wurde zum Vice President Hilton International ernannt.
Hans-Jörg Gatzler, Geschäftsführer der Bürotel Büroservice GmbH, Berlin, ist zum Nachfolger von Hans

Bayaris als Vorsitzender des Verbands Büro + Service Unternehmen in Deutschland e. V., Aachen, gewählt worden.
Gerhard Döring, Seniorchef der Firmen Sägen-Melring GmbH, Sagenfabrik, Alfred Raith GmbH, Sägen- und Werkzeugfabrikation und der STT Säge- und Trenntechnik GmbH, Hockenheim, feierte in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag.
Jürgen Westphal, ehemaliger Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein, ist zum Vorstandsvorsitzenden der Nordischen Universität e. V., Flensburg/Neumünster, gewählt worden.

AUTOFINANZIERUNG / Konditionen der Hersteller

Niedrige Kreditzinsen locken

Py, Düsseldorf
Die Phase niedriger Kreditzinsen dürfte sich in den kommenden Wochen und Monaten günstig auf das Neugeschäft mit Personenkraftwagen auswirken. Mehr als eine Million Fahrzeuge, also fast jedes zweite Auto, wird über Kreditinstitute finanziert. In den letzten Jahren haben sich zunehmend werkselbstgegründete Kreditinstitute der Automobilhersteller auf dem Markt mit Niedrigzinsangeboten hervorgetan.
Nach einer Untersuchung des Dekra-Schwach-Informationsdienstes wird fast jedes vierte neu gekaufte Fahrzeug, also 250 000 Pkw, über Geldinstitute der Autohersteller finanziert. Und während die Kreditinstitute zwischen acht und elf Prozent effektiven Jahreszins verlangen, bewegen sich die Autofinanzierer - jedoch schwer vergleichbar wegen unterschiedlicher Laufzeiten - zwischen vier und sechs Prozent. Oftmals bieten Autohersteller noch günstigere Konditionen für Sondermodelle an.
Nach Dekra/Schwach bietet die Fiat Kredit-Bank einen effektiven Jahreszins für Neuwagen (36 Monate

Laufzeit, ohne Anzahlung) von knapp vier Prozent. Das gilt bei 25 Prozent Anzahlung sogar für Gebrauchtwagen vom Fiat-Händler. Die V.A.G. Kredit-Bank stellt für Scirocco-Modelle 3,9 Prozent bei 30 Prozent Anzahlung (zwei oder 24 bzw. 36 Monate Kreditlaufzeit) in Rechnung.
Die Renault Credit-Bank finanziert Gebrauchtwagen bis 47 Monate bei 25 Prozent Anzahlung zu 3,99 Prozent. Und Ford-Händler werben mit einem Ford-Credit-Bank-Darlehen für Gebrauchtwagen ohne Anzahlung zu 4,9 Prozent bis 47 Monate. BMW gewährt einen Sonderzins von effektiv 3,3 Prozent jährlich bei 36, 42 und 48 Monats Laufzeit.
Bei Toyota kann der Kunde für 2,3 Prozent unter drei Laufzeiten wählen (ein Drittel Anzahlung). Der Gebrauchtwagen wird sogar in Zahlung genommen. Nissan liegt bei 2,99 Prozent und 30 Prozent Anzahlung (bei ein, zwei oder drei Jahren Laufzeit). Hier werden nicht nur Kredite für eigene Gebrauchtwagen, sondern auch für fremde Marken bei gleichen Laufzeiten und 25 Prozent Anzahlung zu 5,99 Prozent verzinst.

DETELKOM / Hundertprozentige Tochter der DeTeWe

Beratung für Kommunikation

adn, Frankfurt
Als „spezialisiertes System- und Beratungsbüro“ versteht sich die DeTeWe nach Worten ihres Geschäftsführers Helmut Huber. Die Frankfurter Neugründung, eine hundertprozentige Tochter der Berliner DeTeWe, zielt auf eine Nische: Huber und seine bis jetzt 20köpfige Mannschaft wollen Lösungen zur Verbesserung der internen Kommunikation im Büro anbieten, mit denen schon heute die Voraussetzungen für die Integration von Daten, Text und Sprache geschaffen und der direkte Zugang zu den künftigen öffentlichen Netzen eröffnet werden soll.
Bei der Verknüpfung von analogen und digitalen Kommunikationssystemen kann sich DeTeWe auf die Erfahrung der Mutter stützen, die eine starke Position in der digitalen Vermittlungstechnik hat. DeTeWe beschäftigt in der Bundesrepublik knapp 5000 Mitarbeiter und erzielte im vergangenen Jahr rund je zur Hälfte mit der Post und im Privatsektor 584 Mill. DM Umsatz. Als Kooperationspartner für den Bereich

der Büro-Kommunikationssysteme hat sich DeTeWe für Data General entschieden. Data General setzte 1985 weltweit gut 1,2 Mrd. Dollar um und hat seit 1971 eine Tochtergesellschaft in der Bundesrepublik.
Bei der Vorstellung seines Konzeptes „Synergie“, mit dem die Nachrichtentechnik und die Datenverarbeitung bei den Kunden zusammengeführt werden sollen, versicherte Huber, daß man nicht auf den Absatz von DeTeWe oder Data-General-Angeboten setze. Es gehe darum, in Kommunikations-Netzwerken den Kunden für Ordnung zu sorgen und bei der Beratung und Ausgestaltung seiner Büro-Kommunikation zu helfen.
Für dieses Jahr hat sich DeTeWe zehn „Pilotkunden“ zum Ziel gesetzt. Angestrebt wird ein angemessener Anteil am stark wachsenden Markt für Büroinformation, der mit Raten von zwölf Prozent jährlich von 9 Mrd. DM (1985) bis auf 14 Mrd. DM (1989) wachsen soll. Nach Schätzungen der Branche werden davon rund 40 Prozent auf integrierte Büro-Kommunikationssysteme entfallen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Porsche zahlt Bonus

Stuttgart (nl) - Die Verwaltung der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, schlägt der Hauptversammlung am 26. März in Stuttgart vor, für das Geschäftsjahr 1984/85 (31.7.) eine Dividende von unverändert 15 DM je Stammaktie und 16 DM je Vorzugsaktie auszuschütten. Zusätzlich wird ein Bonus von jeweils 2,50 DM gezahlt. Das Porsche-Grundkapital besteht aus 35 Mill. DM Stammaktien und 35 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien.

Bayer-Beteiligung

Düsseldorf (J. G.) - Die Bayer AG, Leverkusen, hat 75 Prozent der Anteile an der Cremer-Forschungsinstitut GmbH & Co. KG, Rödental bei Coburg, von der noch mit 25 Prozent beteiligt bleibenden Cremer-Familiengruppe erworben. Der Chemiekonzern will mit diesem Engagement in den „entwicklungstintensiven und zukunftsstrahlenden“ Bereich der ingenieurkeramischen Bauteile einsteigen. Seit einigen Jahren liefert Bayer Vorprodukte für diesen Bereich. Nunmehr soll die Entwicklung von Fertigteilen aus Hochleistungskeramik bis zur Produktionsreife und zur anwendungstechnischen Betreuung vorangetrieben werden.

System 12 nicht für USA

Stuttgart (nl) - Die IIT Corporation, New York, will ihr Vorhaben aufgeben, das von der IIT-Tochter Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, entwickelte digitale Vermittlungssystem „System 12“ an die Erfordernisse des amerikanischen Marktes anzupassen. Wie weiter mitgeteilt wird, beeinträchtigt diese Entscheidung „in keiner Weise das außerordentliche Engagement des Unternehmens für System 12“. Die europäischen IIT-Firmen haben bisher Verträge über die Lieferung von rund 12 Mill. Anschlußleitungen in System-12-Technik abgeschlossen.

Garantie verlangt

Wolfsburg (dpa/VWD) - Der VW-Konzernbetriebsrat forderte angesichts der für Freitag erwarteten Entscheidung des VW-Aufsichtsrats über die VW-Beteiligung am spanischen Autohersteller Seat eine Beschäftigungsgarantie für die Mitarbeiter aller inländischen Volkswagenwerke. Der stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats, Walter Hiller, sagte, die Belegschaftsvertretung erwarte, daß entgegen der Ankündigung von Ministerpräsident Ernst Albrecht in Spanien die Fertigung des „Polo“ in Wolfsburg fortgesetzt werde.

Marley gut behauptet

Wunstorf (dos) - Die Marley Werke GmbH, Wunstorf, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) in einem schwierigen Umfeld den Umsatz um 3,5 Prozent auf 67 Mill. DM steigern können. Nach Angaben des Unternehmens, das sich mit der Herstellung von Filtern, Entwässerungssystemen, Beton- und Entlüftungssystemen und Kunststoff-Fenstern befaßt, waren alle wichtigen Produktgruppen an der Steigerung beteiligt. Die Exportquote verringerte sich allerdings auf 7,2 (10,6) Prozent. Für Preissteigerungen habe es kaum Spielraum gegeben, so daß sich die Ertragslage etwas verschlechtert haben dürfte.

Wella übernimmt

Frankfurt (VWD) - Einen Ausbau des traditionellen Friseurgeschäftes verspricht sich die Wella-Gruppe, Darmstadt, vom Erwerb des bisher im Privatbesitz stehenden Vertriebsunternehmens Tondeo France S. A. Nizza. Wella/Paris hat über eine Kapitalerhöhung durch die Wella-Beteiligungen AG (Zug/Schweiz) alle Anteile der Vertriebsgesellschaft übernommen. Tondeo-France war bisher schon Auslandsstützpunkt des Scherers-Herstellers Tondeo-Werk GmbH, Solingen, die bereits zur Wella-Gruppe gehört.

BUDERUS / In der Feldmühle-Nobel-Gruppe auf Wachstum eingestimmt

Kein Kostgänger der Konzernmutter

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Mit einem bei 16 000 Beschäftigten um sechs Prozent auf 2,6 Mrd. DM gewachsenen Gruppenumsatz präsentiert sich die Buderus AG, Wetzlar, im ersten Rückblick auf 1985 als drittes und kleinstes Glied in der kommenden Publikums-Gesellschaft „Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf“ vereinten industriellen Kernbereichs des einstigen Flick-Konzerns. Befürchtungen, daß dieses dritte und lange Zeit problembeladene Konzernglied den ertragsstarken Gruppen Feldmühle (Papier) und Dynamit Nobel (Chemie) quasi als Mülleimer am Hals hängen könnte, zerstreut Vorstandsvorsitzender Frank Rogge nicht nur mit dem Hinweis, daß die Gruppe für 1985 einen auf etwa 46 (25,1) Mill. DM erhöhten Gewinn vor Körperschaftsteuerumlage an die neue Konzernmutter abführen werde.

Rogge räumt zwar ein, daß diese relativ magere Rendite 1986 zumal wegen möglicher Restrukturierungsaufwands eher kleiner wird. Aber gestärkt auch durch den (steuerneutral) bei Buderus verbliebenen Buch-

gewinn von circa 100 Mill. DM aus der Beteiligungsreduzierung an der Panzerschmiede Krauss-Maffei AG auf 15 (100) Prozent, werde die Buderus AG diesen Aufwand aus eigener Kraft bewältigen und nicht zum Kostgänger der neuen Konzernmutter werden.
Die AG selbst hat 1985 mit 10 986 (10 955) Beschäftigten ihren Umsatz um 4 (2) Prozent auf 1,55 Mrd. DM mit 16,6 (14,9) Prozent „steigerungsfähiger“ Exportquote erhöht. Davon stammten 40 (39) Prozent aus dem ertragsstarken Bereich Heizungs- und Klimatechnik, abermals 33 Prozent von Bauzeugnissen und Kundendüsen sowie 27 (28) Prozent aus dem Bereich „Juno-Erzeugnisse“ (Haus- und Kleingeräte, Großküchen, Laboranlagen und Flugzeugküchen).
Mit diesem breiten Produktfächer, der für 1986 abermals 4 Prozent Umsatzplus bringen soll, habe sich das einst stark auf Metallverarbeitung und Guß konzentrierte Unternehmen zu einem chancenreichen Anbieter von Investitionsgütern und langfristigen Gebrauchsgütern gewandelt. Ein nur schrittweise (und ohne Werksschließungen) zu behandelndes Handicap be-

Die fünf Grundregeln einer erfolgreichen Geschäftsreise.

REGEL 1 Fühlen Sie sich wie ein V.I.P.

Wir machen keinen großen Rummel um die Passagiere der TWA Ambassador Class. Sondern betreuen sie statt dessen mit bevorzugter Aufmerksamkeit - vom eigenen Check-in zu einem separaten Flugzeug-Abteil bis zur Ankunft in den USA.

REGEL 2 Machen Sie es sich bequem.

Für jeden Geschäftsmann die reinste Erholung: ein Flug in der TWA 747 Ambassador Class. Egal, wie lang er dauert. Denn bei uns finden Sie die bequemsten Business Class-Sitze weit und breit.

REGEL 3 Genießen Sie Ihren Freiraum.

In der TWA Ambassador Class finden Sie nur sechs Sitze pro Reihe. Damit Sie nicht nur ausreichende Beinfreiheit haben, sondern auch einen großzügigen Arbeitsplatz in einer äußerst entspannten Atmosphäre.

REGEL 4 Verlangen Sie den besten Service.

Beim maßgeschneiderten Service der TWA Ambassador Class können Sie Ihre geschäftlichen Aufgaben ganz bequem und in aller Ruhe vorbereiten. Wir sorgen während des gesamten Fluges für die nötige Entspannung. Mit elegant servierten Mahlzeiten und allem, was dazugehört.

REGEL 5 Lassen Sie sich von einem kompletten Streckennetz überzeugen.

Mit TWA können Sie über 60 Zielflughäfen in den USA ansteuern. Und wenn Sie einen Anschlussflug von New York aus gebucht haben, müssen Sie noch nicht einmal den Terminal wechseln.

Sie sehen: Ein erfolgreicher Geschäftsreisender zu werden, ist so einfach wie bequem. Sie müssen nur unsere fünf Grundregeln beherzigen. Bevor Sie also irgendwelche Nachteile in Kauf nehmen, buchen Sie bei Ihrem nächsten Flug in die USA lieber gleich TWA Ambassador Class. Genießen Sie Ihre Geschäftsreise und seien Sie erfolgreich. Schließlich haben wir die TWA Ambassador Class zu diesem Zweck für Sie eingerichtet.

Fragen Sie Ihr Reisebüro oder TWA
Frankfurt 069/77 06 01, Hamburg 040/37 24 91,
Düsseldorf 0211/8 48 14, Stuttgart 0711/61 05 81,
München 089/59 76 43. Bx-Nr. 43 043.

Der bequeme Weg nach USA

TWA

1986

Ausgehend von der Erwartung, daß in den USA die Zinsen weiter sinken werden und daß die Bundesbank von dem ihr dann zu wachsenden Handlungsspielraum auch Gebrauch machen wird, hielt im Bereich der öffentlichen Anleihen die Nachfrage an. Die Kurse wurden um knapp einen halben Punkt angehoben. Das gilt insbesondere für längere Laufzeiten, wo ein gewisser Nachschubbedarf vorhanden ist. Bisher wurde gegenüber den Langfristern Zurückhaltung geübt, weil für die zweite Jahreshälfte ein Wiederanstieg der Zinsen nicht ausgeschlossen wurde.

[illegible]

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschuldenschein, S = Infobereichsverschreibung, RS = Renditeabschreibung, S = Schuldverschreibung, K = Kurs ohne Gewähr, B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

CANON
BEIM KOPIEREN 1. WAHL

Canon PC 14, der neue, kleine persönliche Kopierer. Fortschrittliche Canon-Kopiertechnik bringt neue Leistungsangebote ins attraktive Canon PC-Kopierprogramm.

Blitzsaubere Kopien auf Normalpapier,
auf Zeichenpapier, auf Overheadfolien.
Kopieren in Schwarz und fünf weiteren ele-
gantesten Farbtönen*, mit praktischer Canon
Klick-out*-Patronen-Technik

Der Leistungszuwachs beim Canon PC 14:
Die automatische Papierzufuhr über einen
50-Blatt-Auflieger mit Vorwahlmöglichkeit
bis 19 Kopien. So erledigt der Canon PC 14
selbständig Ihren Auftrag und Sie haben
schnell wieder
freie Hand.

PC-14

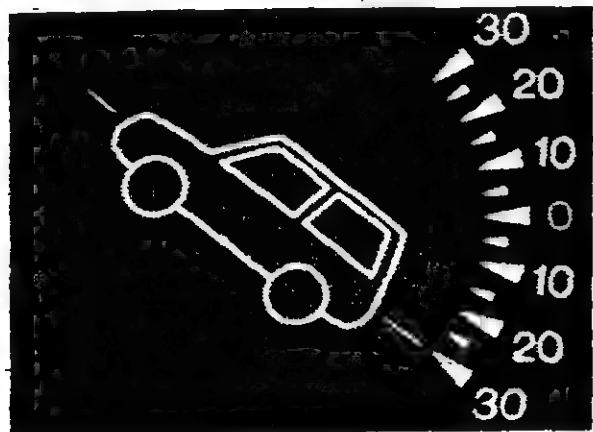


Escuchen en **Comen Copyleft** GmbH, Linzer Str. 1, 35. 4030 Maastrichtbach 1
 Bitte informen Sie mich también (así) del Comen Copyleft-Program
 Name _____
 Firma _____
 Straße _____
 PLZ/Ciudad _____
 Tel. _____ w/24

OF).

MEHR DAMPF

Ein Blick zunächst auf den neuen LandCruiser selbst. Er ist das Original. Die Legende. Mit über 1,5 Millionen gebauten Exemplaren das Nonplusultra der zuverlässigen Fortbewegung auf allen möglichen und unmöglichen Straßen dieser Welt. Und er hat das Zeug dazu, auch auf



Serienmäßig: Kombi-Instrument mit Höhenmesser, Steig- und Kippwinkelanzeiger für mehr Sicherheit im Gelände. Abb.: Steigwinkelanzeige.

unseren Boulevards und Autobahnen eine blende Figur zu machen:

Mit modernisiertem Styling. Einem Innenraum, der auch mitteleuropäischen Ansprüchen an Reisekom-

fort standhält. Und nicht zuletzt mit seinem nagelneuen, bulligen Turbo-Herz, das mit 86 PS (63 kW) und einem enormen Drehmoment von 188 Nm bei nur 2.400 min⁻¹ vor allem eines verspricht: mehr Dampf in allen Lebenslagen.

Werfen wir nun einen kurzen Blick auf die finanzielle Seite: Nie waren die Zeiten so LandCruiser-freundlich wie heute. Denn erstens sind Sie mit dem Turbo-Diesel bis auf weiteres von der Kfz-Steuer befreit. Sie sparen bis zu DM 1.100,-. Zweitens muß man das aktuelle Toyota Finan-



zierungs-Angebot mit 3,33% effektivem Jahreszins* als ausgesprochen günstig betrachten. Und drittens hält auch der Preis jedem Vergleich stand: DM 31.800,-** sind allein schon Grund genug, umgehend Ihren Toyota Händler auf das Thema „Mehr Dampf“ anzusprechen.

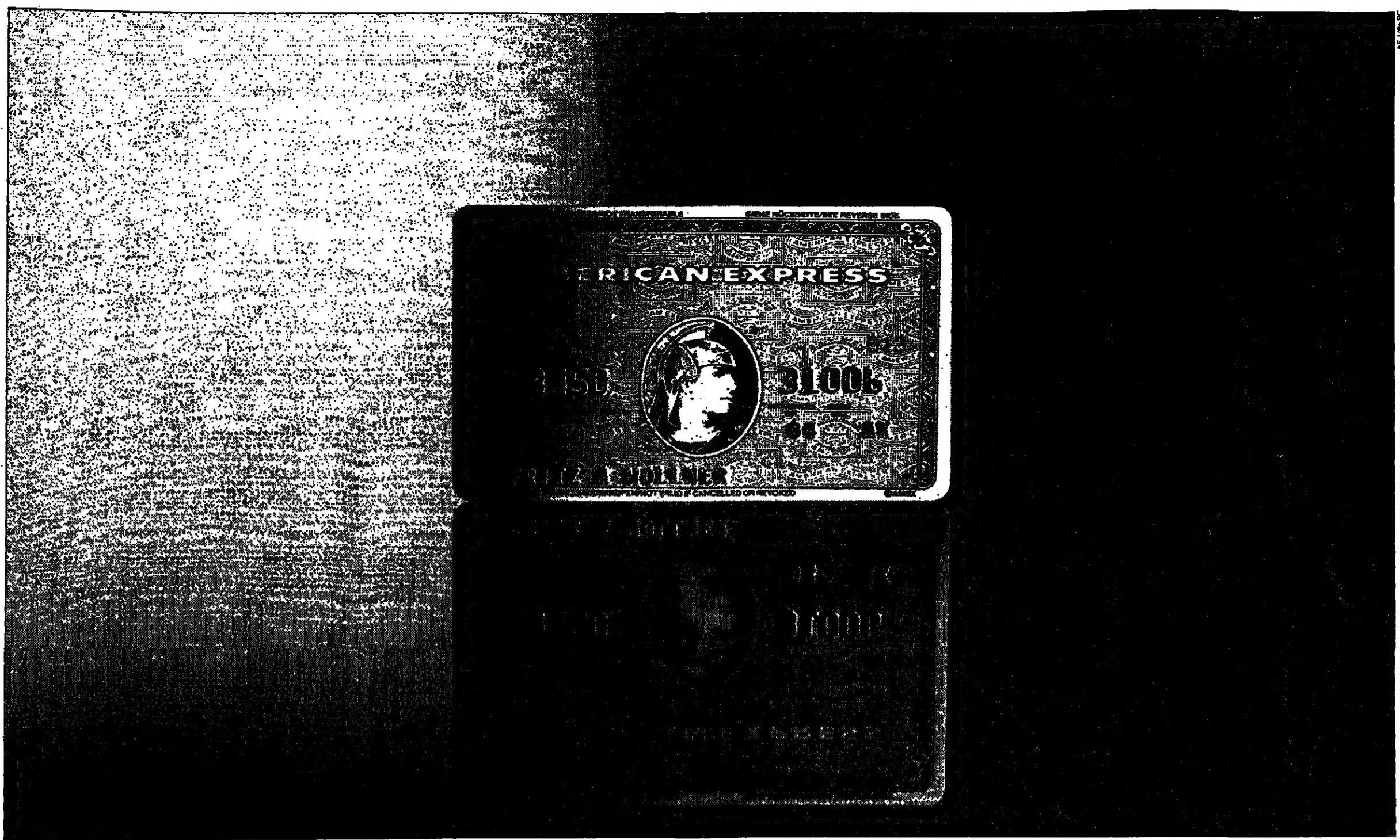
***3,33%** effektiver Jahreszins

res-zins. Anzahlung nur 33%. Laufzeiten 12, 24 oder 33 Monate über Absatzkreditbank.

TOYOTA

Nichts ist unmöglich

Handwritten note: 1.550



Bevor etwas Statussymbol wird, ist es das beste Mittel zum Zweck.

EINE perfekte Kamera wird nicht schlechter, nur weil sie gelegentlich die falsche Hand berührt.

Eine American Express Karte ist keine Angabe, nur weil sie gelegentlich jemand zum Angeben benutzt.

Wie alle wirklich guten Dinge ist sie entstanden, um einen alltäglichen, häufigen Vorgang so *einfach und wirtschaftlich* wie möglich zu machen.

In der Tat, kennen Sie einen simpleren Umgang mit Geld, *als mit Ihrem*

guten Namen zu bezahlen? So hat es früher Ihre Mutter beim Kaufmann um die Ecke gemacht. Für Sie ist die Welt etwas weiter geworden. Damit Ihnen die Kaufleute *überall sofort* vertrauen, gibt es die Karte.

Sie können sich damit *nicht* die Welt kaufen. Aber Sie können sich damit an *vielen* Ecken und Enden dieser Erde viele Umstände sparen.

Wenn Sie diese Funktion brauchen, wird Sie die schöne Form nicht stören.

 American Express. Die Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.

Nach
New
die
iche-
bei
e Si-
nehr
f Ja-
sher
wie
form
nen
kraf-
sten.

in
n in
reis
rde,
für
Pla-
roth
she-
wur-
die
in
der

ris,
enn
ung
luk-
erer
Es
für
si-
aus-
lie
er
eg
ser
st-
ab,
en
zu
in-
zu
ot-
ler
er
ten
un-
es-
on
und
iffe

il-
ls



Der „Vollschlanke“ neben Ingrid Steeger. Klaus Dahlen in der Show „Susi“

Fasziniert von Juhnkes Kreppsohlen

Oh Susi, was hast Du getan? Oh Susi, Du machst mich so an“, stöhnte Frank Zander Ende der 70er Jahre lustvoll in seinem „zensierten Song“ und begann die tragische Geschichte eines verkorkten Schlagers. „Oh Susi“ rauschte es 1980 auch im deutschen Blätterwald nach der ersten Ausstrahlung der sechsteiligen gleichnamigen WDR-Unterhaltungsserie. „Als Minderheitenprogramm für Leute, die nicht bis drei zählen können gerade noch tragbar, kommt dieser Magerquark zur besten Essenszeit ins Haus“, schrieb damals ein Kritiker.

Noch weiter ging das Satireblatt Titanic, das sogar einen Preis von 100 000 Mark für den gelungenen Nachweis aus-schrieb, daß in der internationalen Film- und Fernsehgeschichte schon mal etwas Dümmeres ausgestrahlt worden sei! Michael Pfeiffer, Regisseur der Susi-Geschichten, rautete sich die Haare und verteidigte die Serie als neue Unterhaltungsform. Ins Toupet griffen sich auch die Mittelbewirtschaftler des WDR, denn immerhin hatte der Klammak 4,5 Millionen Mark gekostet.

Sicherlich sind die hohen Investitionen mit daran schuld, daß uns, wenn auch zur späten Stunde, die Comedy Show neuerlich zum Wiederkäuen vorgesetzt wird. „Der Situationskomödie gehört die TV-Zukunft“, stellte Pfeiffer vollmundig fest und versuchte, diese Showform im deutschen Fernsehen populär zu machen. Susi und ihre Pariser Alltagsgeschichten wurden nach diesem Strickmuster produziert. Neben Ingrid Steeger mußten wohl weitere Pfeiffer-Stützen des Klimbim- und Himmelschen-Tüch-Clans weiterbeschäftigt werden, wie Peer Augustinski, Helmut Holger und Klaus Dahlen.

Dahlen, Jahrgang 1938, ist auch nach Jahren der Pfeiffer-Abstinentz nicht in der Lage, sich kritisch mit den Pariser Susi-Geschichten ausein-

anderzusetzen. Im Gegenteil: Der gemütliche 125-Kilo-Mann mit dem Babyface schwärmt noch heute von der guten Zusammenarbeit. „Gut, die erste Folge ist ein wenig breit geraten und als Einführung zu verstehen. Aber daß eine Zeitung ein Zuschauererkerband eingeführt hatte, fand

Susi - ARD, 25.00 Uhr

ich damals und heute noch übertrieben. Der Pfeiffer war einfach seiner Zeit zu weit voraus. Über seine Lach- und Applausbänder haben sich die Kritiker aufgeregt, doch inzwischen macht das im Showgeschäft fast je-



Klaus Dahlen, der heute noch so wie damals läuft, dafür aber mehr schaut. Er ist ein Erzkomödiant, der mehr kann, als nur in Blödelrollen aufzutreten. Zadek und Barlog können ein Liedchen davon singen.

den. Er ist ein Erzkomödiant, der mehr kann, als nur in Blödelrollen aufzutreten. Zadek und Barlog können ein Liedchen davon singen. Doch seinen Durchbruch hatte er mit Pfeiffers „Himmelschen Tüchtern“ (mit Steeger und Iris Berben) und, im Austausch mit Dieter Krebs, als Schwiegersonn beim TV-Ekel Alfred Tetzlaff. Doch vom Fernsehen führt er sich im Stich gelassen. Und so träumt er wie schon als kleiner Junge von einer großen Rolle, die ihn aus dem Kreis des ewigen Ensemble-Darstellers herausholt. „Ich bin doch nicht Schauspieler geworden, um nur im Dunkeln herumzutanzten.“ Ob nach der neuerlichen Susi-Ausstrahlung mehr Licht auf ihn fällt?

ROLF PETERS

anderen Volksschule. Weil er das Gebäude nicht gleich fand und zu spät kam, brüllte ihn der Lehrer an: „Man sagt als erstes 'Heil Hitler!'“ Darauf Dahlen: „Das sagt mein Vater auch nicht“, worauf ihm eine runtergehauen wurde, daß das Trommelfell Schaden nahm.

Dahlen war ein verträumtes Berliner Wedding-Kind. Er träumte sich aus Zilles Arbeitermilieu heraus und hegte den Wunsch, Schauspieler zu werden. Er hatte auch ein Idol: „Im Nachbarhaus wohnten Harald Juhnkes Eltern. Ich fand es toll, wie der Sohn, im eleganten Kamelhaarmantel gekleidet und mit dicken Kreppsohlen unter den Schuhen, sonntags zum Kaffeetrinken kam.“ Auch eine abgebrochene Lehre als Großhandelskaufmann änderte nichts an seinem Wunsch.

Harald Juhnke, „der heute noch so wie damals läuft, dafür aber mehr schaut“, verschaffte Dahlen eine Kompaßrolle beim Film. Dort fiel der junge „Vollschlanke“ auf, sprach bei Wolfgang Spier einen Klassiker vor und war am Hebbeltheater engagiert. Seit 1957 hat er in rund 120 Fernsehfilmen mitgewirkt und in vielen Theaterstücken auf der Bühne gestanzelt.

Er ist ein Erzkomödiant, der mehr kann, als nur in Blödelrollen aufzutreten. Zadek und Barlog können ein Liedchen davon singen. Doch seinen Durchbruch hatte er mit Pfeiffers „Himmelschen Tüchtern“ (mit Steeger und Iris Berben) und, im Austausch mit Dieter Krebs, als Schwiegersonn beim TV-Ekel Alfred Tetzlaff. Doch vom Fernsehen führt er sich im Stich gelassen. Und so träumt er wie schon als kleiner Junge von einer großen Rolle, die ihn aus dem Kreis des ewigen Ensemble-Darstellers herausholt. „Ich bin doch nicht Schauspieler geworden, um nur im Dunkeln herumzutanzten.“ Ob nach der neuerlichen Susi-Ausstrahlung mehr Licht auf ihn fällt?

Klaus Dahlen weiß, wovon er spricht. In seinem Leben ging fast nichts seinen normalen Gang. Kurz vor Kriegsende wurde er in Berlin eingeschüßt. Nach acht Tagen wurde der Unterricht durch eine Luftmine abrupt abgebrochen. Dahlen versuchte einen neuen Schulstart in einer

KRITIK

Nur dem Faulen winkt das Glück

Da hat sich nach seinem Achtungserfolg („Jakob, der Lügner“) der inzwischen in West-Berlin lebende Schriftsteller Jurek Becker an einem Drehbuch für eine sechsteilige Serie unter dem Titel „Liebling - Krenzberg (ARD) versucht, Kreuzberg - Problembezirk Berlins, das ließ nur die Alternative zu: scharfsichtige Darstellung des sozialen Spannungsfeldes oder aber schnoddrig-komische Berliner Gelassenheit. Becker hat sich für den Weg entschieden, der bekanntlich im Sande verläuft: den Mittelweg.

Erzählt wird die Geschichte des Anwalts und Titelhelden Liebling (Manfred Krug), der nach der Devise „Glück kann man nur haben, wenn man faul ist“ handelt und dessen Praxis nur dank seiner umsichtigen Sekretärinnen floriert und, so wird später noch für den ratlosen Zuschauer ergänzt, dank einer väterlichen Erbschaft. Mit diesem Grundstock kann er sich - in ausgedehnten Einstellungen (Regie: Heinz Schirch) - unbesorgt in der Sonne von Grünanlagen räkeln, während in der Praxis ein Uralt-Ehepaar, von dem man vermutet, daß es letztwillige Verfügungen ordnet, lauthals - und das soll vermutlich komisch sein - nach Scheidung begehrt.

Aber das Strickmuster will auch Ernsthaftes: Auftritt eines Klienten, der in eine Auto-Unfallsache verstrickt ist; der juristisch-moralische Faden dieses Falles - man ahnt es - dehnt sich verumfänglich durch den sechsteiligen Stoff. Schließlich erscheint - Liebling ist wiederum eher zufällig (komisch, komisch!) in seiner Praxis - der Unterhaltungs-erster Teil: „Der neue Mann“, der sich, aus dem Süddeutschen kommend, in Berlin anwaltliche Spuren verdienen will. Versteht sich, daß er augenblicklich in einen Fall - diesmal von Jugendkriminalität - anwaltlich verwickelt wird.

Der junge Anwalt muß sich be-währen, wie sich die Fabel schon tausendfach bewährt hat, Liebling wird sich vermutlich zu einer Art Robin Hood mausern, und Becker fällt vielleicht der Ruhm zu, die Schwarzwaldkrimi ins Juristische transponiert zu haben.

PETER FISCHER

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM			
9.45 ARD-Rotgeber	12.10 Monitor	12.15 Presseschau	
10.00 Tagesschau und Tagesschau	12.55 Tagesschau		
10.25 AnneKluge Rothenberger stellt vor			
16.00 Tagesschau	16.00 heute	16.04 Bekehrungsgeschichten	
16.10 Drehtürling	16.35 Tagesschau	16.35 heute	
16.15 Die Geschichte des Hubschraubers	16.55 heute	16.55 heute	
16.55 Wilde Tiere	17.00 heute	17.00 heute	
Der Waschbär	17.05 Tagesschau	17.05 Tagesschau	
17.15 Links und rechts vom Äquator	17.50 Tagesschau	17.50 Tagesschau	
17.50 Tagesschau	18.00 Tagesschau	18.00 Tagesschau	
18.00 Tagesschau	18.00 Tagesschau	18.00 Tagesschau	
18.05 Tagesschau	18.05 Tagesschau	18.05 Tagesschau	
18.10 Tagesschau	18.10 Tagesschau	18.10 Tagesschau	
18.15 Tagesschau	18.15 Tagesschau	18.15 Tagesschau	
18.20 Tagesschau	18.20 Tagesschau	18.20 Tagesschau	
18.25 Tagesschau	18.25 Tagesschau	18.25 Tagesschau	
18.30 Tagesschau	18.30 Tagesschau	18.30 Tagesschau	
18.35 Tagesschau	18.35 Tagesschau	18.35 Tagesschau	
18.40 Tagesschau	18.40 Tagesschau	18.40 Tagesschau	
18.45 Tagesschau	18.45 Tagesschau	18.45 Tagesschau	
18.50 Tagesschau	18.50 Tagesschau	18.50 Tagesschau	
18.55 Tagesschau	18.55 Tagesschau	18.55 Tagesschau	
19.00 Tagesschau	19.00 Tagesschau	19.00 Tagesschau	
19.05 Tagesschau	19.05 Tagesschau	19.05 Tagesschau	
19.10 Tagesschau	19.10 Tagesschau	19.10 Tagesschau	
19.15 Tagesschau	19.15 Tagesschau	19.15 Tagesschau	
19.20 Tagesschau	19.20 Tagesschau	19.20 Tagesschau	
19.25 Tagesschau	19.25 Tagesschau	19.25 Tagesschau	
19.30 Tagesschau	19.30 Tagesschau	19.30 Tagesschau	
19.35 Tagesschau	19.35 Tagesschau	19.35 Tagesschau	
19.40 Tagesschau	19.40 Tagesschau	19.40 Tagesschau	
19.45 Tagesschau	19.45 Tagesschau	19.45 Tagesschau	
19.50 Tagesschau	19.50 Tagesschau	19.50 Tagesschau	
19.55 Tagesschau	19.55 Tagesschau	19.55 Tagesschau	
20.00 Tagesschau	20.00 Tagesschau	20.00 Tagesschau	
20.05 Tagesschau	20.05 Tagesschau	20.05 Tagesschau	
20.10 Tagesschau	20.10 Tagesschau	20.10 Tagesschau	
20.15 Tagesschau	20.15 Tagesschau	20.15 Tagesschau	
20.20 Tagesschau	20.20 Tagesschau	20.20 Tagesschau	
20.25 Tagesschau	20.25 Tagesschau	20.25 Tagesschau	
20.30 Tagesschau	20.30 Tagesschau	20.30 Tagesschau	
20.35 Tagesschau	20.35 Tagesschau	20.35 Tagesschau	
20.40 Tagesschau	20.40 Tagesschau	20.40 Tagesschau	
20.45 Tagesschau	20.45 Tagesschau	20.45 Tagesschau	
20.50 Tagesschau	20.50 Tagesschau	20.50 Tagesschau	
20.55 Tagesschau	20.55 Tagesschau	20.55 Tagesschau	
21.00 Tagesschau	21.00 Tagesschau	21.00 Tagesschau	
21.05 Tagesschau	21.05 Tagesschau	21.05 Tagesschau	
21.10 Tagesschau	21.10 Tagesschau	21.10 Tagesschau	
21.15 Tagesschau	21.15 Tagesschau	21.15 Tagesschau	
21.20 Tagesschau	21.20 Tagesschau	21.20 Tagesschau	
21.25 Tagesschau	21.25 Tagesschau	21.25 Tagesschau	
21.30 Tagesschau	21.30 Tagesschau	21.30 Tagesschau	
21.35 Tagesschau	21.35 Tagesschau	21.35 Tagesschau	
21.40 Tagesschau	21.40 Tagesschau	21.40 Tagesschau	
21.45 Tagesschau	21.45 Tagesschau	21.45 Tagesschau	
21.50 Tagesschau	21.50 Tagesschau	21.50 Tagesschau	
21.55 Tagesschau	21.55 Tagesschau	21.55 Tagesschau	
22.00 Tagesschau	22.00 Tagesschau	22.00 Tagesschau	
22.05 Tagesschau	22.05 Tagesschau	22.05 Tagesschau	
22.10 Tagesschau	22.10 Tagesschau	22.10 Tagesschau	
22.15 Tagesschau	22.15 Tagesschau	22.15 Tagesschau	
22.20 Tagesschau	22.20 Tagesschau	22.20 Tagesschau	
22.25 Tagesschau	22.25 Tagesschau	22.25 Tagesschau	
22.30 Tagesschau	22.30 Tagesschau	22.30 Tagesschau	
22.35 Tagesschau	22.35 Tagesschau	22.35 Tagesschau	
22.40 Tagesschau	22.40 Tagesschau	22.40 Tagesschau	
22.45 Tagesschau	22.45 Tagesschau	22.45 Tagesschau	
22.50 Tagesschau	22.50 Tagesschau	22.50 Tagesschau	
22.55 Tagesschau	22.55 Tagesschau	22.55 Tagesschau	
23.00 Tagesschau	23.00 Tagesschau	23.00 Tagesschau	
23.05 Tagesschau	23.05 Tagesschau	23.05 Tagesschau	
23.10 Tagesschau	23.10 Tagesschau	23.10 Tagesschau	
23.15 Tagesschau	23.15 Tagesschau	23.15 Tagesschau	
23.20 Tagesschau	23.20 Tagesschau	23.20 Tagesschau	
23.25 Tagesschau	23.25 Tagesschau	23.25 Tagesschau	
23.30 Tagesschau	23.30 Tagesschau	23.30 Tagesschau	
23.35 Tagesschau	23.35 Tagesschau	23.35 Tagesschau	
23.40 Tagesschau	23.40 Tagesschau	23.40 Tagesschau	
23.45 Tagesschau	23.45 Tagesschau	23.45 Tagesschau	
23.50 Tagesschau	23.50 Tagesschau	23.50 Tagesschau	
23.55 Tagesschau	23.55 Tagesschau	23.55 Tagesschau	
24.00 Tagesschau	24.00 Tagesschau	24.00 Tagesschau	

Die Schlüssel zu meiner Tür gebe ich zurück.
Nichts will ich mehr aus meinem Haus.
Ich bitte nur um Eure letzten lieben Worte.
(Tagore)

Juan Emilio Sánchez G.
Generalkonsul von Bolivien (R)

In Liebe und Trauer
Deine Laurencia
und Victoria
Die Angehörigen und Freunde

Trauerfeier und Bestattung Freitag, 21. Februar 1986, 14 Uhr, Kapelle Neuer Friedhof
Jenseburg, Kreis Harburg.

Johannes C.W. Müller
geboren am 7. Januar 1903 in Hammerstein/Westpreußen, ist am 6. Februar 1986
nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben.

Ellen Müller

Die Beisetzung findet in aller Stille statt.
Von Beileidsbesuchen bitte ich abzusehen.

**Wir sorgen für die Gräber.
Wir betreuen die Angehörigen.
Wir arbeiten für Versöhnung
und Frieden.**

Volkshilfe Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Werner-Hilpert-Str. 2, 3500 Kassel - Postgironummer 4300-603 Frankfurt/Main, BLZ 50010060

**Familienanzeigen
und Nachrufe**

können auch telefonisch
oder fernschriftlich
durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Die Diebe sind sauer!
Für nur 2,- DM öffnet und sperrt sich
Ihr Rolladen automatisch. Bitte rufen
Sie uns an! Sie erhalten postwendend
ausführliche Prospekte.

PRACK
02 08 / 42 22 75
Besonders wichtig: Eine eingebaute
Sicherung öffnet alle Diebe aus, auch
wenn Sie nicht zu Hause sind.

**Hilf uns
helfen**
Werden Sie Mitglied
im:

CARE-Freundeskreis
100-333533

Bitte, fordern Sie
Informationen an.

CARE DEUTSCHLAND e.V.
Wesselstr. 12 5300 Bonn 1
Tel. (02 28) 63 98 63 / 64

DIE WELT
Abonnenten-Service

Ein großes Lexikon in Farbe

zum Sonderpreis von DM 229,-

DAS GROSSE UNIVERSAL-LEXIKON

**Das große Universal-Lexikon für Sie
und Ihre Kinder.**

20 Bände im Format 14 x 22 cm,
6.400 Seiten, 120.000 Stichwörter mit
mehr als 12.000 durchgehend farbigen
Abbildungen.

Ein einzigartiges Nachschlagewerk auf
dem neuesten Stand. Der Vorsprung
an Wissen und Information, den Sie
täglich brauchen.

Abonnenten-Service

An: DIE WELT, Leser-Service, Postfach 1008 64, 4300 Essen 1

Bestellschein für WELT-Abonnenten
Bitte liefern Sie mir 1 Exemplar

DAS GROSSE UNIVERSAL-LEXIKON
in 20 Bänden zum Preis von insgesamt DM 229,-
(einschließlich Versandgebühren und Mehrwertsteuer)

Ich beziehe diesen Betrag wie
mein WELT-Abonnement:

☐ nach Rechnungsstellung
☐ durch Abbuchung

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Telef.: _____

Kunden-Nr.: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

DIE WELT
VERBUNDLICHE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zu klein begonnen

P. Jo. - „Alles beginnt im kleinen“, verkündet aufmunternd der Buchtitel. Auch das „pro Umwelt“ geht, läßt er uns wissen. Denn der Photograph Christoph Valentini und der Journalist Peter Merth haben sich zusammengetan, um ein bildreich und mit apokalyptischen Sätzen umweltschmerzhaftes Buch zu liefern (Hanser Verlag, Freiburg i. Br., 80 S., 68 Photos, 14,80 Mark).

So sehen wir links ein Foto von Plastikbechern und -bestecken, rechts Porzellangeschirr, mit dekorativer Zitronen- und Petersilie verziert. Da werden uns links allerhand Plastiktüten vorgeführt und rechts ein schöner alter Korb. Links zieht sich eine Ölspur über die Straße, während wir rechts unten auf einer Wiese mit Pustelblumen ruhen lassen dürfen.

Und so geht es munter weiter.

Die Autobahn wird gegen den stillen Waldweg ausgespielt, das Wohnhochhaus gegen einen Hauseingang der Gründerzeit (als ob damals nicht die Mietkasernen erfunden worden wären), der kanalisierte Fluß in einer Stadt gegen einen kleinen Bach an einem Berghang.

Derlei Kontrastmontagen waren und sind als Argumentationshilfe zu allen Zeiten beliebt gewesen. Nicht erst, seitdem es die Photographie gibt. Schon das Mittelalter liebte diese polemischen Gegenüberstellungen im Religionsstreit, und politische Auseinandersetzungen wurden und werden seitdem gern mit drastischen Ausmalungen von Gut und Böse, falsch und richtig, Gott und Teufel ausgetragen. Nur kann man auf diese Weise niemanden überzeugen. Allenfalls überreden. Oder überumpeln.

Da die Wirklichkeit nicht nur schwarz und weiß ist, sollte man sie nicht nur schwarz-weiß abbilden - mögen Photos dazu auch herausfordern. Denn: Alles beginnt im kleinen. Auch das Nachdenken und Differenzieren.

Der lange Abschied vom Prenzlauer Berg - WELT-Gespräch mit dem Lyriker Jürgen K. Hultenreich

Ein Fisch geht eigensinnig über Land

Sein bisher gedrucktes vorliegendes Werk wiegt ganze 100 Gramm, und eine Schachtel „Handelsgold“-Stumpen ist mindestens dreimal so dick wie der erste Lyrikband des 1946 in Erfurt geborenen Dichters Jürgen K. Hultenreich, der seit Juni 1985 in West-Berlin lebt. Aber im Unterschied zu den properen Glimmen, die Hultenreich immer zur Hand hat - „Zigarre, du mein brauner Schatz“ - „brennen“ die Gedichte seines Bandes „Langsam rückwärts ist eine kräftige Gangart“ (Basis Verlag, Berlin 1985, 12,80 Mark) wesentlich länger. Vorausgesetzt: man findet Geschmack an dieser Sorte.

In der DDR jedenfalls gab es da auch in Hultenreichs Fall eine überbrückbare Geschmacks-Differenz. Er lernte die (kontraproduktive) Macht der unbekannten Scherenschwinger kennen: 1981 hörte Hultenreich, daß die „DDR“-Literaturkritikerin Dorothea von Törne Gedichte für eine Anthologie junger Poesie sammelte. Er schickte ihr zwanzig Texte, vierzehn davon nahm sie an. Später mußte sie ihn wissen lassen, daß lediglich vier Gedichte in die Anthologie kämen, denn leider sei der Verlag „anderer Meinung“ als sie.

„Vogelbühne“ heißt die Sammlung, die lange brauchte, ehe sie 1983 das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Für Hultenreich jedenfalls war es zugleich der erste und letzte Auftritt auf einer volkseigenen Bühnenbühne. Man wußte schon lange, daß es sich gerade bei diesem Poeten um einen jener „schönen Vögel“ handelte, auf die zutraut, was die Herausgeberin sibyllisch in ihrem Vorwort notierte: „Vorlieber für bestimmte Flugrouten sind seit Jahren zu erkennen, wichtige Markierungspunkte dagegen scheinen aus dem Blickfeld geraten zu sein.“

Flugroute - der Weg aus der Ordnung des Zensors

Hultenreichs „bestimmte Flugroute“ war nichts anderes als „Der Weg aus der Ordnung“ - so der Titel eines Films, den sein Freund, der Regisseur Heiner Sylvestre, 1983 illegal in Ost-Berlin drehte. 1985, Sylvestre war inzwischen in den Westen Deutschlands gegangen, sendeten die III. Programme des subversiven Streifens, der drei Folgen der nonkonformistischen Poetenszene vom Prenzlauer Berg ins Blickfeld rückte: den in Ost und West bekannten Filmemacher Jörg-Uwe Kölsch, den bis dahin nur in der „DDR“ aufgeführten Lyriker und Prosaisanten Bernd Wegner (seit wenigen Wochen auch in der West) sowie den hüben und drüben fast unbekannten Jürgen K. Hultenreich.

Wenn der Unbekannte in diesem



„Man darf die oh-MACHT nie aus den Augen lassen“, schrieb sich der Ex-„DDR“-Lyriker Jürgen K. Hultenreich ins Stammbuch. FOTO: RENÉ HILL

Film mit seinen Texten und Äußerungen den Bekannten den Rang abläßt, dann deshalb, weil man spürte, daß er den „Weg aus der Ordnung“ schon zu einem Zeitpunkt angetreten haben mußte, als er dieser übermächtigen Ordnung noch allein gegenübertreten konnte und seinen heiklen Standpunkt durchgehalten hatte. Es war der Standpunkt dessen, der sich weigerte, „den Ausweis zu zücken, um nachzuweisen, ein Hund zu sein“. Es war der Standpunkt dessen, der früh schon an einen der Großen der deutschen Literatur geriet: an Schiller. Der Mensch „kommt zu sich aus seinem sinnlichen Schlummer, erkennt sich als Mensch, blickt um sich her und findet sich - in dem Staate“.

Hultenreich zitiert diese Sentenz aus den Briefen. Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ frei und sagt dann: „1968, während meiner Lehre als Gebrauchswerber im „Centrum“-Warenhaus, unternahm ich meinen ersten Fluchtversuch, über die CSSR, wurde erwischt, kam zurück nach Erfurt, in die U-Haft, Verhandlung nach zwei Monaten, der Richter fragte: „Was lesen Sie?“ Schiller, sagte ich, und dann noch: Wenn

Hitler den Krieg gewonnen hätte, säßen Sie heute auch hier - aber in anderen Rollen.“ Der Staatsanwalt reicht das, um Hultenreich psychiatrisch untersuchen zu lassen. Der Arzt findet nichts Krankes an ihm, warnt jedoch vor weiteren Äußerungen dieser Art. Die gefährliche Posse endet mit einer Strafe auf Bewährung.

Hultenreich fragt später in einem Gedicht: „Woran denkt man eigentlich als erstes, wenn man an Sibirien denkt?“ und notiert in einem anderen, „ACHTUNDESECHZIG“ geschrieben: „In mir drin brach sich / der Oktober 49 sein festes Ge- nick“. 1968, das Jahr, das so viele prägte, aber nicht unbedingt mutiger machte: „Wir werden langsam DIE, vor denen wir uns / in unserer Jugend warnten.“ Doch dieser Poet will nicht sein eigener „Hinterbliebener“ werden: „Meine Nächte heißen DURCH!“ sagt er sich in der poetischen Rekonstruktion und verkündet damit nichts, erlaßt nur, sarkastisch, trübsalig, selbstkritisch und -ja, auch elegisch, Stationen einer Biographie, die seine ist - Markierungspunkte einer Antikarriere: der Junge, der die

vormilitärische Ausbildung verweigert, eine Gebrauchswerberlehre abschließt, in den Westen zu flüchten versucht, das Gefängnis erfährt, ein Bibliotheksstudium erfolgreich beendet, als Berufsmusiker arbeitet; der Mann, der sich psychiatrisieren läßt, um nicht zur Reserve zu müssen. Dazwischen Lektüren: Schiller, Freud, Nietzsche, Kafka, Camus - von ihm weiß er das Wichtigste: „Immer auf der Seite der Leidenden sein, nie auf der Seite derer, die es veranstalten.“

Seit dem 18. Geburtstag Versuche, das Leben schreibend zu begreifen. Vier gedruckte Gedichte in siebzehn Jahren. Lesungen in privaten und kirchlichen Zirkeln. Der Provinzler, nach Berlin gekommen, stiehlt den Stars des halblegalen Ostberliner Untergrunds während einer solchen Lesung auf einem Kirchentag mit seinen sarkastischen Versen - Hultenreich spricht leise von „knallharten Texten“ - die Show, die so ernst ist, daß sich die begeisterten Zuhörer anschließend von ihm „verabschieden“, nachdem sie sowas gehört haben: „Wohin fliegen WIR?“ fragt der Innenminister. / „RAUS!“ antwortet das Flugzeug. / Und MICH hat man wieder mal dagelassen, mit der Begründung: SIE SIE MÜSSEN ALS FISCH NICHT / ÜBER LAND WOLFFEN! / MIT NANU? ist das nicht abge- geben. Es wundern sich auch / die 200 Pauken auf ALEX, die von 200 blauen Trommeln / mit Gummiknüppeln bearbeitet werden. / Die SINFONIE DER TAUSEND muß sitzen zum Fest.“

Das Lachen vergeht einem beim zweiten Lesen ganz

Wie kommt man mit so einer Biographie hier an? „Illusionslos“, sagt Hultenreich, „aber danach kann's nur besser werden. Weil ich in der DDR immer auf der Stelle stand, kommt mir hier jeder Schritt wie ein 100-Meter-Lauf vor.“ Das ist weit entfernt von Hultenreichs Optimismus. Die Skepsis bleibt, ohne die der Spaß am Leben und Wort-Spiel, der seine Gedichte in unheimlicher Weise finkeln läßt, nur flacher Jux wäre.

Hultenreich, der Schachspieler, will „immer einen Zug besser sein als der Gegner“, sagt er und meint damit auch sich: „Seit für Seite umgibt die / Gesamtausgabe meines Gedichts. / Bis zum Epilog, zum Register, zum / letzten Punkt. In den Ohren Gras / dreißig alter Frühlinge. / Blicke, wie Vergangenheiten. Ausgestiegen aus allen / Gesichtern. Wohin des Wegs / mein Fuß? Etwas ins Gebirge.“ Dieser Poet provoziert ein Lachen, das einem beim zweiten Lesen vergehen soll.

ULRICH SCHACHT

JOURNAL

Baubeginn der Deutschen Bibliothek verzögert sich

dpa, Frankfurt Der Neubau der Deutschen Bibliothek in Frankfurt soll nun 1988 endgültig in Angriff genommen werden. Damit verzögert sich die Fertigstellung des bundesweit größten öffentlichen Bauprojekts (Gesamtvolumen 270 Millionen Mark) um rund vier Jahre. Bibliotheksdirektor Pflüg rechnet damit, daß die Nationalbibliothek 1992 mit einem Bestand von dann fünf Millionen Bänden in ihre neuen Räume umziehen kann. Er teilte weiter mit, daß der Bebauungsplan für das Projekt jetzt rechtskräftig und der Planungsauftrag an die Architekten erteilt worden sei. Allerdings müsse der Bundestag der Detailplanung noch zustimmen. Im Neubau sollen einmal zwölf Millionen Bände Platz finden. Damit reicht die Lagerkapazität für etwa 50 Jahre.

Projekt für europäische Schauspielschule

AFF, Paris Der italienische Regisseur Giorgio Strehler hat sein Projekt für eine europäische Schauspielschule vorgestellt, die 1987 im Théâtre du Vieux Colombar in Paris eröffnet werden soll. Das 1913 eröffnete Haus, in dem Charles Dullin und Louis Jouvet Direktoren waren und das seit 1970 verwaist ist, wird im Juni für seine neue Bestimmung renoviert. Strehler will daraus eine „europäischen Treffpunkt“ machen. Sein Ziel sei es, „das Theater mehr zu lieben und durch das Theater mehr das Leben zu lieben“.

„Von dort hierher“ im Ignis-Zentrum

DW, Köln Die Ausstellung „Von dort hierher“ wird bis zum 28. Februar im Osteuropäischen Kultur- und Bildungszentrum Ignis in Köln gezeigt. Sie umfaßt Gemälde und Plastiken von Künstlern, die erst vor kurzem aus der „DDR“ in die Bundesrepublik übergesiedelt sind. Die Zusammenstellung wurde zuerst im Kunstverein Villa Strectius in Landau/Pfalz (s. WELT v. 28.12.85) gezeigt.

Zwei Konzerte junger Musiker in Bonn

dpa, Bonn Junge deutsche Komponisten und Musiker stehen im Mittelpunkt von zwei Konzerten, die das Bonner Beethovenorchester zusammen mit dem Deutschen Musikrat am 20. und 21. Februar in der Beethovenhalle veranstaltet. Die jungen Instrumental- und Vokalsolisten gehören zu den Spitzenkräften des deutschen künstlerischen Nachwuchses. Frank Peter Zimmermann (21), Violine, und Tabes Zimmermann (20), Viola, werden Werke von Mozart, Brahms und des 32-jährigen Komponisten Hans-Jürgen von Bose spielen.

Schulversuche mit dem Medium Bildplatte

dpa, Gittersloh Bis September 1986 läuft gegenwärtig an 15 nordrhein-westfälischen Schulen ein Modellversuch mit lasergesteuerten Bildplatten und den dazugehörigen Übertragungsgeräten, die von der Gütersloher Bertelsmann-Tochter Telemedia für das von den Kultusministern der Länder gesponsorte Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FBW) produziert worden sind. Entwickelt wurden bisher Bildplatten-Programme in den Fächern Arbeitslehre, bildende Kunst, Biologie, Geographie, Physik und politische Bildung. Dem neuen technologischen Medium für den Schulunterricht bescheinigten die Fachleute hohe Verschleißfestigkeit im harten Schallalltag, da die „Abtastung“ der Bildplatten durch einen Laserstrahl berührungsfrei erfolgt. Zudem seien Bildplatten-Programme einfach zu bedienen und relativ billig zu haben. Die endgültige Auswertung des Modellversuchs ist erst für 1987 programmiert.

Werkübersicht von Jacob Bornfried

DW, Bochum Ist er ein slowakischer Maler? Ein tschechoslowakischer? Ein britischer? Ein jüdischer? Schon die beiden Namen deuten auf ein Schicksal zwischen den Fronten hin. 1904 wurde er als Jakob Bauerfreund im slowakischen Zborov geboren, 1976 ist er als Jacob Bornfried in London gestorben. In Freiburg begann er mit dem Zeichnen, dann studierte er an der Prager Akademie. 1936 und 1938 hatte er mit seinem Freund Endre Nemes die ersten Ausstellungen in Prag. Dann begannen die schweren Jahre der Emigration, ehe er dann Mitte der Fünfziger in England auch als Künstler anerkannt wurde. Das Museum Bochum, das den Künstlern zwischen Ost und West besondere Aufmerksamkeit schenkt, erhielt jetzt seinen malerischen Nachlaß, Anlaß für eine Retrospektive (bis 16. März) und einen ausführlichen Katalog (30 Mark).

Baseler Kunsthalle zeigt Arbeiten von Walter Dahn

Chinesischer Afrikaner

Aus allen Sechsen, die als „Müllheimer Freiheit“ gleichsam die rheinische Variante der neuen, „wilden“ Malerei ins Spiel brachten, ist etwas geworden: Aus Bömmels, Dahn und Dokoupil, aus Adamski, Naschberger und Gerard Kever. Der Kunstmärkte bewertet inzwischen Georg Dokoupil am höchsten; er kam vor gut einem Jahr zu einer wandern- den Museumretrospektive in Essen, Luzern, Groningen und Lyon.

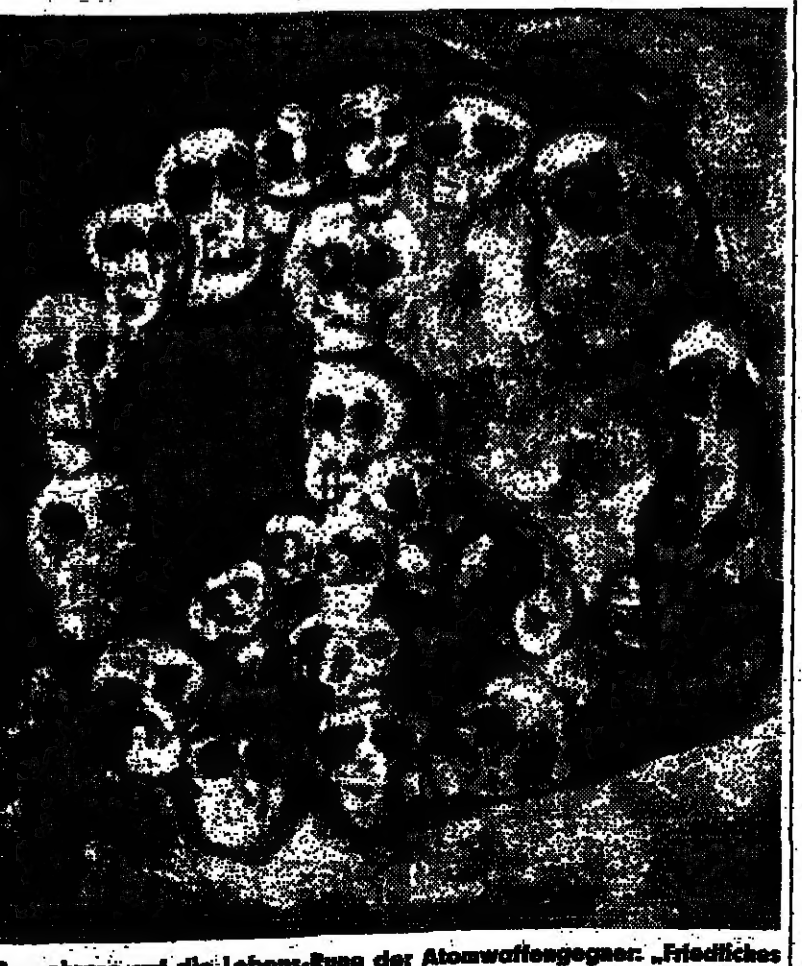
Nun fällt diese Auszeichnung in gleich doppelter Form Walter Dahn zu. Denn in Basel kooperiert die Kunsthalle mit dem Museum für Gegenwartskunst. Während die Kunsthalle eine Übersicht über Walter Dahn Gemälde aus den letzten fünf Jahren gibt, zeigt das Museum für Gegenwartskunst die Zeichnungen der Zeitspanne von 1972 bis 1985 sowie ausgewählte Skulpturen.

Wenn sich Dokoupil in der Rolle des Zynikers gefällt, so hat Dahn den Part des Moralisten übernommen. Solche Arbeitsstellungen sind wohl nicht ohne Bedeutung. Dahn und Dokoupil haben eine Reihe von Bildern gemeinsam gemalt, auch sonst durchdringen sich ihre Bildwelten beständig. Basel allerdings zeigt Dahn nur als Solisten.

Für Dahn: dunkel verquerte Sicht auf Leben und Welt gibt es reichlich Beispiele: „Kleiner Bienen fressen“ wird da ganz wörtlich genommen, im Dunkeln tanzt ein kopfloser Teufel, der „Nachbar der Welt“ ist ein Jungenkopf, der scheinbar achlos zwischen zwei Erdkugeln gerollt ist. „Weltinhalt“ lastet als schwere, große Blase auf einem Menschen, und ein doppeltes Selbstporträt hat die an den Bildrand geschriebene Aufforderung „Lächelt mit Blut das brennende Wissen“ schon insoweit erfüllt, als in beiden Köpfen jeweils eine Art steckt.

Zuweilen knabbert Dahn mit seinen Bildinhalten an der Politik, wenn er etwa in einem „Alternativvorsatz“ ein Flugzeug Häuser auf Raketenbasen abwerfen läßt, sich in „Friedliches Voodoo“ das Zeichen der Atomwaffengegner aus Totenköpfen formt.

Da malt also ein junger Mann - Dahn ist Jahrgang 1954 - Behauptungen über eine Welt, mit der er offenbar nur über den Kunstmarkt zu recht kommt, malt er Szenen eines Lebens voller Angst und Unsicherheit. Unsicher ist ganz gewiß auch Dahn malerische Position. Der häufige Wechsel von Stilen, der bei ihm in ständigen Vollen von der gestischen Malerei der ersten Zeit über Spraybilder und schwarze Konturenmalerei auf monochromen Gründen bis zur



Paraphrase auf die Lebens-Rune der Atomwaffengegner: „Friedliches Voodoo“ (1982) von Walter Dahn. FOTO: KATALOG

Siebdrucktechnik geführt hat, dieser Wechsel macht bei Dahn nie den Eindruck des virtuellen Spiels mit den Möglichkeiten, die einem Maler heute offenstehen, er wirkt tatsächlich mehr wie Unsicherheit, wie das Suchen nach der eigenen, gemäßen Ausdruckskraft.

Auf den ersten Blick sehen Dahns Bilder danach so gar nicht aus. Er ist jemand, der personalisiert, der selbst zwei Kamelhöckern noch komische Gesichter gibt. Maskenspiel und verstellte Identität kehren immer wieder. Das wirkt lustig. Man kann Dahns Bilder auf dieser Ebene mit Gelächern an sich abgleiten lassen: Unterhaltungskünste eines malenden Clowns. Nur ist dann wohl nicht gedacht. So wenig wie an maltheoretische oder malpraktische Probleme.

Neben einigen Frühwerken wirken in der Kunsthallen-Retrospektive am überzeugendsten wohl jene ganz frühen Bilder, in denen Dahn auf großem Format schwarze Embleme auf monochrome, aber dabei doch gestaltete Gründe malt. Oder besser: mit dem Pinsel zeichnet. Das Selbstporträt als chinesischer Afrikaner ist von dieser Serie sicher das bekannteste geworden, aber die anderen Bilder stehen dem an Zeichenhaftigkeit und totemischer Beschwörungskraft kaum nach. Diese Intensität geht verloren, wenn Dahn ganz ähnliche Außerungen nicht mehr per Pinsel, sondern per Siebdruck schwarz auf gemalten Grund überträgt. Das mag seinen Grund darin haben, daß Dahn im Innersten seines Tuns ein Zeichner geblieben ist, den die zweite Basler Ausstellung mit einer Vielzahl von Blättern zu Wort kommen läßt.

Das erstaunlichste dabei ist, und das spricht durchaus für Dahn, daß man hier schon auf den frühesten Blättern von 1972, also lange vor dem Aufbruch in neu-wilde Malerei, Dahns Bildwelten vorformuliert sieht.

Der dritte Zweig, die Skulpturen, liegt Dahn, der beständige Anregungen von der afrikanischen Kunst aufnimmt, naturgemäß besonders am Herzen, ohne daß er auf diesem Gebiet wirklich mehr als dreidimensionale Repliken seiner Malerei vorlegen könnte. Es sind allemal Skulpturen, die nur eine Schauseite haben, und auf der wirken sie glatter, äußerlicher als ihre gemalten Pendanten.

REINHARD BEUTH

Gemälde: Kunsthalle Basel bis 4. März; Museum für Gegenwartskunst Basel bis 21. März; Stadtmuseum Bonn bis 4. April; Stadtmuseum Köln bis 11. April; Stadtmuseum Düsseldorf bis 18. April; Stadtmuseum Frankfurt bis 25. April; Stadtmuseum Hamburg bis 2. Mai; Stadtmuseum München bis 9. Mai; Stadtmuseum Wien bis 16. Mai; Stadtmuseum Zürich bis 23. Mai; Stadtmuseum Bern bis 30. Mai; Stadtmuseum Basel bis 6. Juni; Stadtmuseum London bis 13. Juni; Stadtmuseum New York bis 20. Juni; Stadtmuseum Paris bis 27. Juni; Stadtmuseum Rom bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Florenz bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6. Juni; Stadtmuseum Venedig bis 13. Juni; Stadtmuseum Rom bis 20. Juni; Stadtmuseum Neapel bis 27. Juni; Stadtmuseum Mailand bis 4. Juli; Stadtmuseum Venedig bis 11. Juli; Stadtmuseum Rom bis 18. Juli; Stadtmuseum Neapel bis 25. Juli; Stadtmuseum Mailand bis 1. August; Stadtmuseum Venedig bis 8. August; Stadtmuseum Rom bis 15. August; Stadtmuseum Neapel bis 22. August; Stadtmuseum Mailand bis 29. August; Stadtmuseum Venedig bis 5. September; Stadtmuseum Rom bis 12. September; Stadtmuseum Neapel bis 19. September; Stadtmuseum Mailand bis 26. September; Stadtmuseum Venedig bis 3. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 10. Oktober; Stadtmuseum Neapel bis 17. Oktober; Stadtmuseum Mailand bis 24. Oktober; Stadtmuseum Venedig bis 31. Oktober; Stadtmuseum Rom bis 7. November; Stadtmuseum Neapel bis 14. November; Stadtmuseum Mailand bis 21. November; Stadtmuseum Venedig bis 28. November; Stadtmuseum Rom bis 5. Dezember; Stadtmuseum Neapel bis 12. Dezember; Stadtmuseum Mailand bis 19. Dezember; Stadtmuseum Venedig bis 26. Dezember; Stadtmuseum Rom bis 2. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 9. Januar; Stadtmuseum Mailand bis 16. Januar; Stadtmuseum Venedig bis 23. Januar; Stadtmuseum Rom bis 30. Januar; Stadtmuseum Neapel bis 6. Februar; Stadtmuseum Mailand bis 13. Februar; Stadtmuseum Venedig bis 20. Februar; Stadtmuseum Rom bis 27. Februar; Stadtmuseum Neapel bis 6. März; Stadtmuseum Mailand bis 13. März; Stadtmuseum Venedig bis 20. März; Stadtmuseum Rom bis 27. März; Stadtmuseum Neapel bis 4. April; Stadtmuseum Mailand bis 11. April; Stadtmuseum Venedig bis 18. April; Stadtmuseum Rom bis 25. April; Stadtmuseum Neapel bis 2. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 9. Mai; Stadtmuseum Venedig bis 16. Mai; Stadtmuseum Rom bis 23. Mai; Stadtmuseum Neapel bis 30. Mai; Stadtmuseum Mailand bis 6

